

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche,
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beistellgelb),
bei Auslieferung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stünzing, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
heute in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befehlshof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigesparte Pettitzle über deren Raum 30.

Verbandskollegen! Agiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halte Euren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Glossen zum Kriegsrat der „Arbeitgeber“. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Die Lage in Wien. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gauvorstände. Berichte. Die Arbeits- und Wohnverhältnisse im Baugewerbe zu Magdeburg. — Central-Krankenkasse. — Von Bauaufsicht, Arbeitsschutz, Submissionsen u. Bauarbeiterverhältnisse in Baden. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. Generalversammlungen. — Eingegangene Schriften. — Briefe. — Anzeigen. — Feuilleton.

Glossen zum Kriegsrat der „Arbeitgeber“

Die Veröffentlichung des Protokolls ihres Techtelmechels in Hildesheim wird unseren Unternehmern kaum besonders angenehm gewesen sein. Wir hatten geglaubt, wenigstens wieder einen kleinen Entzündungsrummel zu erleben über unsere „trüben Quellen“, oder über unsere „föhlliche Vermählung“, die sich darin offenbart, daß wir „Industriekreisen imfanter Art“ für unsere Zwecke ausnutzen, aber nichts, rein gar nichts dergleichen. Die Organe der baugewerblichen Unternehmer sind bisher noch mit keiner Silbe darauf eingegangen. Das ist föhlisch auch nicht nötig, denn für die Arbeiter ist die Sache auch so verständlich genug. Die Bedeutung der Hildesheimer Unternehmenskonferenz liegt darin, daß sie uns die treibenden Kräfte und Tendenzen im gegnerischen Lager einigermaßen klar erkennen läßt.

Man gewinnt beim näheren Studium des Protokolls die Überzeugung, daß es sich hier um eine kleine Palastrevolution im „Arbeitgeberverbande für das Baugewerbe“ handelt. Die Leitung und die Art der Organisation des Arbeitgeberverbandes genügt den neuen Männer, den Füllchen, den Schmiedehaus, den Fritz usw. nicht mehr. Sie ist ihnen zu passiv, zu rostig, sie versteht es nicht genug, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. So wurde offen ausgesprochen, daß dieser Verband noch nie leistungsfähig gewesen sei, und Kistner von Bremerhaven behauptete sogar, daß noch kein Unternehmer Nutzen von dem Verband gehabt habe. Der bremische Wortführer Leymann warf dem Arbeitgeberverband vor, daß er zu sehr an den Grundsätzen des alten Innungswesens lebe. Die Unzufriedenheit mit dem Arbeitgeberverband fand überall lebhaften Ausdruck. Und so geht das Streben der „führenden Geister“ bei den baugewerblichen Unternehmern offenbar dahin, ihn durch Zusammenschluß der Bezirksvorstände gewissermaßen auszuschalten, er soll mit dem alten Lumpengewordenen Füllchen an der Spitze nur als dekorative Krönung dienen. Ganz besonders verwunderlich mußte es aber auch erscheinen, daß der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberverbands auf der Hildesheimer Tagung gar nicht vertreten war. Das läßt, in Verbindung mit den dort gefallenen Aeußerungen, fast den Schluß zu, daß die Konferenz stattgefunden ohne daß die Verbandsleitung überhaupt Kenntnis davon gehabt hat. Dann liege sich auch das Schweigen der Unternehmerprese sehr leicht erklären, dann wäre es für sie wirklich eine höchst fatale Situation.

Der eigentliche und wichtigste Zweck der Zusammenkunft war sicher die Gründung einer „west- und nordwestdeutschen Interessengemeinschaft der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes zum Schutz der geheimen Berufsfragen“. Die übrigen Punkte der Tagesordnung sind von den Veranstaltern wohl nur aufgenommen, um den Delegierten zu imponieren. Ab-

gesehen davon, daß man sich in recht ausgedehnter Weise über den Zweck der Zusammenkunft unterhalten hat, ohne sich jedoch völlig klar darüber geworden zu sein, und die anderen Punkte, mit Ausnahme der Frage der Arbeitsnachweise und der der Gründung „nationaler Arbeiterorganisationen“, kaum flächig gestreift. Die geplante „Interessengemeinschaft“ ist insofern verwirkt worden, daß eine „Ausführungsstelle“ gegründet ward. Auch darin ist der Zweck erreicht, daß diese Ausführungsstelle für das erste Jahr nach Essen verlegt wurde. Dort sitzen die „Macher“ der Zusammenkunft. Es bleibt nun abzumachen, wie sich dieses neue Instrument zur Arbeiterneigung bewährt. Das glauben wir schon heute sagen zu können, daß die „neuen Männer“ weit rücksichtloser, aber auch weit geriebener Gegner sind, als die Haudegen der alten Schule, die Füllchen. Niemand usw. Die Füllchen, Kistner, Fritz und ihre Komitee haben den horrierten Innungsstandpunkt überwunden; sie unterhandeln und paktieren, wenn's sein muß, ohne Scheu mit den Arbeiterorganisationen, aber sie tun es nur, um den richtigen Augenblick und die richtige Situation zum Gegenstoß abzuwarten. Den sogenannten Herrenstandpunkt, den Füllchen nicht aufgegeben hat, haben sie längst über Bord geworfen, aber sie sind trotzdem geschworene Feinde der Arbeiterbewegung geblieben, ja sie sind weit gefährlichere Gegner als jene.

Insoweit wird die Bauarbeiterchaft aus der Hildesheimer Konferenz lernen können. Was wir schon so oft und so dringend an dieser Stelle darlegten, wird hierdurch aufs neue bestätigt: nämlich, daß wir ernsten und schweren Kämpfen entgegengehen, wie wir sie bisher noch nicht gehabt haben. Der Plan Füllchers, die „Einführung“ der Bauarbeiter zum entscheidenden Kampfe im Jahre 1908, ist durchaus nicht ausgegeben; auch auf dieser Konferenz hatte man vor, sich mit ihm zu beschäftigen. Undere Anzeichen befanden ebenfalls, daß man fortgesetzt weiter darüber arbeitet. Die geschaffene Ausführungsstelle wird gleichfalls vornehmlich diesem Zweck dienen sollen. Es heißt also für uns mehr denn je: Die Augen offen halten!

Nicht weniger bemerkenswert war das, was über die Gründung „nationaler“ Arbeiterorganisationen geredet wurde. Damit soll indes nicht gesagt sein, daß die Ausführungen dieser Vertreter von Bildung und Besitz besonders gelehrt gewesen seien; keineswegs. In dieser Beziehung beweisen die Verhandlungen eher das Gegenteil. Aber es sind Neuerungen unserer Gegner, die sie vom Standpunkt ihres Klasseninteresses aus taten, und darum müssen wir sie beachten. Die Stellung der Unternehmer war dabei sehr verschoben, sie hatten nur alle das Gemeiname: den rückständigen Arbeiter gegen seinen vorgeschriebenen Klassengenossen auszuspielen. Der Unternehmer Behrens-Hannover erklärte alles hell darin, den Zwiespalt zwischen uns und den „Gelben“ zu schüren, das soll helfen, diese so gegen uns hart zu machen, daß sie bei Lohnkämpfen als Streikbrecher in die Breche springen. Die Vertreter aus Bremen und Essen sind anderer Meinung; sie trauen auch den Gelben nicht über den Weg, und sie haben ihre Gründe dafür. Sie halten es mit ausgesprochenen Unternehmerneigungen, mit den Poliervereinen.

Die Verschiedenheit in den Auffassungen der Unternehmer erklärt sich, wenn man die verschiedenartige Stellung der Gelben zu unseren Lohnbewegungen

beachtet. In Rheinland-Westfalen haben sie in den letzten Jahren in Reih und Glied mitgekämpft; das ist Grund genug, daß auch sie keine Gnade bei den Unternehmern finden. Den richtigen Standpunkt nahm u. G. der Vertreter von Bremen ein, der da meinte, man solle um Gottes willen keine Arbeiterorganisationen gründen, sondern solle sich darauf beschränken, die eigenen Verbände so stark wie möglich zu machen. Er hat wohl instinktiv geahnt, daß jede Arbeiterorganisation durch den Zwang der Verhältnisse auf die Bahn des Klassenkampfs gebrängt wird. Die einzige Hilfe glaubt man von den Poliervereinen erwarten zu können, die man zur Gesamtorganisation aller jener „Gutgestimten“ auszubauen gedenkt, die man als gesellschaftliches Strandgut bezeichnen kann. Indes, wir wissen aus hundertfältiger Erfahrung, daß der hannoversche Unternehmer seine Rechnung nicht auf tauben Dunst aufgebaut hat, sie wird in vielen Fällen leider nur allzu richtig sein. Es ist zwar eine alte und oft gepredigte Wahrheit, daß Einigkeit stark macht; aber es fehlt noch sehr viel daran, daß sie auch nur von den organisierten Arbeitern erkannt und betätigt wird. Darum muß es immer wieder ausgesprochen werden: die heraufziehenden Seiten erfordern einheitliche Aktionen, geschlossene Einigkeit; wir Arbeiter haben nichts Wichtigeres zu tun, als diese Einigkeit allüberall zu fordern. Was uns in unseren Anschaunungen trennt, darf nicht die Ursache gegenwärtiger Verfestigung sein, die nur unseren Gegnern zu gute kommt.

Insoweit könnten die Rüstungen der Unternehmer, die wir sie jetzt im ganzen Lande mit sonst nie gekanntem Eifer betreiben sehen, ein Gutes zeitigen: das Besinnen auf die eigentliche Wurzel unserer Kraft, auf die Arbeitereinigkeit. Der Gedanke der Solidarität hat ohne Zweifel in den letzten Jahren ganz bedeutende Fortschritte gemacht, die Zahl jener Arbeiter des Baugewerbes, die noch heute bei Lohnkämpfen zu Streikbrechern werden, hat gegen früher relativ und absolut abgenommen, darüber kann kein Zweifel herrschen. Statt dessen aber haben wir eine andere „Errungenschaft“ zu verzeichnen: den organisierten Streikbruch, der auf Geheiß und unter tätiger Mithilfe von Organisationen betrieben wird. Wie mancher gute Kampf ist nicht schon dadurch — und nicht nur im Baugewerbe — verloren gegangen! Wie oft erschien nicht den Unternehmern in höchster Brüderlichkeit der Reiter in Gestalt eines Streikbrechervereins. Das ist ein trauriges, ja... das traurigste Kapitel in der deutschen Arbeiterbewegung. Wir wollen keine speziellen Fälle anführen, um nicht selbst gegen den Zweck dieser „Glossen“ zu schreiben. Angehört des Kreises der Unternehmer muß darauf hingearbeitet werden, daß die Gewerkschaften den Rücken frei halten, daß der Kampf gegen die Unternehmeranmauerung nicht durch den Berrat der eigenen Klassengenossen entschwert wird. Dazu muß jeder das, was in seinem Kräften steht, tun. Daran hat es bisher gefehlt, und zwar überall. Der Wettbewerb zwischen den Organisationen wird und muß bleiben, so lange eben verschiedene Organisationen bestehen, aber dabei darf nie vergessen werden, daß der nächste Augenblick wieder gemeinsames Handeln erfordert kann.

Wird die gesamte Bauarbeiterchaft den wachsenden Ernst der Lage verstehen und würdigen, dann kann sie nicht anders als in diesem Sinne handeln, und damit wäre den Unternehmern schon ein Stützpunkt ihres

Planes genommen. In offener und ehrlicher Fehde wird sich die Bauarbeiterchaft, wenn es sein muss, gern mit den Unternehmern messen. Das wissen sie auch sehr wohl, denn darum versuchen sie, "einen Kiel in die Organisation der Arbeiter zu treiben", wie sich der hannoversche Unternehmer in tödlicher Offenheit ausdrückt. Es fragt sich nur, ob sich die Arbeiter auseinanderziehen lassen werden. Hoffentlich nicht!

Der zweite Artikel über die Ergebnisse der Reichsfinanzreform musste wegen Raumangst zurückgestellt werden.

Politische Umschau.

Das Ende der Zwicker Polizeiweisheit. Wie vorausgesessen war, ist die sogenannte "Wohlfahrts"polizeibehörde von Zwicker mit ihrer originellen Extratour glänzend abgefallen. Die Streifleitung konnte sich aus guten Gründen der wohlfahrtspolizeilichen Ansicht, dass der Streit beendet sei, nicht anschließen. Sie verrichtete ihre Funktionen pflichtgemäß weiter und erhob gegen das entwürdigende Dokument Rekurs bei der Kreishauptmannschaft. Ebenso auch der Wirt, in dessen Lofal die Streifleitung erhielt. Die Streifleitung erhielt nun von der "Wohlfahrts"polizeibehörde folgendes Schreiben:

Polizeiamt der Stadt Zwicker, am 15. Juni 1906.

Zwicker i. S.

Nr. 7149. R.

An den Maurer Herrn Zettel, hier.

Auf den Ihnen in Gemeinschaft mit dem Maurer Koch bei der Königlichen Kreishauptmannschaft hier unmittelbar erhobenen Rekurs gegen die Verfügung der unterzeichneten Behörde vom 5. dieses Monats, betreffend die Auflösung des Maurerstreikkomitees in Zwicker, ist die in Abschrift beigegebene Verordnung ergangen.

Sie werden hieron, zugleich für den Mitunterzeichner der Immediateingabe, Koch, in Kenntnis gesetzt und ans ordnungsgemäß beschieden.

Das Polizeiamt der Stadt Zwicker.

Die Entscheidung der Kreishauptmannschaft hat folgenden Wortlaut:

Zwicker, am 14. Juni 1906.

Die Königliche Kreishauptmannschaft, in kollegialer Zusammenstellung, hat den Rekurs, welcher von dem Maurer Hermann Zettel und Genossen in Zwicker gegen die Verfügung des Polizeiamtes vom 5. dieses Monats, betreffend die Auflösung des Maurerstreikkomitees in Zwicker, Bl. 12 f. der Polizeiaufsicht Nr. 2401, XIV, am 7. dieses Monats erhoben worden ist, Beachtung nicht zu versagen vermocht.

Es kann zunächst da hingestellt bleiben, ob bei dem gegenwärtigen Stande der Gelegenheit die Behörden überhaupt berechtigt sind, ein Streikkomitee deshalb polizeilich aufzulösen, bzw. die Auflösung durch Zwangsmaßregeln zu erzwingen, weil der Streit beendet sei. Jedenfalls kann der angefochtene Verfügung schon deshalb weitere Folge nicht gegeben werden, weil die tatsächliche Verteilung auf der Seite beruht, nach Ansicht des Kreishauptmannschaft nicht zutrifft.

Das Polizeiamt geht von der Annahme aus, dass der Streit erloschen sei. Diese Annahme ist irrig. Denn, wie aus den Alten des Polizeiamtes selbst zu erkennen ist, hat eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinsichtlich der Höhe des Stundenlohnes und der Dauer der täglichen Arbeitszeit noch nicht herbeigeführt werden können, vielmehr sind die Verhandlungen hierwegen noch im Gange. Solange aber eine Einigung nicht erfolgt ist, auch die Mehrzahl der in den Ausland getretenen Gewerbetreibenden in ihr früheres Arbeitsverhältnis noch nicht wieder zurückgeführt ist, kann von einer Beendigung, von einer Erhöhung des Streites nicht die Rede sein. Auch auf dem platten Lande, auf welches sich der Streit mit erstreckt, dauert derselbe, wie die Er-

örterungen nach Gehör der hiesigen Amtshauptmannschaft ergeben haben, noch fort. Demgegenüber kommt dem Umstande allein, dass ein großer Teil der bei hiesigen Bau- und geschäftsinhabern beschäftigte Maurer abgetreten ist, worauf das Polizeiamt seine Maßnahme hauptsächlich stützt, als schlagende Bedeutung nicht beigemessen werden.

Die Rekurrenten sind entsprechend zu befrieden.

Königl. Kreishauptmannschaft.

(ges.) Dr. Forter-Schubauer.

Auch dem Wirt des Streifzugs, dem Genossen Seifert ist eröffnet worden, dass die Verfügung zurückgesogen ist. Damit ist eine Erfüllung beendet worden, die wahrscheinlich nicht dazu angeht ist, das Ansehen unserer vaterländischen Behörden zu heben. Bollende dann, wenn solche Dinge von einer Behörde gemacht werden, die sich "Wohlfahrts"polizei nennt, kommt einem die ganze Misere des Polizeistaates erneut zum betrübenden Bewusstsein. Wir erinnern uns dabei der Worte, die der Staatssekretär Graf Posadowksi vor einiger Zeit im Reichstage sprach. Er führte damals den Sinn nach aus, dass die vielen kleineren Polizeidienste so unendlich viel Schuld an der verbitterten Stimmung weiter Volksschichten trügen. Hier haben wir dieses zweifellos deutliche Gewächs in Reinlichkeit! Von einigen Parleßabspalten aus könnte man sich über solche Glanzleistungen nur herzlich freuen, wer aber dabei auch den ruhigen Fortgang unserer gewerkschaftlichen Kulturarbeit wünscht, muss sie aufs Herzlichste verurteilen. Die vorgebrachte Behörde hat nun zwar Reinebe einstreiten lassen — und damit sind eventuell materielle Schädigungen unmöglich gemacht — aber man hat doch wieder einmal gesehen, wie die Behörden die Gewerkschaften behandeln möchten.

*

Ein internationaler Arbeiterkongress von hervorragender Bedeutung, der 17. internationaler Bergarbeiterkongress, hat vom 5. bis 7. Juni in London getagt.

Es waren vertreten 480 000 britische organisierte Bergleute durch 84 Delegierte, wovon 14 Parlamentsmitglieder sind; die Gesamtzahl der Bergleute im Vereinigten Königreich beläuft sich auf 708 200. Frankreich hat ungefähr 200 000 Bergleute, wovon 150 000 organisierte, die 4 Delegierte sandten, darunter 2 Parlamentsabgeordnete. Belgien hat 185 000 Bergleute, wovon 65 000 organisierte, die durch 9 Delegierte vertreten sind, darunter 2 Parlamentsmitglieder. Österreich hat 135 000 Bergleute, wovon 40 000 organisierte, die durch 2 Delegierte vertreten sind, darunter das Reichsratsmitglied Cing. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben 550 000 Bergleute, davon 365 000 organisierte, die 2 Delegierte sandten.

Natürlich war auch Deutschland vertreten. Diese Vertretung bedarf einer Erklärung. Der Verband sandte 12 Delegierte, darunter Sachse und Hütte, die Christlich sind. Leider trafen verpasst ein und der englische Bergarbeiterdelegierte Winton beantragte die Nichtanerhebung. Die Vertreter des Verbandes beschlossen indes, auf keinen Formalitäten zu bestehen und die Anerkennung der christlichen Mandate zu beanspruchen. Hütte erstattete darüber den Kongress Bericht und erläuterte: Der Verband erachtet, die Christlichen diesmal anzuerkennen, aber er behalte sich vor, das nächste Mal anders zu stimmen, wenn die Christlichen inzwischen den Beschlüssen der Internationalen Bergarbeiterkongresse zustimmen. Der Verband verlangt von den Christlichen nichts weiter, als was eine Arbeiterorganisation der anderen schuldig sei: Loyalität, Einheitlichkeit und Ausführung angenommene Beschlüsse. Der Kongress nahm Hütte kurze Worte mit Beifall auf.

Das ist gewiss ein hohes Maß von Toleranz, geboten von dem Geiste eigener Solidarität. Möchten nur die Christlichen es auch zu würdigen wissen!

Die Verhandlungen gewannen ein starkes politisches und sozialpolitisches Interesse. Der kürzlich ins Parlament gewählte Bergarbeiterführer Enoch Edwards sagte in seiner Eröffnungsrede:

Die imposante Beteiligung an dem Kongress sei der Vorbehalt für die Anstrengungen früherer Jahre, die Arbeiter aller Länder zusammenzubringen. Das Gewerkschaftswesen sei überall im Fortschreiten begriffen. Es gewinne an Einfluss. Es verbesserte die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und bescherte sie, an den Beratungen der Parlamente teilzunehmen. Die Arbeiter seien überall Friedens- und Rüstungsfreundlich und wollen den Weltfrieden, den Segen ruhiger internationaler Entwicklung. Es schloss seine Rede mit der Erwähnung der Grubenataktrophe in Courrières und sprach in bewegten Worten den französischen Kollegen die Sympathie des Kongresses aus, worauf sich die Delegierten von ihren Sitzen erhoben.

Beraten wurden u. a. einige von England, Deutschland und Österreich eingebrochene Resolutionen, betreffend Verbesserung von ähnlichen Katastrophen wie die von Courrières. Die Resolutionen verlangten die Einführung von Mineninspektoren, die von den Arbeitern aus ihren eigenen Reihen gewählt und die vom Staate bezahlt werden; diese Inspektoren sollen das Recht haben, zu jeder Zeit die Minen zu inspizieren und sollen mit genügendem Vollmachten ausgerüstet sein, die Ausführung ihrer Empfehlungen zu erzwingen. Der französische Delegierte Lamendin machte folgende interessante Verteilung: Frankreich habe zwar Arbeiter als Mineninspektoren, aber sie dürfen nur 10 Tage im Monat die Minen inspizieren. Die Arbeitnehmer verlangten die Erhöhung der Inspektionsstage auf 20. Die Minenbesitzer seien indes eher bereit, die Löhne zu verdoppeln, als die Verdopplung der Inspektionsstage zu zulassen. Der amerikanische Delegierte White sagte, in Amerika haben die Arbeiter das Recht, aus ihrer Masse Inspektoren zu wählen, aber es fehle an den zu solchen technischen Aufgaben qualifizierten Arbeitern. Er beantragte deshalb, die Gewerkschaften sollten derartige Kurse einrichten.

Die Resolutionen wurden angenommen.

Zum Punkt: "Frauenarbeit" sprach Danisch-Oberschlesien als Begründer des deutschen Antrages, der die Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie verbieten will. Danisch teilte mit, dass in Oberschlesien noch über 10 000 Frauen in der Bergwerks- und Hüttenindustrie arbeiten, in ganz Deutschland noch über 15 000. Die Frauen und Mädchen erhalten nur 80 g bis M. 1,20 pro Tag. Sie werden von den Unternehmern bevorzugt, um die Löhne der Männer zu drücken. Im Interesse einer gefundenen Verbesserung sei die Frauenarbeit in der Montanindustrie zu verbieten. Lombard-Belgrad unterstützte den deutschen Antrag. In Belgien arbeiten noch Frauen unter Tage, pro Schicht 8 bis 10 Stunden. Neben Tage arbeiten die Frauen 10 bis 12 Stunden. Das sei ein Wahn auf die Menschheit. Die deutsche Resolution wurde angenommen.

Zunächst sah weiter ein deutscher Antrag, für Geise zu wirken, die jede Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in der Bergwerksindustrie verbieten und untertägliche Arbeit nur Arbeitern über 16 Jahre gestatten. Bei Besprechung dieses Antrages erfuhr man durch den belgischen Delegierten Lombard, dass in Belgien, dem Lande, wo der Kleinstkonsortismus herrscht, noch Tausende Kinder, die erst 12 bis 14 Jahre alt sind, untertägig beschäftigt werden.

Von belgischer Seite wurde Einführung von zwei jährlichen Urlaubsperioden von je 15 Tagen (mit Lohnbezug) angeregt. Die Sprecher der einzelnen Nationen brachten ihre Sympathie mit dem Antrag aus, aber er sei praktisch nicht durchführbar. Sachsen-Deutschland sagte, die Bergarbeiter hätten ganz genügt mehr jährliche Ferien als die Bergarbeiter. Den schwer arbeitenden Bergarbeiter habe eine jährliche Ruhepause sehr gut. Aber sie zu erreichen sei nur möglich mit einer starken Organisation. In Deutschland hätten einige Berufe, z. B. die Buchdrucker, schon drei- bis achttagige Ferien mit Lohnbezug erreicht. Manche Stadtmeldungen geben ihren Angestellten auch Sommerurlaub. Auch die Bergleute werden einen Erholungsurklaub bekommen, wenn sie sich nur stark organisieren. Ferner beantragten die Belgier die Einführung eines internationalen Demonstrationstages für die Bergleute aller Länder, abzuhalten am ersten Montag im Mai. Für den Antrag waren nur die Belgier unbedingt, die Engländer wollen wohl für ihn stimmen, aber ihn nicht unter-

Organische Entwicklung oder gewaltsame Umsturz?

IV.

In der Einleitung, mit der Friedrich Engels die 1895 neu herausgegebene Arbeit von Karl Marx "Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" verfasst hat, finden wir geradezu klassische Bemerkungen zu unserem Thema. Anknüpfend an die Februarrevolution sagte er zunächst:

Wir teilten nach den Niederlagen von 1849 keineswegs die Illusionen der um die provisorischen Zentralregierungen in partibus gruppierter Bürgademokratie. Diese rechnete auf einen baldigen, ein für allemal entscheidenden Sieg des "Volkes" über die "Dräger", wie auf einen Largenkampf, nach Beseitigung der "Dräger", inner den in eben diesem "Volk" sich verborgenden gegenständlichen Elementen. Die Bürgademokratie erwartete den erreichten Losbruch von heute auf morgen; wir erklärten schon Herbst 1850, dass wenigstens der erste Abschnitt der revolutionären Periode abgeschlossen und nichts zu erwarten sei bis zum Ausbruch einer neuen ökonomischen Weltkrise. Beswegen wir auch in der Antik und Wann gelan wurden, als Verräter an der Revolution, von denselben Leuten, die nächst sofort Ausnahme ihren Frieden mit Bismarck gemacht haben — soweit Bismarck sie der Mühe wert fand."

Es ist äußerst charakteristisch, dass selbst einem Manne wie Friedrich Engels nach seiner eigenen unumstönbaren Behauptung das "Schiff" nicht erwartet blieb, als "Verräter an der Revolution" verhext zu werden, weil er hemmlich war, sich und andere vor Illusionen zu befreien, der ruhigen und nüchternen Überlegung zu folgen. Er fährt fort:

"Die Geschichte hat aber auch uns Unrecht gegeben, hat unsere damalige Ansicht als Illusion enttäuscht. Sie ist noch weiter gegangen: sie hat nicht nur unsern damaligen Irrtum zerstört, sie hat auch die Bedingungen

total umgewälzt, unter denen das Proletariat zu kämpfen hat. Die Kampfweise von 1848 ist heute in jeder Beziehung veraltet." Und dieser Punkt erachtet es wert, näher untersucht zu werden.

Er stellt nun fest, dass all jüngeren Revolutionen Minoritätss-Revolutionen waren. „Selbst wenn die Majorität dazu mitihalf, geschah es — wissenschaftlich oder nicht — nur, um die Minorität; diese aber erhält dadurch oder auch schon durch die passible überhandlose Haltung der Majorität den Antheil, als sei der Vertreter des ganzen Volkes.“ Wer möchte bestreiten, dass dieses Urteil auch auf die neuzeitige große Revolution, die in gewaltigen Erscheinungen unter unseren Augen sich abgespielt hat, auf die russische, zutrifft? Diese Revolution entspricht in ihrem jüngsten Verlauf weiter den folgenden Darlegungen Engels: „Nach dem ersten großen Erfolge halte ich in der Regel die siegreiche Minorität, die eine Hälfte war mit dem Erlangen zufrieden, die andere wollte noch weiter gehen, stellte neue Forderungen, die meistens teilweise auch im wirtschaftlichen oder scheinbaren Interesse der großen Volksmenge waren. Diese radikaleren Forderungen wurden auch in einzelnen Fällen durchgesetzt, häufig aber nur für den Augenblick. Die gemäßigten Partei erlangte wieder die Oberhand, das zuletzt Gewonnene ging ganz oder teilweise wieder verloren. Die Verteilungen schreiten über den Verlust oder schöpfer die Niederlage auf den Zustand. In Wirklichkeit aber lag die Sache meist so: Die Errungenenschaften des ersten Sieges wurden erst sichergestellt durch den zweiten Sieg der radikaleren Partei; was dies und damit das augenbläckliche Rötje erreicht, so verschwand die Radikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz.“

Engels geht dann darauf hin, dass alle Revolutionen der neuen Zeit angefangen von den großen englischen des siebzehnten Jahrhunderts, die Bilge zeigten, die untreibaren Seiten von jedem revolutionären Kampf. „Sie schienen anwendbar auch auf die Kämpfe des Proletariats um seine Emancipation; anwendbar um so mehr, als gerade 1848

die Leute zu zählen waren, die auch nur einigermaßen verstanden, in welcher Richtung diese Emancipation zu suchen war. Die proletarischen Massen selbst waren sogar in Paris noch nach dem Sieg absolut im Unklaren über den einzuschlagenden Weg. Und doch war die Bewegung da, instinktiv, spontan, ununterdrückbar... War da nicht alle Aussicht vorhanden für den Umstieg der Minorität?“ Engels beantwortet diese Frage dahin: „Die Geschichte hat uns allen, die ähnlich dachten, Unrecht gegeben.“ Und er sieht dann ausserdem, dass der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Befreiung der kapitalistischen Produktion. Sie habe dies bewiesen durch die sozialistische Revolution, die seit 1848 den ganzen Kontinent ergreift und die große Industrie in Frankreich, Österreich, Ungarn, Polen und neuerdings in Russland erst wirklich eingebürgert, aus Deutschland aber geradezu ein Industrieland ersten Ranges gemacht hat — alles auf kapitalistischer, noch sehr ausdehnungsfähiger Grundlage. Gerade die industrielle Revolution aber sei es, die überall erst klarheit geschafft hat in den Klassenbeziehungen, der entstirnungen ist, die eine große internationale Armee von Sozialisten, unabhängig forschreibend, täglich wachsend an Zahl, Organisation, Disziplin, Einsicht und Siegesgewissheit“. Aber sogar diese mächtige Armee müsse, „weit entfernt den Sieg mit einem großen Schlag zu eringen, im hartem, zähem Kampfe von Position zu Position langsam vorwärts bringen“.

Engels geht nun ein auf die nach 1848 eingetretene Periode der Revolution von oben, vollbracht durch Bonaparte und Bismarck, und wendet sich dann zu der höchst bedeutsamen Tafelache, sagt der Krieg von 1870/71 und die Niederlage der Pariser Kommune, wie Marx vorhergesagt, den Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung einweisen von Frankreich nach Deutschland verlegt hatte. „In Frankreich bedurfte es selbstverständlich Jahre, bis man sich von dem Überfall des Mai 1871 erholt hatte.“ In Deutschland dagegen, wo die

* Berlin. Verlag der Expedition des "Vorwärts".

zu führen. Whitefield-England erklärte, er sei für die Freiheit am 1. Mai auf einen Sonntag stellte, machte die Freier in England freie. Österreich und Sachsen-Deutschland sagten, für ihre Kinder hätten die Arbeiter durch den Beschluss des internationalen Kongresses in Paris 1889, den 1. Mai als Demonstrationstag für die 8-Stundenarbeitszeit anerkannt. Einige anderen Vereinigungen könnten die Deutschen und Österreicher nicht zustimmen, weil sie hierzu keinen Auftrag von ihrer Organisation hätten. — Hierauf zogen die Belgier ihren Antrag zurück; sie wollen ihn unbedingt dem nächsten Kongress unterbreiten.

Bereitsend die von den Deutschen, Engländern und Franzosen beantragte gesetzliche Einführung und der 1. Mai und somit, inklusive Ein- und Ausschafft, für alle Bergarbeiter wurde mit erheblicher Majorität in diesem Sinne beschlossen.

In der Schlussfassung nahm der Kongress Resolutionen an, die die Universalversicherung der Bergarbeiter als erforderlich bezeichneten und die Verstaatlichung der Bergwerke mit dem Hinweis bestimmt, daß diese nicht dem Privatkapital, sondern der Gesamtheit nützen müssten. Bezuglich der zweiten Resolution verhielten sich die christlichen Vereinigungen der deutschen und der amerikanischen Bergarbeiter neutral. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Kongress eine von dem deutschen Delegierten Hoffeld eingeführte Resolution an, die die weitere Ausgestaltung der Arbeiterversicherung dahin fordert, daß für alle erwerbstümig gewordene Arbeiter ein zweifellos ausreichendes Auskommen gesichert wird, und die für die Erben geflorbener Arbeiter eine ausreichende gesetzliche Zuwendung verlangt. Auf Antrag der deutschen Abordnung erhielten die Sekretäre des Kongresses den Auftrag, den verschiedenen Parlamenten die Resolutionen des Kongresses mit der Bitte um Erwirkung der Wünsche der Bergarbeiter zu unterbreiten. Als Ort des nächstjährigen Kongresses wurde Salzburg gewählt.

Mögen sich die Arbeiten des Kongresses als fruchtbbringend erweisen. Alles in allem machen den Grundriss eines sehr ernsten solidarischen Wollens, dem der Erfolg nicht fehlen kann.

Politische Prozesse sind wieder einmal an der Tagesordnung. Die Strafkammer in Sorau verhandelte am 11. Januar gegen den Redakteur Perner der in Fürst erscheinenden "Märkischen Volksstimme" wegen Aufreizung zum Klassenkampf. Den Gegenstand der Anklage bildet ein Artikel, der in dem genannten Parteiblatt als Aufruf zur Demonstration am 21. Januar erschien. Kurz nach dem Erscheinen des Artikels ward der Redakteur Perner verhaftet und auch die Zeiger wurden in Beugnis eingeworfen und genommen. Die Vertheidigung führte der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine. Die Verhandlung bot teilweise recht interessante Auseinandersetzungen. So sagte der Vorsitzende in bezug auf den imkritisierten Artikel: "Die Ausdrücke: eine Hand voll Pfaffen, Schnapsjunker und Schlossbarone beweisen doch ein Maß von Geschäftigkeit, das heimlich an Verblendung grenzt. Eine solle Rechtschaffenei Unwahrheit kann doch gar nicht in die Massen hineingetragen werden." Darauf erwiderte der Verteidiger: "Es handelt sich doch um alltägliche Ausdrücke der politischen Agitation. Schnapsjunker bedeutet kontraktiv, Pfaffen Zentrum und Schlossbarone nationalkonservativ. Das ist doch ebensoviel eine Aufforderung zum Klassenkampf, wie wenn man uns eine Rote Mutter nicht weiß, den Namen Deutsche zu tragen, oder rote Haken nicht weiß."

Weiter meinte der Vorsitzende: "Es heißt dann auch in dem Artikel: Deutschland könnte durch friedlichen Klassenkampf gefördert werden, wenn nicht die breiten Massen des Volkes entrichtet wären. Damit ist doch der friedliche Klassenkampf einfach negiert." — Angeklagter: "Nein, nur der Kulturförderkampf in Preußen."

In der Verhandlung kam auch die wahnsinnige Angst des Spießbürgertums vor dem Demonstrationssonntag zur Sprache. So sagte ein als Zeuge vernommener Polizeiinspektor: "Die Bedrohung war vor dem 21. Januar in großer Erregung. Wiederhold stift zum Beispiel Einbahn von Gebäuden zu mit gelommen und haben gefragt, ob wir das Röde vorbereitet hätten." Der Staatsanwalt schloß sich Max Thüdoher damit: "Wer in einer solchen Zeit geht, ist auch mit besonderem Maße zu messen. Das ist nicht Klassenkampf, sondern trifft

jeden, der sich in gleicher Weise vergeht. Ich beantrage eine Gefangenstrafe von einem Jahre."

Der Verteidiger trat den Ausführungen des Staatsanwalts in einer wifßen Rede entgegen. Er sagte u. a.: "Ich weiß jedenfalls, daß hohe Herren verschiedentlich aufgefordert haben, den Reichstag durch einen Gewaltschlag wegzuzeigen, ohne daß gegen sie § 130 des Strafgesetzbuches in Anwendung gebracht worden wäre. Für die scharfen Worte dürfen Sie nicht den Angeklagten verantwortlich machen; machen Sie lieber dafür die gebäßigen, kleinen Folgerungen verantwortlich, denen seine Partei fortwährend ausgesetzt ist. Der Aufruf richtet sich an alle Eintrittsstellen des preußischen Wahlrechts. Das sind wir alle hier im Saale mit samt dem Grafen Potowodowski. Es ist also gar keine Klasse, die hätte aufgerichtet werden können. Der Staatsanwalt sagt, der Artikel zeige eine Kunst in der Vertheidigung. Mit dieser Art der Vertheidigung brachte man in den Glaubensprozessen des Mittelalters die Rechte auf den Scheiterhaufen und bringt man heute noch die politischen Gegner in den Kerker. Bei dem Staatsanwalt beantragten Strafmahle steht mir der Verstand still. Selbst wenn es zu einer Beurteilung kommen sollte, würde eine Geldstrafe eine genügende Sühne sein." Auch das Gericht habe keine Lust, den Spuren des Staatsanwalts zu folgen, es verurteilte den Angeklagten zu M. 400 Geldstrafe.

Ein anderer Prozeß spielt sich in Breslau ab, wo der Redakteur Albert von der "Volkswoche" durch eine Meldere zum Kloßenhof aufgerichtet haben sollte. Auf den 18. Februar war auch der bekannte Professor Sombart als Sachverständiger erschienen; er stellte auf Antrag der Vertheidigung über Weien und Ziele der Sozialdemokratie Auskunft geben. Er gab an, daß er sich die Unterstellung der Arbeiterversicherung zur Lebensaufgabe gemacht habe. Zur Sache könne er natürlich nur auf die programmativen Schriften der Sozialdemokratie hinweisen. Danach sei das Wesen der heutigen Sozialdemokratie reformistisch evolutionistisch. Die Idee des plötzlichen Gewaltstreiks sei im Prinzip fallen gelassen worden. Das politische Testament Engels, des Mentors der gesamten internationalen Bewegung, habe sich im Prinzip ausdrücklich von der Gewalttheorie losgelöst, in dem er ausgeschlossen ist, daß wir die revolutionären Umstürzer, am besten bei unserer Gesellschaft geben.

Bei der Frage, weshalb die Arbeiter den 1. Mai feiern, kam es zu einer bemerkenswerten Diskussion, über die die "Volkswoche" folgendermaßen berichtet: Sombart: "Der 1. Mai soll laut Beschluss des internationalen Arbeiterskongresses von 1889 eine Demonstration zur Errichtung des achtfündigen Arbeitsstages in allen Kulturräumen sein." Vorsitzender: "Aber die Arbeiter haben doch längst den Achtstundentag in den meisten Ländern?" Sombart (erstaunt lächelnd): "Aber nein!" Vorsitzender: "Aber doch in vielen Ländern?" Sombart: "Nein, nein! Im Gegenteil. Der demokratische Seite nach darf ein einheitlicher internationale Arbeiterskongress nach dem 1. Mai den elfstündigen Arbeitstag als Maximalarbeitstag fordern!" Vorsitzender: "So?"

Welch unbekannte Welt den meisten deutschen Richtern die Arbeiterbewegung ist, das zeigen die Ausführungen des Verteidigers mit unübertragbarer Klarheit. Der Staatsanwalt hört sich eine verhältnismäßig geringe Rede, beantragt aber immerhin drei Monate Gefängnis. Das Gericht erachtet auf M. 300 Geldstrafe und zwar wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze. Das ist bald ebenso merkwürdig, wie die Vorstellungen des Richters über die Arbeiterbewegung.

Die "Waffenbetriebs-Aktion" der Dresdener Staatsanwaltschaft (siehe "Gründstein" Nr. 18, S. 227) ist ins Wasser gefallen. Der Gauvorstand des Metallarbeiterverbandes und der Redakteur der "Sächs. Arbeiterzeitung" sollen bekanntlich unter Anklage gestellt werden, weil sie gelegentlich der letzten Ausspruchung der Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes einföhnen hatten, eventuell ihre Mitgliedschaft zu verleugnen, die Metallindustriellen irrezuführen. Nunmehr ist den Gesuchten mitgeteilt worden, daß die Anklage gegen sie zurückgezogen werden ist.

Die "göttliche Weltordnung" wird durch folgende Nachricht wieder einmal in ihrem innersten Wesen enthüllt: 500 vpt. Dividende sollen von der Internationalen Wohlfahrtsgesellschaft für das Geschäftsjahr 1905/1906 in Aussicht

obendrein von dem französischen Milliardenseggen geradezu treibhausmäßig geförderte Industrie sich immer rascher entwickelte, wuchs noch weit rascher und nachhaltiger die Sozialdemokratie. Dank dem Verständnis, womit die deutschen Arbeiter das 1866 eingeführte allgemeine Stimmrecht bewussten, liegt das kaum erregende Wachstum der Partei in unbestrittenen Zahlen offen vor aller Welt. 1871: 102 000, 1872: 352 000, 1877: 493 000 sozialdemokratische Stimmen. Dann kam, wie Engels sagt, "die hohe obrigkeitliche Anerkennung dieser Fortschritte in Gestalt des Sozialistengesetzes"; die Partei war momentan zerstört, die Stimmenzahl sank 1881 auf 312 000. Aber das war rasch überwunden, und nun, unter dem Druck des Ausnahmegesetzes, ohne Presse, ohne eigene Organisation, ohne Vereins- und Versammlungsrecht, nun fing die rasche Ausbreitung erst recht an: 1884: 550 000, 1887: 788 000, 1890: 1.427 000 Stimmen. Da erlahmte die Hand des Staates. Das Sozialistengesetz verschwand; die sozialistische Stimmenzahl stieg auf 1.787 000, über ein Viertel der familiären abgegebenen Stimmen, um bei den letzten Wahlen von 1903 auf über drei Millionen anzuwachsen. Die Regierung und die herrschenden Klassen hatten alle ihre Mittel er schöpft — nutzlos, zwecklos, erfolglos. Die handgreiflichen Beweise ihrer Ohnmacht, die die Behörden, vom Nachtwächter bis zum Reichskanzler, hatten einführen müssen — und das vor den berührten Arbeitern! — diese Beweise zählen nach Millionen. Der Staat war am Ende seines Lateins, die Arbeiter erst am Anfang des ihrigen."

Die deutschen Arbeiter hatten aber, nach Engels' Bezeugnis, zudem ihrer Sache noch einen zweiten großen Dienst erwiesen, der mit ihrer bloßen Existenz als die stärkste, die disziplinierteste, die aufrichtigste anschwelende sozialistische Partei gegeben war: "Sie hatten ihren Geistlosen aller Kinder eine neue, eine der stärksten Waffen geliefert, indem sie zeigten, wie man das allgemeine Stimmrecht gebraucht."

Das allgemeine Stimmrecht hatte schon lange in Frankreich bestanden, war aber in Berrut gekommen durch den

genommen sein. Die Internationale Wohlfahrtsgesellschaft hat in dem Geschäftsjahr 1905/1906 eine Reihe außergewöhnlicher und außerordentlich hoher Gewinne durch den Verkauf von Kohlen- und Kalifeldern erzielt. Der erste dieser Verkäufe betraf 250 Normalfelder, die für den Betrag von 35 Millionen Mark in den Besitz der Rheinisch-Westfälischen Kohlenbergwerks-Gesellschaft m. b. H. übergingen. Sobald verfügte die Internationale Wohlfahrtsgesellschaft zwölf Kohlenfelder in Westfalen und zwei Feldergruppen im Niederrheinischen Bezirk sowie Kalifelder in der Nähe von Halle zum Gesamtpreis von 10 Millionen Mark. Schließlich verkaufte sie ihren Besitz von lothringischen Kohlenfeldern für 7 Millionen Mark an die zum Zwecke der Unternehmung dieser Felder gebildete Internationale Kohlenbergwerks-Aktien-Gesellschaft zu St. Amand.

Was die Internationale Wohlfahrtsgesellschaft " verdient", ist eigentlich nichts anderes als Dienstleistung am Nationalen und Internationalen Markt nach abweichenden Exzen und Minenarten, erwirbt, wenn sie solche gefunden hat, das Nutzenrecht und verkauft dieses für Millionen weiter. Die Schäfe, die im Erdboden liegen und die der Gesamtheit gehören sollten, werden auf diese Weise zu einem Mittel mißhafter Bereicherung.

Alle diese enormen " Verdienste" müssen beim Betrieb der Kohlen- resp. Kalireize von den Arbeitern wieder herausgeschafft werden, die dann dafür in Elend und Knechtlichkeit verkommen können. Es geht doch nichts über unsere " göttliche Weltordnung" *

Die "Borussia"-Affäre soll nun doch ein gerichtliches Nachspiel haben. Aus Dortmund wird gemeldet: In Sachen des großen vorjährigen Grubenunglücks auf Zeche "Borussia" erhielt nummerlich am 9. Juni das Landgericht Dortmund Anklage gegen die Betriebsleitung auf Zeche "Borussia" wegen Verletzung der Bergwerksordnung und wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Der Prozeß beginnt Ende September vor dem Landgerichte Dortmund. Es hat neben den Interpellationen im Reichstage und preußischen Landtagssitzungen erste vieler Klagen über die Bergarbeiter-Berichtigung bedurft, ehe sich die Behörde dazu entschloß, gegen die Bechernverwaltung vorzugehen. Das große Unglück liegt nun bald ein ganzes Jahr zurück, und so lange hat es gedauert, ehe man das Anklagematerial zusammen hatte. Bei dem Prozeß gegen Arbeiter wegen Bergrechtsdemonstrationen oder Streikvergehen arbeitet man schneller. Sollte nun auch die Strafe gegen die des Arbeitermordes Schuldigen desto schwerer ausfallen? *

Reichstagsabstimmwahl in Beuthen-Tarnowitz. In Oberschlesien, wo bisher das Bismarck dominierte, hat seit Jahr und Tag die Polenbewegung immer mehr an Boden gewonnen, wodurch einerseits der politische Einfluß des Zentrums fast ganz gebrochen worden ist, andererseits aber auch die Sozialdemokratie starke Abnach erhalten hat. Dies ist stark zum Ausdruck getreten, seit der am 12. Juni stattgehabten, infolge Mandatsniederlegung notwendig gewordenen Erstwahl. Bei der Hauptwahl im Jahre 1903 erhielt der offizielle Zentrumskandidat Kräfelin im ersten Wahlgange 20145 Stimmen und in der Stichwahl wurde er mit 28264 Stimmen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten gewählt; dieser erhielt in der Hauptwahl 10260 Stimmen, auf den politischen Kandidaten entfielen damals nur 6584 Stimmen. Nunmehr ist der Pole Kräfelin im ersten Wahlgange mit zirka 16 000 Stimmen gewählt worden. Die Stimmen des Zentrums sind auf 7768, die der Sozialdemokratie auf 6280 zurückgegangen. Die Polakken — das sind die Germanisierungswilligen — haben es auf 7231 Stimmen geschafft.

Über die christlich organisierten Bergarbeiter im Saargebiet hat sich besonders der Handelsminister Delbrück in preußischen Herrensaal sehr mißfällig ausgedrückt. Es schien fast so, als ob er geneigt sei, dem Untere des Geschäftsmannschafts-Kirchhof beizupflichten: "Die christlichen Gewerkschaften sind schwächer als die sozialdemokratischen Organisationen." Die "Christlichen" sind über seine Reden in große Erregung geraten; sie haben protestiert. Und nun hat der Handelsminister eine Gelegenheit wahrgenommen, sie zu versöhnen. In die Vertrauensleute der Grünen im Saarbezirk richtet er in Trier folgende An-

klage, Gemeinderäte, Gewerberäte; man mache der Bourgeoisie jeden Bohr streitig, bei dessen Beliebung ein genügender Teil des Proletariats mißfällt. Und so geht es, daß Bourgeoisie und Regierung darin lachen, sich weit mehr zu fürchten vor der geistlichen als vor der ungerechten Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion.

Engels sieht auseinander, daß auch hier die Bedingungen des Kampfes sich wesentlich verändert haben. Die Rebellionen alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab, sei ein überwundener Standpunkt, besonders die der Militarisierung erfahren hat. Daraus degreift sich, weshalb die herrschenden Klassen uns plattliefern, daß wir bringen wollen, wo die Kline steht und der Säbel hält; warum man uns so inständig anstößt, wir möchten doch endlich einmal Kanonenfutter spielen. Aber: die Herren beschwören ihre Willkür, wie ihre Herausforderungen für nichts und wieder nichts". Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die "Revolutionäre", die "Umwälzer", wir geben viel besser bei den geistlichen Mitteln als bei den ungefehligen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zu grunde an dem von ihnen selbst geschaffenen geistlichen Zustand. Und wenn wir nicht so wohltun würden, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, so bleibt ihnen zuleicht nichts anderes, als selbst diese ihnen so fatale Geschichte zu durchbrechen. *

So hat die Sozialdemokratie Deutschlands seit ihren Anfängen gedacht, so denkt sie noch heute. Immer hat sie förmlich lassen von der großen Sache, daß Gewaltkämpfe im Interesse der Kultur und Humanität sowie nach rein kulturellen Erwägungen verhindert werden müssen. Auf legalem Wege will die Arbeiterklasse den gebührenden Einfluss auf die Entwicklung gewinnen.

sprach: „Lassen Sie sich nicht zu einer unfreundlichen Stimmung gegen die königliche Bergbehörde oder Ihre Bergleute verleiten. Kein Mensch denkt daran, Ihnen irgendwie Ungerechtigkeit widerzufahren zu lassen. Wir sind alle, bis zum Minister aufwärts, bestrebt, die Gruben so zu führen, wie es im Interesse der Arbeiter, im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter liegt. . . . Lassen Sie sich nicht einreden, daß der Unternehmer nicht ihr Freund ist. Wir sind auferstanden angefeindet: Sie auf uns und wir auf Sie! Wir haben den besten Willen, Ihnen ein gerechte Arbeitgeber zu sein, das Sie sich als wohlbüdend in unserer Arbeit vergessen. Sie das nicht und verbergen Sie das gute Verhältnis nicht, indem Sie von außen hereingetragenen Einflüsterungen glauben! Das wollte ich Ihnen gesagt haben, und zwar von gutem Herzen. Einigen guten Rat möchte ich Ihnen geben: Haben Sie Vertrauen zu Ihren Bergleuten, und lassen Sie sich nicht einreden, daß Sie mit Kampf und unfreundlichem Auftreten mehr erreichen, als wenn Sie mit Ihren Vorgesetzten auf gutem freundlichstesten Fuße zu stehen.“

Der Grundgedanke dieser Rede des Ministers ist unschwer zu erkennen: die Arbeiter bedienen gar keiner Organisation zur Wahrung ihrer Interessen. Dieser Wahrung wird die Behörde bzw. der Unternehmer schon besorgen. Sie mögen nur immer höchst artig sein. Haben die „Christlichen“ Lust, es mal darauf ankommen zu lassen?

Gegen die katholische Arbeiterpresse und ihre Hintermänner richtet die Deutsche Arbeitgeber-Partei folgenden Angriff:

„Repräsentanten der Bekämpfung der von den Arbeitgebern zur Sicherung ihrer Wehrhaftigkeit gegenüber den gewerkschaftlichen Angriffen eingeleiteten Schritte sind anderseits die Hintermänner der katholischen Arbeiterorgane. Und zwar trifft auf diese nicht etwa der Vorwurf mangelnder Einfühlung zu; sondern sie handeln in der Nachahmung tiefer liegender politischer Absichten, wenn sie die Realisationsbestrebungen der Arbeitgeber für unzureichend erklären. Sie sind jüngstes Sozialdemokratie mit klerikalem Einschlag; sie hoffen, die Massen hinter sich zu bringen, indem sie ihnen alles und noch mehr versprechen, was die sozialdemokratische Partei ihrer Gefolgschaft aufgibt, um dem Klerikalismus schließlich einen ausschlaggebenden Einfluß auf das Geschick der Nation zu sichern.“

Auso „Sozialdemokratie mit klerikalem Einschlag“. Das wäre ja denn wohl die neueste Spezies von „Umstürzern“.

Zum Kampf um die Wahlreform in Österreich. Um die weitere Verschiebung der Wahlreform zu verhindern, hat neuerdings eine sozialdemokratische Konferenz in Wien getagt und folgenden Besluß über die Organisierung des Massenstreiks gefasst.

Die Konferenz fordert die organisierte Arbeiterschaft aller Branchen in ganz Österreich auf, unterzüglich daranzugehen, die letzten Vorbereitungen für den Massenstreik in möglichst großem Umfang zu treffen.

Die Vollmacht, die nötigen Anordnungen für den Massenstreik zu treffen und sofort, wenn es notwendig ist, die Parole zu seinem Beginn auszugeben, wird einem aus Mitgliedern der Parteivertretung, Gewerkschaftskommission und Fraktion bestehenden Zentralkomitee in Wien übertragen.

Die Leitung in jedem einzelnen Lande wird in der Hand eines einzigen, ebenso zusammengefügten Landeskomitees vereinigt, das sich unmittelbar mit den Zentralkomites in Verbindung zu legen hat.

Die Konferenz legt dem Zentralkomitee die volle Verantwortung dafür auf, daß der richtige Zeitpunkt nicht versäumt und daß der Massenstreik trotz aller damit verbundenen Opfer proklamiert wird, sobald eine das Zustimmen des Gesetzestherrn erreichende Stellung in den parlamentarischen Behandlung eintreten sollte.

Ein harter Kampf um das Streifrecht ist in der holländischen Kammer im Zusammenhang mit der Beratung über das Gesetz, betreffend den Arbeitsschutz, beendet worden. Es handelt sich um folgendes: Im Gesetz wird dem Unternehmer das Recht gegeben, einen Garantienfonds aus Wohnablagen zu bilden, zur Höhe eines Wochenlohnes. Bricht der Arbeiter den Kontakt, so kann sich der Unternehmer an dieser Summe schadlos halten. Die Frage war nun, ob dies auch im Streiffall gelten solle. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stellten sich auf den Standpunkt, daß ein Ausstand kein Kontraktbruch ist, sondern nur eine Suspension von der Durchführung des Kontraktes, denn die Arbeiter wollen nichts lieber als ihre Arbeitsbedingungen weiter führen. Es gibt manche Ausstände, wo die Rücksichtsfrist unvergehalten werden kann; manche gibt es aber auch, wo das nicht der Fall ist. Man denkt nur an die Fälle, wo der Unternehmer willkürlich Abänderungen in der Art der Arbeit vornimmt, wie auch da, wo man Arbeiter zwingen will, Arbeit zu tun, die andere, freiehafte Arbeiter haben liegen lassen. Darum erachten es die sozialdemokratischen Abgeordneten der Kammer als notwendig, den Streiffall überhaupt auszuschalten und nie gelten zu lassen für den Anspruch des Unternehmers, Schadenertrag zu bekommen aus der Garantiesumme. Dabei führten sie gegen die ganze Garantieumme, die die schon übermächtige Partei des Unternehmers noch stärker macht, und die hoch durch ihre ökonomische Öffnung schwächere Partei des Arbeiters noch schwächt, einen Kampf.

Die Diskussion über das Streifrecht hat länger als eine ganze Woche gedauert und ist beendet mit Annahme des Regierungsvorstandspunktes, der das Streifrecht beschwirkt. Der Justizminister stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kontakt durch Streif nicht gebrochen wird, sondern nur suspendiert. Über das Verfahren der Arbeit ohne Innehaltung der Rücksichtsfrist ist einer der im Gesetz angebotenen Fälle, wo der Unternehmer wegen „drängender Ursachen“ den Arbeiter entlassen und Schadenertrag fordern könnte.

Hast alle Vertreter bürgerlicher Parteien gaben zu, daß der Ausstand kein Kontraktbruch sein könne; aber man wußte nicht,

was man tun sollte. Es gibt gute und böse Streiter. Strafen alle, der Herr Gott wird sie wohl ausfüllen! Der Artikel wird in Holland, wo viel unorganisierte und unvorbereitete Ausstände vorkommen, den Arbeitern viel Geld kosten.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.
Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fortwährend nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeiter ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:
Sierkraut und Umgegend (Differenzen), Dücheldorf b. Lübeck (Sperre über Schmidt in Kasendorf);

Schleswig-Holstein:
Meldorf, Bramstedt (partielle Streiks), Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen);

Mecklenburg:
Schwerin (Bauarbeiterstreik), Silze (Sperre über Hollendorf), Güstrow, Neubukow (Streiks), Lage (Sperre über Kort), Klütz (Aussperrung), Dassow (Differenzen);

Pommern:
Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Cöslin (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greifswald (Aussperrungen);

Ost- und Westpreussen:
Konitz, Vandsburg (Aussperrungen), Marienwerder (Aussperrung in Rehhof b. M.), Memel (Streik);

Posen:
Krotoschin-Freyhan (Streik);

Schlesien:
Breslau, Hayna (Differenzen), Gottesberg (Streik);

Brandenburg:
Wittenberge (Aussperrung), Alt-Karbe, Forst, Schwiebus, Jüterbog, Trennenbrietzen, Belzig (Streiks), Trebitz (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Guben (Bauarbeiterstreik), Strasburg i. d. Uckermark (Sperre über R. Henschel);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Amendorf, Gardelen (Streiks), Barnburg (Aussperrung), Dessau, Stassfurt und Umgegend (Differenzen), Fichtenberg (Sperre über Goldschmidt);

Königr. Sachsen:
Leipzig Streik der Habitzputzer, (Bausperren über die Firmen Marion & Kunze, Bahnhofsbauten; Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstraße 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Straße 1, M. Klenke in Möckern, Hallesche Straße, Bernhard Schammel, Ecke Bayersche und Hardenbergstraße, Otto Dietze, Wahren, Halleschesche Straße, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Willy Schöbel in Stötteritz, Bad Leipzig-Zentrum, Wurzen (Sperre über Lehmann in Pöschau), Hirschberg, Reichshaus, Nossen, Döbeln, Oschatz, Hainichen, Dahlen, Hartha, Leisnig (Aussperrungen), Zwönitz, Penig, Grossrudestdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Grimmaischen, Schneeberg, Bautzen (Streiks), Weissenfels, Zeitz, Limbach, (Differenzen), Waldheim (Zimmererstreik);

Hannover, Oldenburg und Lippe:
Visselholz (Sperre über Cohrs und Köster), Osterode a. Harz (Streik), Emden, Münden (Zimmererstreiks), Nienburg a. d. W., Hildesheim, Aurich, Detmold, Oldenburg (Streiks), Uelzen (Aussperrung), Oelle, Harburg (Bauarbeiterstreiks);

Braunschweig:
Schöningen (Aussperrung);
Thüringen:
Erfurt (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Sperre über Paust und Pape), Kahla (Aussperrung), Meuselwitz (Sperre über K. Müller), Alfeld (Sperre über Wagner, Rudolf Heygendorf), Schmalkalden, Gotha, Suhl, Rudolstadt (Streiks);

Rheinprovinz und Westfalen:
Düren (Aussperrung), Remscheid (Sperre über Panel), Elberfeld (Sperre über Boswau & Knauer), Kronenberg (partieller Streik);

Bayern:
Alzenau, Hof a. d. S., Bayreuth, Regensburg, Würzburg (Streiks);

Hessen:
Mühlheim-Dietesheim, Borndorf, Dillenburg (Streiks), Schwanheim a. M. (partieller Streik), Marburg (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:
Gebweiler, Hassloch, Weinheim, Schifferstadt, Grünstadt (Streiks), Schwanzenberg (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Freiburg (part. Aussperrung), Pforzheim (Aussperrung);

Württemberg:
Vaihingen a. d. F., Ulm (Streiks);

Fliesenleger:
Bochum (Sperre über Schöttler und Werringhoff);

Oesterreich:
Olmutz, Pilsen (Streiks), Wien (Aussperrung).

Maier werben gefucht in Ehrenböd.

Gau Ostern. In Memel hat sich der Rohnkampf um die 5 % Erhöhung zu einem Magenkampf ausgewandert. Man will den Arbeitern, die immer noch nicht recht wußten, ob sie nach links oder rechts gehörten, mit Gewalt klar machen, daß das Gescheh vom „Schutz der nationalen Arbeit“ nur Schwindel war, und daß dem Arbeiter nicht nur das tägliche Brot versalzen, sondern auch die Errichtung besserer Löhne abgeschnitten werden soll. Schon zu Anfang des Streiks magte es sich bemerkbar, daß sich alles gegen die Maurer verschworen hatte. Die Maurerbaute wurde das Seminar, die aus dem Steuerfond des Volkes bezahlt werden, ruhten sechs Wochen vollständig. Die Unternehmer protestierten damit, daß sie ein ganzes Jahr Zeit hätten. Da ihnen aber doch die Zeit zu lang wurde, sprang Herr Schmidt mit seinem großen Geldbündel ein und holte Italiener. Diese so sehr mühsamen Elemente, die trocken der Informierung durch den „Operario Italiano“ von Swinemünde nach Memel gekommen sind, arbeiten jetzt an der Kaserne. Der Unternehmer fand, der das Seminar ausfüllt und keine Italiener haben wollte, sondern gewillt war, sich mit den Memeler zu einigen, erklärte in den letzten Tagen, daß er es auch mit 15 Italienern verüben würde. Wahrscheinlich hat er einen Bündel mit dem Baumaterial erhalten, wodurch man ihm zu verfehlten gegeben hat, daß das Geld für die Italiener nicht umsonst ausgegeben sei, sondern daß diese mühsame Gesellschaft auch ihren Zweck erfüllen soll. Auch bei der Materialsperrung hat sich der Herr Bankdirektor schon recht viel Mühe gegeben, und zwar, wie er in seinem Briefe ausführte, hat, aus politischen Gründen. Da die politischen Gründe dieses Herrn aus der Wahlbewegung 1903 genügend bekannt sind, weiß man bestimmt, aus welcher Sphäre der Wind heift und daß nichts Gutes zu erwarten ist. In Memel glaubt man noch, daß man die aufstrebende Arbeiterschaft einfach zur Ohnmacht verurteilen kann. Von diesem Wahnfinst müssen die Herren erst furiert werden und lernen, daß sich die Arbeiter das, was ihnen vorerhalten wird, durch ihre eigene Machstellung erklären. Erst dann werden sie die Arbeiterschaften und ihnen geben müssen, was sie ihnen jetzt noch vorerhalten. Darum wird auch dieser Kampf nicht umsonst geführt werden, sondern dazu beitragen, daß auch in Memel eine klassenbewußte und kämpfende Arbeiterschaft entsteht, die auch den Maßkämpfen gewachsen ist. Zugang ist weiter fernzuhalten.

Gau Berlin. In der Nähe des Eisenwerks „Daudenhäuser“, dort, wo die drei Provinzen Sachsen, Schlesien und Brandenburg aneinanderliegen, liegt abseits vom Verkehr das ja 2500 Einwohner zählende Dorf Bördigk. Einwohner sind, zu denen sich aber auch eine große Anzahl Bauarbeiter und Maurer befinden. Die Leute treiben fast alle im Nebenerwerb Landwirtschaft; niedrige Löhne, lange Arbeitszeit usw. sind die Folgen davon. Noch vor einem Jahr wußte man nichts oder nicht viel von einer Arbeiterschaft. Da setzte eine lebhafte Agitation ein, die zunächst von dem politischen Verein aus betrieben wurde und ungeahnte Erfolge hatte. Polizei und Unternehmertum waren bestens bestrebt, die Bewegung niederaufzuhalten, und der Liebhaber des Unternehmertums auf der einen und die starke Verbreitung der sozialistischen Tageszeitung („Sächsisches Volksblatt“) auf der anderen Seite brachten es mit sich, daß sich die Arbeiter auch auf ihre wirtschaftliche Lage befreien und sich gewerkschaftlich organisieren. Geschäftsmäßige große Gewerkschaften entstanden und auch die Maurer standen nicht zurück. Sie waren bisher in einem Vergnügungsverein „Zimmergrün“ zusammengekommen, der um den Versammlungsorte kämpfenden Arbeiterschaft von Bördigk fortwährend in den Rücken fiel. Aber es wurde anders. In einer großen Biegel scheune fand eine Versammlung statt, die in der außer einer Angabe Bördiger Genossen anderer Berufe nur ganze sieben Maurer anwesend waren. Aber man ließ sich dies nicht verbreiten. Der Anschluß an den Maurerverband war gefunden, und nun ging die Agitationarbeit langsam aber sicher los. Heute sind 98 Maurer von 120 beschäftigt im Verband. Der Maurermeister Mademacher begann mit Maßregelungen, er hielt aber die Bewegung nicht auf. Jetzt haben wir nun Forderungen an die Unternehmer gestellt, und zwar auf 88 ½ Stundenlohn und zehntägige Arbeitszeit. Bisher mußte bei durchschnittlich 84 ½ Stundenlohn täglich elf Stunden geschafft werden. Während zwei Unternehmern bestimmt vor Ablauf der bis 18. d. M. währenden Beendzeit, haben die Baumeister Mademacher in Bördigk und Göttingen schon heute ihre Ablage angekündigt. Der letztere maßregelte sogar das Mitglied der Zahnärztin, den Kollegen August Thome. Es wird nun in dieser Woche eine Versammlung stattfinden, in der die weiteren Maßnahmen beraten werden sollen. Dem Unternehmertum wird nun schon die Solidarität und der Ernst dieser hiesigen Maurer gezeigt werden.

In Euch, Kollegen, liegt es aber, auszuhalten im Kampfe und nach den letzten Fernstehenden zur Organisation unserem Maurerband zu heranziehen. Auf an die Arbeit! Der Zugang nach hier ist fernzuhalten. In Kreuzberg e. s. fand zwar am 7. Juni eine Verhandlung statt, eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden. Die Forderung gipfelte in einer Lohnerhöhung von 85 auf 88 ½. Die Unternehmer wollen jedoch nur 86 ½ zahlen. Sie werden sich aber noch eines besseren bewußt müssen, da sie Streitbrecher so gut wie gar nicht zur Verfügung haben.

Gau Preußen. Seit dem 14. Mai liegen die Maurer und Zimmerer vor Friedrich-Ebert in im Streik. Bis jetzt konnte keine Einigung zu stande kommen. Der Vorsteher der Unternehmervereinigung ist ein sehr gefährlicher Herr, der auch als Patriot seinen Mann stellt. Er verlangt auch von seinen Gelehrten das gleiche, weshalb er den dringlichen Versuch unternahm, sie auf den rechten Weg zurückzuführen. Dies sollte durch folgendes Schriftstück, das jedem Kollegen zu gestellt wurde, geschehen:

Großschön, den 1. Juni 1906.

Gern: Hiermit teile ich Ihnen mit, daß wir Baumeister in Kreuzberg am heutigen Tage in Anbericht des Schreibens vom 28. Mai 1906 von Herrn Wilhelm Moh folgendes beschlossen haben:

1. Den Mäurer Herrn Wilhelm Moh erkennen wir nicht als Vertreter unserer Mäurer- und Zimmergesellen an, weil dieselbe seit zwei Jahren bei uns nicht in Arbeit gestanden hat.
2. Wie von mir beginn' uns der Lohnkommission schon früher erfasst wurde, sind wir gewillt, für dieses und das nächste Jahr eine Stundenlänge von 2 1/2 und vom 15. Mai 1908 an einen Stundenlohn von 85,- bei elfstündiger Arbeitszeit und der geleglichen Kündigungsfreiheit zu billigten. Ferner werden Schafsstelle und Hochgelegenheit und bei jedem grüheren Bau ein Verhandlungskasten gestellt bzw. gegeben.

Da wir nur wissen, daß unsere Mäurer und Zimmergesellen Königstreue, ehliche und ehrstrebende Männer sind, die der Sozialdemokratie nicht Vorwürfe leisten wollen und werden, so geben wir uns der bestimmt Hoffnung hin, daß unsere Bedingungen angenommen werden und am 6. Juni d. J. die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Wir sind bereit, um 5. Juni d. J. Vormittags, mit einer verstärkten Lohnkommission diese Angelegenheit zu besprechen. Die vereinigten Mäurer- und Zimmermeister

in Protoschin.

S. A.: P. Werner.

Den Streitenden ist es aber nicht eingefallen, auf dies Angebot hin die Arbeit aufzunehmen; sie fachten vielmehr in einer Versammlung, die am zweiten Pfingstmontag stattfand, folgenden Beschluß: „Die Versammlung der streitenden Mäurer und Zimmermeister hält nach wie vor an den gestellten Forderungen fest und erklärt sich mit allen bisher unternommenen Schritten der Lohn- und Streikkommission einverstanden. Sie drückt dieser Kommission auch fernrechn ihr volles Vertrauen aus und weist es auf das entschiedenste zurück, sobald von den Meistern vorschreiben zu lassen, wen sie zu eventuellen Verhandlungen delegieren. Dieser Beschluß ist den Unternehmern mitgeteilt worden, worauf sie sich jedoch eines anderen besonnen haben; denn am vorigen Donnerstag liegen die Huber zweier großer Geschäfte bei der Kommission an, fragen ob sie verhandelt wollte. Dazu war die Kommission natürlich bereit, konnte aber nur erklären, daß die Streitenden auf den Forderungen bestanden. Am Freitag kam es dann zu einer Verhandlung mit sämtlichen Meistern, wo der Vorsteher erklärte, daß noch nie eine Lohnkommission bis jetzt so fest an den gestellten Forderungen gehalten hätte, wie gerade diesmal. Aber wir haben auch keine Ursache, einen Schritt zu weichen, denn noch nie hat ein Streit so günstig für uns gelunden wie gerade dieser. Streitbrecher sind bis heute noch keine zu verzeichnen und Arbeit ist genug in der Umgegend vorhanden, so daß wir auch Montag wieder eine größere Kolonne unterbringen werden.“

Bei einer Einigung kam es auch in dieser Verhandlung nicht. Die Unternehmer haben es gewagt, eine „Gruppe“ unter die Streitenden zu werfen, indem sie wieder an einzelne Kollegen folgendes Schriftstück händigen.

Protoschin, den 16. Juni 1906.

Gern. Nachdem wir am heutigen Tage mit Ihrer gewählten Lohnkommission eine Befreiung erhalten haben, um die Arbeitsleistung unserer Mäurer und Zimmergesellen zu Ende zu bringen, so reisen wir Ihnen her durch mit, daß Ihre Lohnkommission trotz unseres heutigen Entgegenkommens sich ablehnend verhalten hat.

Wie bewilligen Ihnen nunmehr

1. einen Stundenlohn von 85,- bei elfstündiger Arbeitszeit und achtstündiger Kündigungsfreiheit und alle von Ihnen sonst aufgestellten Bedingungen;
2. die Dauer des Lohnverhältnisses auf zwei Jahre.

Wenn Sie unter diesen Bedingungen nun die Arbeit sofort oder bis spätestens am 25. d. M. aufnehmen, so hatten wir unter Überwerfung aufrecht, sonst sind wir gezwungen, auf unserem Schreiben vom 1. Juni d. J. zu betonen,

Die vereinigten Mäurer- und Zimmermeister
in Protoschin.

S. A.: P. Werner.

Über Sie werden auch dieses Mal so wenig Erfolg haben, wie auf das erste Schreiben. Es wird sehr klein Streitender verletzen lassen, die Arbeit aufzunehmen, ohne daß eine Einigung mit der Lohnkommission mit den Meistern durchgeführt ist. Zugunsten ist noch wie vor fernzuhalten.

Gau Görlitz. In Bittau dauert der Streit der Mäurer, Zimmermeister und Baufußarbeiter unverändert fort. Wir können fest, nach vierwöchiger Dauer konstatieren, daß die Situation für uns gänzlich liegt. Allerdings legen die Unternehmer diesmal alles daran, uns niederkriegen. Doch sind unsere Kollegen durch die bisherigen schweren Kämpfe zu gut geschult, wohl-disziplinierten Kampfes erzogen worden. Die Unternehmer sind eifrig auf der Suche nach Streitbrechern. Da sie in den vorhergehenden Jahren sehr üble Erfahrungen mit theoretischen Arbeitswilligen gemacht haben, berücken sie, derartige Elemente innerhalb Sachsen aufzuteilen und zwar in Dresdener Polster. Baumeister Schmidt von Bittau hat einen Zimmerpolster engagiert, der neben seinem Berufe auch als Agent fungiert. Dieser würde Baron heißt T. E. Er soll in Böhmen eine Arbeitskolonne innhaben. Durch Vermittlung dieses Agenten gelingt es Baumeister Schmidt immer wieder, Streitbrecher, vornehmlich Zimmerer, heranzulösen. Doch auch Mäurer vermitteln ihm dieser Seelenläufer. Bis jetzt haben wir glücklicherweise noch keinen Zugang von außen zu verzögern. Die Zimmerer haben schon circa zehn dieser Dresdener wieder zurückgeschickt. Arbeitsgelegenheit sieht und in genügender Höhe zu Gebote. Die Kollegen haben auch gegen Gebrauch davon gemacht. Von circa 650 Kollegen im ganzen Bezirk sind anfänglich 400 abgereist. Im Laufe der nächsten Woche wird auch diese Zahl sich bedeutend verringern. Gräßtere Bauten, die ihrer Ausführung harren, sind der Postverteilungsbau, der Erweiterungsbau der Maschinenhalle des Elektrofährwerks, der Schul-erweiterungsbau und noch verschiedene Umbauten privater Natur. Von den in den letzten Eingetragenen sind im ganzen zwei abgesunken. Jeder Kollege ist sich bewußt, daß dies der Entscheidungskampf ist und daß er vielleicht noch länger als der vorige dauern wird.

In Großschönau sind von 108 Ausgesperrten noch 45 im Orte. Die anderen sind abgereist bzw. anderweitig untergebracht. Arbeitsgelegenheit ist dort äußerst günstig.

In Reichenau sind 98 Kollegen ausgeperrt worden. Zum Streitbrecher ist noch niemand geworden. 66 davon sind abgereist bzw. anderweitig untergebracht. Die Stimmung

ist hier wie in Großschönau äußerst kampflustig, obgleich es sich hier um eine sehr junge Organisation handelt. Zugang ist in diesen beiden Orten noch nicht zu verzeichnen. Die Unternehmer sind empört, daß eine so große Anzahl Kollegen anderweitig Arbeit gefunden hat. Sie verlieren jetzt schwere Kosten überall hin, ja sogar in die Fabriken, um die dort beschäftigten Kollegen oder deren Frauen außer Arbeit zu bringen, doch ohne Erfolg. Die Gesellen werden trotz alledem zum Siege gelangen.

Gau Leipzig. In Limnendorf bei Halle a. S. sind am 16. und 17. Juni 50 Mäurer abgereist, angeblich nach Frankfurt a. M. Der Unternehmer Möbus hat seine braunen Söhne gleichfalls entlassen; er bietet jetzt den Kollegen 45,- aber auf allen Baustellen will er es nicht zahlen. Eine nochmalige Unterhandlung ist angebahnt und wenn die Unternehmer Möbus, Peterbrück und Welcker den Frieden wollen, dann brauchen sie nur die gerechten Forderungen anzuerkennen. Hoffentlich haben die Unternehmer eingesehen, daß sie sich dabei besser führen werden.

Gau Magdeburg. In Bernburg hat der Unternehmer Weise noch ein halbes Dutzend der braunen Söhne des Südens aus der Kolonne des dunklen Chemnitzer Taschetti herausgekleppt. Tags vorher hatte der Kollege Dege aus Halle mit einem Kostenaufwand von M. 92,05 eine Kolonne abgeschnitten. Wir möchten den Kollegen raten, sich nach anderem Hilfsmittel umzusehen, da, wie Figura zeigt, mit Geldmittel nichts getan ist. Die Zahl der Ausgeperrten ist auf 16 zurückgegangen, da sich das bauende Publikum teilweise an das Streikkomitee wendet und diesem die Arbeiten in Regie überträgt.

Die Kollegen in Gardelegen sind schon am Montag, den 11. Juni, in den Streit eingetreten. Bis auf die ältesten minderleistungsfähigen Kollegen ist die Arbeits-einführung vollständig. Die ledigsten Kollegen sind sofort alle abgereist. Am Mittwoch Abend fand eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, der auch der Gauborgeringhe beiwohnte. Da die Herren bloß 2,- pro Lohn erhöhung boten, konnte ein Ausgleich nicht erzielt werden. In den Kollegen wird es liegen, die Unternehmer weiteren Zugeständnissen geteigt zu machen. Halten die Streitenden treue Wacht, daß der Zugang fernbleibt, dann muß ihnen der Sieg teil werden.

Gau Erfurt. In Schmalzalben haben am 12. Juni die Mitglieder unseres Zweigvereins Mäurer und Kinder, die Arbeit eingestellt. Der Grund ist die Ablehnung der eingerichteten Forderungen durch die Unternehmer. Gefordert wird die zehntägige Arbeitszeit und ein Mindestlohn von 38,- für Kinder und 40,- für Mäurer. Die zehntägige Arbeitszeit wollten die Unternehmer schon bewilligen, jedoch nur einen Höchstlohn von 32 resp. 36,- zu zahlen, so daß die Kollegen dadurch keinen Kontakt, sondern, da mit dem Höchstlohn alles mögliche gemacht werden kann, nur Nachteil gehabt hätten. Es hat lange genug gedauert, ehe die Kollegen ihre erwartliche Länge begriffen haben, viele Jahre haben sie 12 und 13 Stunden für Löhne von 28 bis 32,- gearbeitet. 108 Mann sind in den Streit eingetreten, leider jedoch auch 88 in Arbeit geblieben. Gelingt es, von den Arbeitswilligen noch welche auf Einstellung der Arbeit zu bewegen, und halten die Kollegen aus, dann muß auch hier den Unternehmern klar werden, daß es in dieser Sache nun endlich auch bei den baugewerblichen Arbeitern anfängt, Platz zu werden. Die Unternehmer haben in ihrer Versammlung beschlossen, fast zusammenzuhalten und nichts zu bewilligen; hoffentlich die Kollegen dasselbe. Ein Vermittlungsschreiben des Gauborndienstes haben die Unternehmer nicht bearbeitet. Gauborndienst sind in den ersten zwei Tagen abgereist, nächste Woche folgen noch mehr, da die Abgereisten alle Arbeit gefunden haben.

Über den Streit in Gotha wird berichtet, daß der Kampf weitergeführt wird. Gelegenheit der Lage mit dem Unternehmer Metz wurde den streitenden Parteien der Vorschlag gemacht, das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen. Zu dem Zweck wurde am 8. Juni über den Streit der Bauarbeiter Verhandlung vor dem Gewerbeamt geführt. Von den streitenden Mäuerern, Zimmerern und Baufußarbeitern war Kollege Leube als Vertreter, von den Unternehmern Hofmauermeister Merten bestimmt worden. Zur Begründung der gestellten Lohnforderung führte Kollege Leube an, daß die Bauarbeiter durch die Vereinigung der notwendigen und für den Arbeiter unentbehrlichen Lebensmittel und durch die schlechten Wohn- und Arbeitsbedingungen dazu gezwungen waren, Forderungen zu stellen. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit von 2000 Stunden und einem Stundenlohn von 45,- würde das jährliche Einkommen eines Mäurers M. 900 betrugen. Daß ein Arbeiter mit M. 900 über den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage ist, als Mensch leben zu können, braucht nicht erwähnt zu werden. Die diesigen Unternehmer denken jedoch anders; sie können sich nicht entschließen, die Forderung anzuerkennen und Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesem Jahre vertraglich festzusetzen. In nächsten Tagen wären sie geneigt, die geforderten Arbeitsbedingungen einzufordern. Die Verhandlungen nahmen neun Stunden in Anspruch. Auf alles einzugehen ist unmöglich, aber eins muß noch erwähnt werden. Der Gewerbeamtsschriftführer, Alfons Rädig, erklärte nämlich, daß bis jetzt noch kein Bauarbeiter verhängt sei. Also die Arbeiter können deutlich sehen, daß ihnen von anderer Seite keine Hilfe zu teilen wird, sondern daß die einzige Hilfe in ihrer Organisation liegt. Also erst müssen die Bauarbeiter beruhigen, bevor sie Anspruch auf Befreiung ihrer Lage haben. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Der Kampf muß also weitergeführt werden.

Da die Gefahr vorherrschen läßt, daß italienische Mäurer herangezogen werden, wollen wir nochmals darauf aufmerksam machen, daß der Zugang streng fernzuhalten ist. Abgereist sind jetzt 180 Kollegen und weitere werden folgen. Streitbrecher ist noch keiner geworden; aber die Meister geben sich als erdenklische Maße, die Polizei umzustimmen, indem man ihnen günstige Angebote gemacht hat. Man kann aber im Zweifel sein, ob nach Beendigung des Streits diese günstigen Angebote gehalten werden. Die Bauarbeiter Gotha sind fest entschlossen, ihre Forderung durchzuführen.

Gau Nürnberg. In Bayreuth ist in der letzten Woche eine Veränderung in den Stand des Streits nicht eingetreten, die Bewegung steht nach wie vor für uns sehr günstig.

Für Regensburg trifft dasselbe zu. Wir können, wenn die Dinge so bleiben, den Sieg bestimmt an unsere Fahne heften.

In Wüzburg wird auf beiden Seiten mit grossem Ernst gekämpft. Die Unternehmer machen alle Anstrengungen, um den auswärtigen Streitbrecher heranzuziehen, was ihnen auch vereinzelt gelingt. Da aber unsere Kollegen früh und spät darüber wachen, gelingt es auch immer wieder, sie abzuschließen, was aber in der Regel große Mühe verursacht.

In Nürnberg wurden in der letzten Zeit von den Baufußarbeitern Spuren verhängt, wobei die auf diesen Bauten beschäftigten Kollegen in Mittelbarhaft gezogen wurden.

In Kaufreid am 15. Juli der im vorigen Jahre abgeschlossene Vertrag sein Ende. Es werden im Laufe der Woche den Unternehmern neue Forderungen gestellt werden.

In Hof a. d. Saale haben in den letzten Tagen Unterhandlungen stattgefunden, die aber zu keinem Resultat geführt haben. Die Unternehmer wollen zwar die zehntägige Arbeitszeit sowie auch Lohnzulage für Lieferstunden, Nachts, Sonntags und Feierstagsarbeiten gewähren, lehnen aber zur Zeit jede Lohnzurhöhung ab. Dagegen wollen sie vom 1. Oktober d. J. an zu den jetzigen Dagen 2,- pro Stunde zulegen, was von den Streitenden nicht anerkannt wird. Von dem Bürgermeister, unter dessen Vorstoss die Unterhandlungen stattfanden, wurde der Vorschlag gemacht, nunmehr das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen, was von den Streitenden einstimmig angenommen wurde. Es werden also im Verlaufe der Woche vor dem Einigungsaamt Unterhandlungen stattfinden. Der Termin, bis zu dem die Arbeit ausgenommen werden muß, haben die Unternehmer vom 9. auf den 20. Juni verlängert, was sie durch große Interesse in der Tagespresse von Hof bekannt gegeben haben. Dieser Beschluß hat aber keinerlei Wirkung auf die Streitenden ausübt. Von den unter großen Opfern herbeigekommen Italienern sollen, wie wir erfahren, bereits abt 45,- je Jahr Mann wegen anstreitiger Schranken (was bei solchen Wohnverhältnissen kein Wunder ist) in das städtische Krankenhaus aufgenommen werden. Einige der betroffenen Männer sind in die Stadt eingezogen, um die Unternehmer einzufangen. Einige sind in andere Orte zu vertrieben, bis ihnen von der Streikkommission oder durch den „Grundstein“ diesbezügliche Mitteilungen augehen.

Gau München. In Wülfrath a. J. kam noch in letzter Stunde eine Einigung zu stande. Vor Beginn der Versammlung, in der der Streit befreitlos werden sollte, überbrachte ein Votum ein Zusatzabkommen der Unternehmer, das für unsere Kollegen unerhörtbar war und mit dem sich die Versammlung einverstanden erklärte. Der Votum beträgt 30,- im nächsten Jahre 38,- pro Stunde. Vor der Bewegung wurde ein Stundenlohn von 24 bis 28,- in der Umgebung sogar nur ein solcher von 22 bis 28,- bezahlt. Ohne Einigung der Organisation würde wohl auch in zehn Jahren in J. der gleiche Lohn bezahlt werden sein. Auch andere ganz bedeutende Votum wurden durch den Ratifiz nach erzielt. Die Wülfrather Kollegen sind erst ein Jahr organisiert und wissen nun, was sie dem Mäurerverbande zu danken haben.

In Planegg haben nach neuuntwödiger Aussperrung die Unternehmer eingesehen, daß es doch besser sei, mit der verhafteten Organisation zu unterhandeln und annehmbare Zugeständnisse zu machen. Unsere Kollegen haben tapfer ausgehalten, bis endlich die Unternehmer lösungsmüde waren. In letzter Woche fand eine Unterhandlung statt, in der endlich eine Einigung erzielt wurde. Der Vorschlag beträgt nun 45,- im nächsten Jahre 47,- pro Stunde. Auch in anderen Punkten, so z. B. betrifft die Arbeitszeitlänge um 5 Uhr an den Samstagen, mussten die Unternehmer nachgeben. Auch in Planegg hat sich als der Kampfsumut unserer Kollegen auf das bestrebt bewahrt.

In Landsbut steht seit dem 18. Juni unsere Kollegen im Kampfe. Die Unternehmer waren zu groß, um mit der Organisation zu unterhandeln. In ihrer Versammlung wurde einfach beschlossen, nichts zu bewilligen. Das Bauprojekt und speziell der Oberbaudienst Wagner schätzte den größten Teil der dortigen Kollegen als Subjekte ein, die sich bei einer Arbeitsniederlegung als Verräte hergeben würden. Die Herren haben sich bitter Gedacht. Gänzlich wurde die Arbeit niebergelegt. Nur circa zehn Mäurerkinder verrichten Streitbrechendienste. Die „christliche“ Organisation ist fünf Mann stark, davon arbeiten vier als Streitbrecher, während einer natürlich voll genug war, die Arbeit nieberzulegen. „An ihrem Frühstück werdet ihr sie erkennen“, sprach der Stifter jener Religion, von der diese Mäurerkinder behaupten, sie in Erbapalt genommen zu haben. Wir haben keine Ursache, die „christliche“ in ihren selbstmörderischen Bestrebungen zu hindern. Streitende meldeben sich bisher 188 Männer. Ein erheblicher Teil davon ist bereits abgereist und eine ziemliche Anzahl ist anderweitig untergebracht. Die Stimmung ist sehr gut. Die Unternehmer sind sehr in der Ordnung; einzelne haben Herrn Wagner bereits ihren unzweckdienlichen „Dank“ ausgedrückt für die Suppe, die sie nun auslösselft haben. Großes Vergnügen, bereitete es den Streitenden, als schon am ersten Tage ein Unternehmer zu Felle und Hanmer griff. Seinem Umfang nach könnte er wohl drei Streitende erschlagen, aber „mit der Arbeit geht's halt nicht recht“. Wenn die Kollegen im Kampfe ausharren, und das ist der feste Wille jedes einzelnen, so muß der Sieg auf unserer Seite sein.

NB. Den Kollegen zur Mitteilung, daß ab 1. Juli die Abreise des Gauborndienstes lautet: N. S. a. d. R. Teile, Palmsstraße 12, 8. Et. Telephonruf 188.

Gau Mannheim. In Pforzheim hat der in der vorigen Nummer gemeldete Konflikt wirklich zur Aussperrung geführt. Die Verhandlungen verliefen reihaflos. Die Unternehmerorganisation ergriff in der einheitlichsten Weise Vorsicht für Sicher. Montag, den 11. Juni, stellte sie uns schriftlich nochmals das Ultimatum: Bedingungslose Aussperrung der Sparte. In allen Blättern, die über die Sparte berichtet hatten, sollten wir bekannt geben, daß die Sparte aufgehoben sei. Dafür wollten die Unternehmer natürlich die Namen der

mehrgeleistet nicht veröffentlichten, damit diese anderwärts Arbeit erhielten.

Am Montag Nachmittag nahm eine stark besuchte Versammlung an dem Ultimatum Stellung. Die Auszählung ergab, daß 499 Maurer, 189 Bauarbeiter und 25 Angehörige anderer Berufe anwesend waren. So nun zur Zeit zirka 1000 Maurer im Vertragsgebiete arbeiteten, so war sonach noch nicht die Hälfte der Maurer anwesend. Es war jedoch notwendig, in dieser Angelegenheit die Meinung aller Maurer kennen zu lernen; deshalb wurde die Abstimmung auf eine spätere Versammlung verschoben. Die Unternehmer erledigten darin eine Verhandlung und legten Dienstag Abend, den 12. Juni, alle Maurer vor die Tür.

Wie haben nun dafür zu sorgen, daß die Aussperrung ein Schlag ins Wasser wird. Es ist heute schon zweifelhaft klar, daß sich die Unternehmer eine schwere Schlappe holen werden. Die Kollegen sind bis zu 90 Mann abgereist. Wir können deshalb mit aller Kraft das Wetter abwarten. Der Beginn dieses Kampfes ist ein Beweis dafür, wie wenig ernst es den Unternehmern mit der Einhaltung des Vertrages war. Wenn sie aber glauben, mit diesem Gewaltstreik die Maurer niederzuzwingen, so irren sie sich ganz gewaltig. Nicht wir, sondern sie werden die Zeuge zu bezahlen haben. Einige Vorausbedingung für den Erfolg ist nur, daß der Zugang streng gehalten wird.

In Colmar i. Els. streiken die Gäste bereits seit längerer Zeit. Die Unternehmer verlangen von den Maurern die Verzichtung von Streikarbeit, die diese natürlich verweigerten. Darauf haben die Unternehmer mehrere Maurer gemahnt. Auf diesem Grunde werden die Kollegen erneut Colmar zu mehren.

Der Streit in den Saarstädtien hat ein überraschend schnelles und glänzend Ende gefunden. Freitag, bei 16. Juni, fanden Verhandlungen statt, wobei eine völlige Einigung erzielt wurde. Erreicht wurde die zehnstündige Arbeitszeit; von jetzt bis 1. Oktober 48 Stunden, vom 1. Oktober d. J. bis 1. März 1907 48 Stunden, vom 1. März 1907 bis 1. März 1908 50 Stunden und vom 1. März 1908 bis 1. März 1909 52 Stunden Lohn. Außerdem wurden die üblichen Nebenforderungen befriedigt. Mit dem Erreichten können sich die Kollegen im Sancgebiete aufreden geben. Zugang von Verbandsmitgliedern ist jetzt erlaubt.

Im Zweckwiler fanden ebenfalls Verhandlungen statt; doch sind dort die Unternehmer noch wenig vernünftig, so daß der Streit mit aller Energie weiter geführt wird.

In Weinheim ist hier sich eine Partie Densheimer Maurer eingefunden, die trotz aller Bemühungen nicht mehr wegzu bringen waren. Das Empörbare dabei ist, daß darunter sogar Verbandsmitglieder waren. — Der Zweigverein Darmstadt wird hierzu Stellung nehmen müssen.

In den anderen Orten ist die Situation noch unverändert.

Gau Frankfurt a. M. In Flörsheim, Sitzstelle des Zweigvereins Mainz, beschloß die Versammlung am 14. Juni, den Streit aufzuhören. Der Lohnkampf war am 17. April einstimmig befohlen worden, den Unternehmern gelang es aber, soweit „Arbeitswillige“ heranzutragen, daß damit die dringendsten Arbeiten erledigt werden konnten. Die Kollegen waren alle der Überzeugung, daß es angebracht sei, den Streit aufzuhören und bei der ersten besten Gelegenheit wieder nachzutun, und das ist recht so.

Ahnlich lagen die Dinge in Finthen auch dort, ist der Streit vorläufig aufgehoben.

Gau Köln a. Rh. In Köln ist der Vertrag vorläufig abgeschlossen. Für Maurer ist bis zum 1. Mai 1907 ein Stundenlohn von 58 Stunden und von da ab bis 1. Mai 1908 ein solcher von 60 Stunden festgelegt. Derselbe Lohn gilt für die Verputzer und Züger; deren Lohnsätze sind um 10 Pf. erhöht. Die Hölfsarbeiter erhalten in allen Fällen einen um 10 Pf. pro Stunde geringeren Lohn als der Maurer festgesetzt. Es ist an diese Vertragshinrichtungen die Bindung getreten, daß innerhalb sechs Wochen zwischen den Ziegelbaunternehmern und Kanalmauerern ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen wird. Falls dies nicht geschieht, behält sich der Baugewerbeverein eine weitere Verpflichtung vor. In Sachen der Kanalmauerer fanden nun bereits zwei Sitzungen mit den Vertretern dieser Gruppe unter Mitwirkung von je drei Unternehmern und drei Arbeitern der Arbeitnehmerkommission statt. Eine Einigung wurde bis jetzt nicht erzielt und scheint auch nicht zu stande zu kommen. Die Kanalmauerer verlangen neunstündige Arbeitszeit und 80 Stundenlohn bis zum 1. Mai 1907 und 85 Pf. von da ab bis zum 1. Mai 1908. Die Unternehmer sind gewillt, den abgelaufenen Vertrag dieser Gruppe um zwei Jahre zu verlängern ohne Arbeitszeitverkürzung und ohne Lohn erhöhung. Also bei 9½stündigen Arbeitszeit 75 Pf. Stundenlohn. In der letzten Sitzung erklärten sich die Unternehmer bereit, unter Beibehaltung der 9½stündigen Arbeitszeit, sofort 78 Pf. bis zum 1. Mai 1907 und von da ab bis zum 1. Mai 1908 80 Pf. pro Stunde zu zahlen, während die Kanalmauerer an der 9½stündigen Arbeitszeit festhielten und sich im übrigen mit einer 10prozentigen Erhöhung der Löhne (gleich der Erhöhung im Hochbau) zufrieden geben wollten. Gleichzeitig verlangten wir dann aber eine Regelung für die Auszäcker. Diese Vertragsgenossen haben heute äußerst schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen (11½stündige Arbeitszeit und 88 bis 92 Pf. Lohn). Das ging den Unternehmern gegen den Strich. Sie würden wohl die Kanalmauerer, die ihnen durch ihre gute Organisation gefährlich erscheinen, vertraglich festlegen, aber auch für die Kanalmauerer etwas tun, kostet viel Geld, und die Herren wollen hier die Ausbeutungsfreiheit befreien lassen. Die Unternehmer haben die Verhandlungen vorläufig abgebrochen und uns anheimgestellt, zunächst in unserer Kreis ihr Angebot einer Vertratung zu unterziehen. Um die Lösung dieser Frage kann man gespannt sein. (Nachricht der R. d. B.) Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ ist auch die Lohnbewegung der Cölnner Beamten und Beamter beendet. Die Arbeiter erzielten Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neunstündige Stunden, Erhöhung des Mindeststundenlohnes des Beamtenarbeits sofort von 55 auf 58 Pf. und vom 1. Mai 1907 an auf 60 Pf. für Hölfsarbeiter auf 48 bzw. 50 Pf. Über Nacht und Sonntagsarbeiten, die nur in dringenden Fällen vorläufig sind, werden mit 60 bzw. 100 Pf. Aufschlag verfügt).

In Bierfeld ist es zum Vertragsschluß gekommen. Gefordert war die 10½stündige Arbeitszeit und 58 Pf. Stundenlohn für Maurer und 48 Pf. für Hölfsarbeiter. Der bisherige Lohn war 40 bis 47 Pf., durchschnittlich 44 Pf. bei 10½ bis 11½stündiger Arbeitszeit. Die Christlichen, die an Maurern und Hölfsarbeitern 26 Mann zählen, erklärten unsere Forderung für überschämt und forderten nur 50 Pf. pro Stunde. In einer Verhandlung, die sie mit den Unternehmern hatten, erklärten sie sich bereit, für 10½stündige Arbeitszeit und einen Durchschnittslohn von 48 Pf. den Vertrag abzuschließen. So ist er auch im benachbarten W. Gladbach von den schwarzen Gefellten abgeschlossen. Die Unternehmer gingen auf diesen Anbieten ein, um so mehr, als sich dieses Geschmeiß verpflichtete, im Falle eines Streits der Zentralverbände, Streikbrecher in genügender Zahl heranzuholen. Nachträglich ist denn doch den Arbeitgebern Gedanke gekommen, daß es wohl nicht ratsam sei, mit einer solchen Gesellschaft, die noch nicht einmal den sechsten Teil der Bauarbeiterchaft vertritt (die freien Verbände der Maurer und Hölfsarbeiter zählen über 150 Mitglieder), über die Köpfe der gesamten Bauarbeiterchaft hinweg solche Verträge auszufüllen; denn nach Rückspur einiger Unternehmer mit dem Gouvernenten, Kollegen Ruth, fand dann eine weitere Verhandlung unterseits statt. Die Unternehmer erklärten, für dieses Jahr nicht mehr als 48 Pf. zahlen zu können, auch ließen sie durchdringen, eventuell den Kampf mit Hilfe der Christlichen gegen uns aufzunehmen. Um das jedoch, wenn irgend möglich, zu verhindern, erklärten die Herren bereit, vom 1. April 1907 ab bis zum 1. April 1908 bei 10½stündiger Arbeitszeit 50 Pf. pro Stunde und vom 1. April 1908 ab bis zum 1. April 1909 53 Pf. pro Stunde zu zahlen. Da dieses Angebot weit über der früher gemachten hinausging, und, wenn auch nicht sofort, unsere Wünsche erfüllte, so nahmen wir es an. Darauf sind für die Bierfelder Kollegen bis 1909 die Lohn- und Arbeitsbedingungen in aufrüttelnder Weise geregelt.

Unser Vertrag unterscheidet sich von dem der Christlichen so vortheilhaft, daß wir die beiden Verträge in nächster Zeit berücksichtigen werden, um zu zeigen, wie von den Schwarzen die Arbeitnehmerinteressen vertreten werden. Unsere Mitglieder werden nicht verfehlten, den irregeführten Kameraden im christlichen Lager die Augen über das arbeitschädigende Kreisen ihrer Führerchaft zu öffnen; dann wird es wohl mit der Herzlichkeit der Schwarzen in Bierfeld für die Folgezeit vorbei sein.

In Bürigen stehen die Kollegen seit dem 2. Juni in der Aussperrung. Die Unternehmer hatten zunächst ja 120 Maurer und Hölfsarbeiter ausgespart, unsere Kollegen haben dann das übrige besorgt und noch ja, 80 Mann herausgeholt, so daß jetzt rund 200 Maurer und Hölfsarbeiter im Kampf stehen. Die Ursache der Aussperrung ist folgende: Im April stellten unsere Kollegen die Forderung, daß ein Stundenlohn von 50 Pf. für Maurer und 40 Pf. für Hölfsarbeiter bei 10½stündiger Arbeitszeit gezahlt werde; außerdem forderten sie die üblichen Zusätzle und erhöhen noch einige Nebenforderungen. Die Unternehmer antworteten zunächst nicht darauf. Mittlerweile waren die Stuttgarter und Pforzheimer in den Streit eingetreten, weil ihre Forderungen abgelehnt wurden. Nun verlangte der Meister Brunne von den Maurern Pausarbeit, also Streikarbeit. Die Kollegen verweigerten dies, worauf sie entlassen wurden. Selbstverständlich nahm nun kein Maurer und Hölfsarbeiter bei Brunne die Arbeit auf. Die Stadt gewährte dem Unternehmer (es handelt sich um eine Volkschule) sechs Wochen Aufschub, die entlasteten Maurer und Hölfsarbeiter beluden andere Arbeit oder zeigten ab, und die Sache fügte erledigt. Nachdem die sechs Wochen verstrichen und Brunne immer noch keine Maurer bekommen konnte, nahm sich der Arbeitgeberverband der Sache an. In einem Schreiben wurden wir aufgefordert, die Baupause aufzubehalten, widergegenfalls man andere Maßnahmen ergreifen würde. Weiter teilte man uns mit, daß man bereit sei, uns für dieses Jahr noch einmal den im vorigen Jahre bebilligten Lohn von 48 Pf. zu zahlen. Wir batten den Unternehmern den Gefallen nicht getan, und dann haben sie am 2. Juni ihre Drohung wahrgemacht. Nun wollten sie es diesmal schäurer anfangen, indem sie den Beschluß faßten, nur die organisierten Arbeiter auszuspuren. Damit haben sie jedoch gleich wieder Streit in den eigenen Reihen bekommen, indem ein Teil der Unternehmer, der dringende Arbeiten hatte, nicht aussperte. Wir haben jetzt nachgeholt und auch die noch bei dringender Arbeit Beschäftigten herausgeholt. Überhaupt scheint man bei den Unternehmern schon ein Haar in der Suppe gefunden zu haben. Es hat schon schwere Auseinandersetzungen gegeben. Auch Verhandlungen gab es schon. Dabei teilte man unserer Streikleitung mit, daß die Herren gewillt seien, die Aussperrung wieder aufzuhören; am Montag, den 11. Juni, könne die Arbeit wieder aufgenommen werden und in der folgenden Woche, spätestens bis zum 16. Juni, sollten dann Vertragserhandlungen stattfinden. Die höheren Löhne wollte man dann nachzuholen.

Wir haben den Herren erklärt, daß wir die Arbeit nun nicht früher aufnehmen würden, bis eine Einigung über unsere Forderungen erzielt sei.

Am Freitag, den 8. Juni, lud man wieder die Vorsteher des Verbände zu Verhandlungen ein und bot 45 Pf. für Maurer. Unsere Kollegen lehnten ein Eingehen auf das Angebot, weil es zu niedrig sei, ab und erklärten, daß sie nur unter Einzuziehung der Gauleiter verhandeln würden. Mit dem „fremden Kerls“ wollen die Baugewerbeleger aber nicht gern zu tun haben. Der Kampf steht für uns sehr günstig. Arbeit ist ausreichend vorhanden. Wenn es gelingt, den Zugang fernzuhalten, dann dürfte er in kürzer Zeit siegreich deinetzt sein. Erwidert sei noch, daß sich die Unternehmer die Streikbrecher vom Oberen und von der Mosel herholen; eine Streikbrecherkolonne erklärte jedoch, bis Sonnabend wieder abzureisen. Es sind christlich organisierte darunter.

Der Kampf in Würzburg und Neuenahr ist von unseren Kollegen nach neuwöchiger Dauer abgebrochen. Streit wurde die 10½stündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 40 Pf. für Maurer und 30 Pf. für Hölfsarbeiter. Zur Vertragsschließung kam es nicht. Vor der Bewegung betrug der Stundenlohn 80 bis 85 Pf. bei 10½stündiger Arbeitszeit. Es ist also immerhin ein nicht unbedeutender Erfolg zu verzeichnen. Wenn unsere Kollegen

niemehr die Schäden ausbessern, die ein so hartnäckiger Kampf, wie er hier geführt werden mußte, gezeigt haben, dann ist zu hoffen, daß das noch nicht erreichte in nicht zu ferner Zeit ebenfalls erledigt wird.

Gerade im Altrat mit seinen schönen Bergen, mit den Naturschönheiten, wie man sie kaum wo anders antifindet, hängt die Unternehmerschaft am nächsten an dem alten Zustande, der ihnen im Laufe der Jahre so gewohnt ist. Es kostete sehr viel Mühe, um überhaupt zu Verhandlungen zu gelangen. In diesen aber zeigte die Unternehmerschaft den recht verbissenen Provenzpunkt. Besonders Schmid von Neuenahr mußte nicht genug auf die verhafte Aufsichter zu schimpfen, die in das friedliche Altrat gekommen und die Saat der Unzufriedenheit gefügt haben. Die Schwarzen wehrten sich dagegen, so schwime Menschen zu sein, sie waren doch so bedient gewesen, nur 40 Pf. hatten sie gefordert, während wir, die ewig Unzufriedenen, 48 Pf. gefordert hatten. Es nutzte alles nichts, eine Einigung kam nicht zu stande. Der Kampf mußte also durchgefochten werden. Er wäre auch gewonnen worden, wenn ich nicht von der Mosel, aus der Umgegend von Coblenz und von der Oberaach, aus der Hochstift Arbeitswillige gefunden hätten, die einen Teil der dringenden Arbeiten fertigstellten. Den anderen Teil stellten die Christlichen fertig. Jetzt besteht die Gesellschaft die Unternehmerschaft, uns die Saalburg an dem nicht genügenden Erfolge aufzubinden. Es ist für sie überaus bezeichnend, daß gerade in dem Augenblick, wo es darauf kommt, die Kräfte zu sammeln, wo die Organisation gewissermaßen eine Krise durchmachen muß, dies Gesetz, statt gegen den gemeinsamen Feind, das Unternehmerschaft, vorzugehen, mit Stinkbomben auf die bisherigen Kampfgenossen wirkt.

Worauf stützt sich nun das Bad? Zunächst sollen unsere Mitglieder zu früh in die Bewegung hineingeprallt sein und dies soll Ruth durch seine radikalsten Reden befürchtet haben. Jedes unserer Mitglieder weiß jedoch, daß es gerade Ruth war, der vor so frühem Losfliegen warnte. Unsere Kollegen hielten ihre Ansicht des sofortigen Vorstoßes auf den Umstand, daß besonders Neuenahr stärker ist, daß die Sation dort am 1. Mai beginnt und dann die Bautätigkeit beendet sein muß. Diese Kalkulation war zweifellos richtig. Nun redneten und konnten die Kollegen nicht damit rechnen, daß die Bauherren, gleichzeitig Weingutsbesitzer, fürchtend, durch eine Erhöhung der Löhne im Baugewerbe gleichfalls für ihre Weinguts- und sonstigen Arbeiter höhere Löhne zahlen zu müssen, den Kampf der Bauunternehmer zu dem ihrer machten, indem sie zunächst den Bauunternehmern Rüden stärkten. Waren die Herren zur Einhaltung der Baupausen gezwungen, dann war der Kampf in wenigen Wochen, zu unseren Gunsten entschieden. Vorstehende Auffassung der Weingutsmeister wurde in den Verhandlungen vom Bürgermeister sowohl als auch in den Zeitungspositiven fast jeden Tag ausgetauscht. Nach und nach gelang es den Unternehmern, eine Angabe Arbeitswillige von auswärts zu bekommen, wodurch der ungünstige Ausgang für uns verhindert wurde. Dann soll unterseits nichts gegeben sein, um den Zugang fernzuhalten. Sicherlich mindestens soviel, wie von den Christlichen. Lange schildert selbst in seinem Bericht, wie die Coblenzer unsere Posten mit Hilfe der Behörden umgingen, tut aber so, als ob sie es allein gemacht haben; doch tatsächlich ist, daß unsere Kollegen besonders in der ersten Zeit unermüdlich tätig waren. Vorurteil nachher nicht mehr so eifrig waren, das hat lange mit seiner famosen Streikfertigkeit verschuldet. Und das liegt so, linke Mitglieder reisten gleich in den ersten Streitwochen in großer Zahl ab, um anderwärts zu arbeiten. Lange macht ihnen das zum Vorwurf. Es blieben aber immer durchschnittlich 30 bis 35 Mann am Ort, genug, um die unentbehrlichen Streitangelegenheiten zu regeln. Lange wäre sehr froh gewesen, wenn er auch seine Streikenden hätte abschieben können. Versucht hat er es. Aber die wenigen, die zur Abreise zu bewegen waren, kamen nach wenigen Tagen zurück, jedenfalls, weil sie draußen nicht zurechtkommen konnten. Die Mehrzahl der Christlichen weigerte sich abzureisen, und das verlor lange auf den überzähligen Gedanken, mit dessen Ausführung er auch den Sonnenfeld-Streit im vorigen Jahre kaputt gemacht hatte, er ließ die Streikarbeit von seinen zur Abreise zu feigen Mitgliedern ausführen. In den Altrather Zeitungen erließ er große Annoncen, worin die Bürgermeister aufgefordert wurde, den Christlichen Arbeiten zu übertragen. Tatsächlich haben denn auch die Schwarzen eine ganze Reihe An- und Umbauten auf eigene Rechnung ausgeführt. Dadurch wurden die Unternehmern, die mir beitreten, in wesentlicher Weise entlastet. Die auswärtigen Streikbrecher machen die Neuaufrichtungen und die Christlichen die An- und Umbauten und Reparaturen. Ein Spiel für Güter.

Wir haben öfter Einspruch gegen eine solche Streikfertigkeit erhoben, es nutzte aber nichts. Die Christlichen reisten nicht ab, unterschieden wollte der Zentrumsverbund sie auch nicht alle, weil ihm das an den Geldebeutel ging, und so machten sie auf Umwegen die Streikarbeit selbst fertig. Dies wirkte aber auch deprimierend auf die ganze Bewegung. Auch die von uns noch vorhandenen Mitglieder suchten sich nun überall etwas Erwerb zu verschaffen, und dadurch litt die Tätigkeit für die Streikbewegung.

Lange ist dann noch den Rohl auf, es sei denn „Cölner rote Drüber von den Pusen“ gewesen, die im vorigen Jahre den Sonnenfeld-Streit und jetzt den in Neuenahr kaputt gemacht hätten. Glendale Verleumung! Kein einziges Mitglied der Pusen unseres Verbandes ist während der ganzen Streikzeit in Neuenahr gewesen. Der Maurer, der von Cölner zugereist und Mitglied unseres Verbandes war, ist der Maurer Job Geiermann; er ist am 8. April in Cölner zugereist und hat sich dort in den Verband aufzunehmen lassen, weil er auf einem Bau mit nur freiorganisierten Leuten Arbeit fertig war. Drei Wochen hat er gearbeitet, dann wurde er, weil die Arbeit fertig war, entlassen und ging nach Altrathen zum Streikbruch. Das sind doch noch keine Mitglieder. Dieser Maurer wäre auch nicht auf dem Papier gewesen, wenn er nicht auffällig drei Wochen in Cölner gearbeitet hätte. Was man von den Erfahrungen eines Streikbrechers zu halten hat, weiß doch ein jeder und ist es bezeichnend, daß Lange erwähnt, daß eins dieser Subjekte sich gerühmt habe, in Coblenz mit in der Streikleitung gewesen zu sein.

Überhaupt zeigt der ganze Bericht Langes in der „Baugewerkschaft“, daß ihm kein Mittel der Verleumdung und Deterrengung zu folgen ist, um den verhafsten Centralverbändlern, die er so gerne wieder aus dem Urtale herauschwängeln möchte, eins auszuhelfen.

So ist es auch mit seinen Täfelchen über die angeblich bevorstehende Genehmigung resp. Vertragsabschließung, die nur durch die Arbeitsantragung unserer Mitglieder bereitstehen. Die Unternehmer dachten gar nicht daran, einen Vertrag abzuschließen, nachdem ihnen von Hilfe auswärtiger und durchdringlicher Streitbrecher aus der Rottweil geholfen war. Das schon wieder einige aus unserem Verbande zu den Christlichen übergetreten sein sollen, ist auch eine Erfahrung Langes; hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Hoffentlich werden die Althäler Maurer und Bauarbeiter besser urteilen, als Lange es ihnen imputieren möchte und den Organisator der Niederländer bei nächsten Gelegenheit einmal gebürgt mit seiner famosen Streitkunst abhören lassen.

Unsere Mitglieder ersuchen wir, auf solche Anwürfe, wie Lange sie beliebt, nicht zu reagieren denn wer Rot angreift, befindet sich. Streben wir weiter für Volksaufklärung gegen Verblümung und Leidetretete, und wir erreichen das nächste Mal weitere Verbesserungen.

Am 18. Juni legten in Elberfeld die Maurer und Bauhülfearbeiter bei der Millionenfirma Bosvau & Schauer am Thaliatheater die Arbeit nieder. In Betracht kommen 80 Maurer unserer Organisation und 104 Hülfsarbeiter. Der Bau ruht vollständig. Es handelt sich um die Durchführung der neumeinhaltenden Arbeitszeit und des Lohnes von 55,-.

In Kronenberg legten ebenfalls und zwar am 12. Juni 70 Maurer die Arbeit nieder. Bis Samstag hatten drei von den in Betracht kommenden vier Unternehmern den 50,- Stundenlohn bewilligt.

Gau Hannover. Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die Kollegen in Obernkirchen, Zweigverein Minden, hinter sich. Es gelang ihnen auf den Wege friedlicher Verhandlungen, den Lohn von 32,- auf 36,- zu erhöhen. Die zehnständige Arbeitszeit bestand schon vorher. In Betracht kommen 51 Kollegen, wovon leider nur 35 organisiert sind. Hoffentlich haben es nun auch die Unorganisierten eingesehen, was sich durch Zusammenschluß erreichen läßt.

Im Oldenland haben am 15. Juni durch Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keiner Einigung geführt haben. Die Unternehmer waren in äußerster Falle bereit, für das Jahr 41,- und für das nächste Jahr 48,- zu zahlen, wohingegen unsere Kollegen 48 resp. 45,- forderten. Ein Vermittlungsvorschlag, für dieses Jahr 42,- für 1907, 44,- und für 1908 46,- zu zahlen, wurde auch deshalb von den Unternehmern abgelehnt, weil sie Auftrag hätten, über das Jahr 1907 hinaus Verträge nicht abzuschließen! Es sind noch 10 Kollegen zu untersuchen.

Der Streik in Wangen ist seit, Zweigverein Stolberg, ist erledigt. Der Unternehmer Watermann erhöhte mit Wiederaufnahme der Arbeit am 18. Juni den Lohn von 32,- auf 33,- pro Stunde; im Laufe des Herbstes soll der Lohn fürs nächste Jahr festgelegt werden. Durch etwas mehr solidarisches Handeln der in Arbeit gesiebenen Kollegen wäre der Erfolg nicht so mager gewesen.

In Saarstadt hatten unsere Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 45,- gefordert; die Unternehmer begründeten ihre Ablehnung mit der Konkurrenz der Umgegend und der zweimaligen Erhöhung des Lohnes von je 4,- in den letzten beiden Jahren. In der Sich mit dieser Frage befaßenden Versammlung haben unsere Kollegen beschlossen, von einer sofortigen Durchführung der Forderung Abstand zu nehmen.

Gau Braunschweig. Der „Arbeitgeberverband“ in Schöningen macht auch die Mode mit und sperrte alle organisierten Maurer des Bezirks am 15. Juni aus, weil von den streitenden Kollegen in den in der vorigen Nummer gemeldeten geöffneten Geschäften die Arbeit nicht wieder aufgenommen wurde. Es sind zu den 45 streitenden nunmehr rund 50 ausgesperrte Kollegen hinzugekommen. Daß auch bei dieser Ausperrung die kleineren Meister die Verlusten sind, ist ja selbstverständlich; denn während in drei Geschäften die Arbeit vollständig ruht, hat die Firma Reimke & Buchholz noch rund 30 Unorganisierte zur Verfügung. Diese Firma kann wohl lachen, wenn andere weinen! Der größte Teil der Streitenden wird den Ort verlassen.

In Peine beschäftigte sich am 16. Juni eine äußerst gut besuchte Versammlung mit der Lohnfrage. Es wurde beschlossen, den Unternehmern die Forderung zu unterbreiten, den Stundenlohn von 40 auf 48,- zu erhöhen. Die Unternehmer sollen erfreut werden, innerhalb acht Tagen auf diese Forderung zu antworten.

Die Braunschweiger Kollegen wollen ebenfalls mit einer Lohnforderung an den „Arbeitgeberverband“ herantreten.

Gau Hamburg. Mit der Tarifbewegung in Ham-
burg beschäftigte sich am 14. Juni hier abgehaltene, stark besuchte Mitgliederversammlung. Der von den drei Vorständen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ausgewählte Tarif ist mit unbestimmten Änderungen von der Tarifkommission des Bundes der Maurer- und Zimmermeister anerkannt worden. Der Tarifentwurf wird deshalb auch der Versammlung zur Annahme empfohlen. Außer 80,- Stundenlohn sind auch die weiteren Abge-
bündnisse auf dem Gebiete des Arbeitertausches wider Erwarten gemacht worden. Es sind sogar noch weitgehendere Forderungen, als sie in der dem Senat eingereichte Petition festgelegt sind, anerkannt worden. Bedeutung verdient, daß bei Lösung des Arbeitsverhältnisses der Unternehmer dem Arbeiter eine halbe Stunde vor Feierabend Mitteilung zu machen hat, damit er sein Geschirr in Stand setze kann. Ebenfalls soll auf Antrag der Unternehmer ein Waschraum finden, in den nächsten zwei Jahren darauf hinzuwirken, das die Bubiken oder Kaninen auf den Baustellen abgeschafft werden. Dieses wird wohl ein frommer Wunsch bleiben, weil die Unternehmer, wenn die Bubiken abgeschafft werden sollen, für andere Einrichtungen Sorge tragen müssen, um den Bauarbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Bedürfnisse an Nahrungs- und anderen Genümmern befriedigen zu können. Beuglich eines weiteren Wunsches, daß die Lehrlinge nicht mit so

vielen außer dem Beruf stehenden Beschäftigungen verwandt werden, wird den Kollegen empfohlen, hierauf auf den einzelnen Baustellen hinzuwirken. Der mit den Bundesmeistern abgeschlossene Tarif wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Beim folgenden Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme gegenüber den Richtlinien- und Innungsmäistern“, wurde vom Vorsitzenden Hartwig berichtet, daß ein gemeinsames Vorgehen mit den Zimmerern ausgeschlossen erscheine, indem die Zimmerer entgegen einem in einer gemeinschaftlichen Vorstandssitzung des Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, in der auch die drei in Betracht kommenden Hauptvorstände und Gauvorstände vertreten waren, gesetzte Beschlüsse schon jetzt mit Sperren begonnen haben. Das Vorgehen der Zimmerer wurde von allen Rednern schärfst geärdelt, weil bei den Lohnbewegungen in den vorhergehenden Jahren solche Beschlüsse von den Zimmerern ebenfalls ignoriert wurden.

Die Beratung beschloß nunmehr einstimmig, den Tarif jedem unorganisierten Unternehmer und Innungsmäister und ebenso offiziell der Innung am 22. Juni mit einem entsprechenden Begleitschreiben zu unterbreiten und um eine Antwort bis zum 25. Juni zu ersuchen. Erfolgt bis zu diesem Termine keine Antwort, sollen die Forderungen durch anderweitige Maßnahmen durchgeführt werden. Im weiteren werden die Kollegen noch erneut, sich durch das Vorgehen der Zimmerer nicht beeinflussen zu lassen, sondern weitere Beschlüsse abzuwarten. Nunmehr berichtete Hartwig, daß am Eppendorfer Krankenhaus die Firma Schäfer & Schröder aus Hannover die Schornsteinarbeiten auszuführen hat, die bei neumeinhaltender Arbeitszeit einen Lohn von 65,- zahlt. Die Versammlung beschloß, falls die Firma bis zum Sonnabend die Hamburger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anerkannt hat, die Arbeit einzustellen. Die dort arbeitenden Kollegen, ebenfalls aus Hannover und Verbandsmitglieder, gaben an, in Unkenntnis gelandet zu haben, da die Arbeitsbedingungen dem Hannoverschen Tarif entsprechen. Mit Rücksicht darauf, daß sich bereits die vorhergehende Versammlung mit einem ähnlichen Fall beschäftigen mußte und die Kollegen auch der Auffassung waren, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihres Heimatortes für sie maßgebend sind, werden die Kollegen, die von auswärtigen Unternehmern nach Hamburg geschickt werden, aufgefordert, sich zunächst im Zweigvereinsbüro über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkundigen, damit Zwiderhandlungen von vorhernehmlich verhindert werden, zumal besonders für Schornsteinarbeiten Spezialbestimmungen im Tarif vorgesehen sind. Im übrigen ist der § 41 des Statuts zu beachten.

Kurz vor Redaktionsschluß lesen wir im „Hamburger Echo“, daß der Vorstand des „Vier-Städte-Bundes“ (Gremien in Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg) beschlossen hat, für Hamburg und Altona den geforderten Lohn vom 25. Juni zu bewilligen. Über die anderen Forderungen will der „Vier-Städte-Bund“ mit den Vertretern der Arbeiter verhandeln. In Schönebeck sind in der Woche bis zum 17. Juni weitere Sperren verhängt. Zu den partizipativen Streit ist erreicht, daß sieben Unternehmer mit dem Zweigverein einen Tarif abschließen, nach dem bis zum 1. Oktober d. J. der Stundenlohn von 51,- auf 58,- erhöht wird. Vom 1. Oktober d. J. bis zum 1. April 1907 wird ein Stundenlohn von 55,- bezahlt. Dann ist eine weitere Lohnerhöhung vorgesehen, so daß in zwei Raten bis zum 1. April 1908 ein Stundenlohn von 60,- bei neunstündiger Arbeitszeit bezahlt wird. Zu den neuen Bedingungen arbeiten circa 60 Kollegen, 30 Kollegen arbeiten für den alten Lohn, 30 Kollegen sind noch zu unterstellen und 15 haben außerhalb Arbeit angenommen. Der Unternehmer Bollhöfer, Mitglied der Innung, bei dem 20 Kollegen beschäftigt waren, hat ebenfalls die Forderung bewilligt. Die Einigkeit der Innung hat dadurch einen Riß bekommen.

In Uelzen hat sich die Situation wenig geändert. Die Unternehmer, die unsere Kollegen wegen des Streits der Zimmerer in einer frivolen Weise ausgespielt haben – ein paar Tage später, nämlich ein neuer Lohnvertrag zu Stande gekommen war –, schreiben Spaltensange Eingangs und Annonsen in der Kreiszeitung, wodurch das bauende Publikum und die anderen Einwohner, die sich dafür interessieren, in den Glauben versetzt werden sollen, die Bauunternehmer von Uelzen wären die reinen Engel, die ungerührtes von den überdringlichen Arbeiterschaft zu leiden hätten. Die vielen und langen Schimpfsprüche können hier nicht wiedergegeben werden, sie würden allein den halben „Grundstein“ füllen. Es wird von allem Möglichen geschwafelt, wie: die „sozialdemokratische Presse“ sei in Uelzen eingezogen; die Ausperrung sei von den Arbeitern aus „Mächtigkeit“ probosiert; die Arbeiterschaft seien die Veranlasser und suchten ihre Vorteile bei solchen wirtschaftlichen Kämpfen; die armen Unternehmer sollen nur für die Löhne sorgen, aber die Herren am Bau seien die Arbeiter. Auch die Unternehmer, die sich ihren Arbeitern gegenüber anständig benommen haben und sich durch den Lohnvertrag gebunden halten, ihre Leute darum nicht aussperren, werden mit Schnitt und Schimpfsprüchen überschüttet. Eins verschreibt, daß die Herren Unternehmer, nämlich die Kathade, daß es wohl kaum noch beschleinerer Arbeiter gibt als in Uelzen. Hier haben sich die Unternehmer bisher in der brutalsten Weise benommen... Als vor einiger Zeit eine befehlene Lohnerhöhung von unseren Kollegen gewünscht wurde, machten die Unternehmer nach langem Zögern das Angebot, vom 1. April nächsten Jahres ab pro Stunde 3,- mehr Lohn zu zahlen, und wieder waren es unsere Kollegen, die sich, wie es hier immer gewesen ist, beschleunigterweise damit aufzufinden gaben. Es wurde demgemäß ein Lohnvertrag abgeschlossen. Kurz nach der Abschließung des Vertrages wurden die Unternehmer aber vorwürdig und sperrten sämtliche Maurer aus, weil die Zimmerer nicht so überaus beschleinen waren, wie unsere Kollegen, und für das nächste Jahr statt 3,- 5,- Lohnerhöhung verlangten. Unter solchen Umständen von einem „Mächtigkeit“ der Maurer zu reden, ist wahrlich mehr als Frechheit. Von 14 ausgesperrten Kollegen sind circa 135 in der Umgegend und in weiterer Entfernung in Arbeit getreten. Die noch zu unterstüdzenden ausgesperrten Kollegen stehen alle im vorgerückten Alter und können nicht mehr auswärts arbeiten. An jedem Tage laufen bei der Zweigvereinsleitung

Nachfragen nach Arbeitskräften ein, die nicht mehr beschäftigt werden können. Wenn alle ausgesperrten Kollegen nur treulich aushalten, werden die Unternehmer in Uelzen auch wieder zur Vernunft kommen. In der letzten Woche scheint allerdings das hier volle acht Tage dauernde Schußfest auf die vom Kolleg befallenen Unternehmer nicht gerade günstig gewirkt zu haben.

Im Neuhause a. d. Elbe hatten die Kollegen den Unternehmern eine Forderung unterbreitet, wonach der Stundenlohn von 30,- auf 35,- erhöht werden sollte. Außerdem wurden bessere Einrichtungen und Maßnahmen gegen Schädige der Arbeiter bei der Ausübung ihrer Berufstätigkeit verlangt, sowie eine Regelung der Lohnverhältnisse bei Überlandarbeit. Die Unternehmer haben nun stillschweigend den geforderten Stundenlohn bezahlt, auf irgend welche Verhandlungen mit dem Zweigverein wollen sie sich nicht einlassen. Unsere Kollegen beschlossen, sich zunächst mit der Lohnerhöhung aufzuhören zu geben. Die nicht bewilligten Forderungen sollen den Unternehmern zur gegebenen Zeit auf neue unterbreitet werden.

Den Unternehmern in Zugabe ist am 12. Juni eine Lohnforderung unterbreitet worden, wonach eine Lohnerhöhung von 30,- auf 36,- pro Stunde verlangt wird. Außerdem wird an Stelle des bisher hier üblichen zehnstündigen Arbeitstages eine Arbeitszeitverkürzung auf 9½ Stunden verlangt. Die Kollegen in Cuxhaven haben schon im Monat Januar den Unternehmern eine Forderung eingereicht; diese wurde ohne Begründung scharf abgelehnt und das Schriftstück, durch das den Unternehmern die Forderung untermittelt war, wurde zurückgesandt. Augenblicklich ist die Bauaufsicht hier gut; hoffentlich läuft sich jetzt mit den Unternehmern besser als zu Anfang des Jahres.

In Bramsche ist über das Geschäft des Unternehmers F. Brumlin die Sperre verhängt worden. Der Unternehmer weigert sich, eine Baubude aufzustellen und läßt den Abort nicht in einem sauberen Zustande herstellen.

Die Sperre über das Geschäft des Maurermeisters Scheffel in Bargteheide bei Rortorf ist aufgehoben. Der Unternehmer hat nunmehr ebenfalls den Lohn von 45,- und eine zehnstündige Arbeitszeit, statt 10½ Stunden, bewilligt.

Fliesenleger.

Zur Bewegung der Fliesenleger im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist zu berichten, daß am 12. Juni in Essen im Rathaus unter Vorsitz des Beigeordneten Dr. Wiedefeld zwischen den freitenden Parteien Verhandlungen stattgefunden haben. Sie endeten mit der Vereinbarung eines Lohnarufes, der vorbehaltlich der Genehmigung der Organisationen sofort in Kraft tritt. Die Arbeitszeit soll 9 Stunden, vom 1. April 1907 an 9 Stunden betragen. Der Stundenlohn beträgt 70,-, vom 1. April 1907 an 72,-. Die Abhörsätze sollen auf der Grundlage des in Essen in Kraft gewesenen Vertrages um 5 pt erhöht werden. Die Zuschläge für auswärtige Arbeiten sind für das ganze Gebiet erhöht worden. In den allgemeinen Punkten gilt der Vertrag für das Bauwesen. Der Vertrag hat Gültigkeit für die Betriebe Barop, Bochum, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Homberg, Mülheim, Oberhausen, Wanne und Wattenscheid. Für die meisten Orte bedeutet der Vertrag eine Lohnverhöhung von 10,- pro Stunde.

In Esens haben die Unternehmer den Abmachungen bereits zugestimmt, in Gelsenkirchen ebenfalls. In den anderen Städten wird das jedenfalls auch geschehen, resp. schon geschehen sein. Dagegen werden noch einige Firmen bleiben, die die Abmachungen nicht anerkennen. So die Firmen Schötter und Weringhoff in Bochum. Diese werden noch geheißen, bis die Aushebung der Sperren im „Grundstein“ bekannt gegeben wird.

Die Lage in Wien.

Wien, den 16. Juni.
Die Situation in der Ausperrung der Wiener Bauarbeiter hat sich nicht geändert. Die niederoberste österreichische Statthalterei macht wieder einmal den Versuch, Verhandlungen anzubauen. Am 15. Juni traten die Vertreter der Unternehmer und die der Maurer zusammen, um festzustellen, in welcher Form die Verhandlungen stattfinden sollen. Durch die Generalausperrung ist die Form der Verhandlungen wesentlich erschwert worden, weil die Unternehmer der baugewerblichen Nebenbetriebe offenbar fürchten, wenn die Baumeister Frieden schließen, ohne Gültigkeit zu haben und sich mit der Generalausperrung eine recht ungemeine Sache auf den Sals gestellt zu haben. Daher verlangen diese Unternehmer der baulichen Nebenbetriebe, daß vorerst mit ihnen reiner Eis geschmackt werde, um dann mit den Maurern und Baufülsarbeitern den Schluss zu finden. Den Arbeitern bleibt es gleich, ob mit dieser oder jener Branche angefangen wird, denn jede vertritt ihre Forderungen selbst und wird von den übrigen Branchen nicht beeinflußt. Es ist also möglich, daß es zu Verhandlungen kommt, jedoch muß auch betont werden, daß die Unternehmer, wenn man dem gewonnenen Eindruck folgen soll, noch nicht sehr geneigt sind, in ernsthafter Weise verhandeln zu wollen. Es wäre daher voreilig, wollte man annehmen, die Ausperrung werde bald ein Ende finden. Die Unternehmer werden verschiedene Kriffe an, um arbeitswillige Maurer zu sammeln, bisher jedoch ohne jeden Erfolg. Die Maurer stehen nach wie vor fest und warten, bis die Unternehmer genügend reif geworden sind, um ernstliche Verhandlungen zugänglich zu sein.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anwendung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuozahlen ist.

nehmer, 62 J. und 10 stündige Arbeitszeit im ersten Tarifjahr, 63 J. und 9 stündige Arbeitszeit im zweiten Tarifjahr angenommen worden. Es handelt sich nun darum, ob die Kollegen bei uns zur Unterzeichnung vorliegenden Tarif in der uns vorliegenden Form annehmen wollen oder nicht. Der neue Tarif, der am 30. Mai an uns gelangte, enthalte wenig Verbesserungen. Einige Paragraphen seien nicht im Sinne der Verhandlungen abgestellt worden. So der Pausus betreffs der Jungstellenlöne, Entschädigung der Pauszeit über Landarbeit, Entlohnung, Lohnzahlung und der Abstimmungsklausel. Ferner ist auch das Verbot darin ausgeschrieben, daß bei Differenzen auf einer Baustelle dem Vertreter der Organisation das Betreten der Baustelle verboten ist. Die Vertreter der drei Korporationen waren sich dahin einig geworden und haben in der Verhandlung mit dem Bunde am 22. Mai eine Erklärung zu Prototyp abgegeben, daß sie in ihren Versammlungen dahin wünschen würden, daß die Agitation während der Arbeitszeit unterbleibe. Diese Erklärung ist in der Generalversammlung des Bundes nicht angenommen worden, dafür aber beschlossen worden, daran festzuhalten, daß jegliche Agitation auf der Arbeitszeit zu unterbleiben habe und Bauten als Arbeitszeit nicht zu betrachten seien. Dagegen sollen Vorstand und Korporationsleiter gegenüber Nichtorganisierten oder gegen die Angehörigen einer anderen Organisation und Belästigungen derselben unzulässig sein. Es wurde seitens Redners darauf hingewiesen, daß das Wort Belästigung ein sehr deplorabler Begriff sei, so daß den Kollegen jederzeit eine Falle gestellt werden könnte. Die Verwaltung hätte deshalb den Tarif nicht unterschrieben. Kollege Weber empfahl die Annahme des Vertrages nur informiert, als bezüglich der Agitationenklausel eine für uns annehmbare Verhandlung herbeigeführt wird. In der Diskussion sprachen außer der Verwaltung sämtliche Redner gegen die Annahme des Vertrages, in bezug auf die Agitationenklausel. Es wurde angeführt, daß die sehr minimale Lohn erhöhung nur in der Verwaltung angenommen worden sei, daß die Klausel wegfallen, man wolle lieber auf eine Lohnzulage Bericht leisten, als sich derartige Bedingungen von den Unternehmen aufzudrängen lassen. Bei der Abstimmung lagen zwei Anträge vor. Der erste Antrag war von der Verwaltung gestellt worden. Er lautete auf Annahme des Tarifs, unter der Voraussetzung, daß bezüglich der Agitationenklausel eine Abänderung erfolgt. Der zweite lautete auf Ablehnung des gesamten Tarifs wegen der Klausel. Das Resultat war, daß der ganze Tarif mit 432 gegen 398 Stimmen abgelehnt wurde. Unter „Beschluß“ steht Kollege Weber auf den Breslauer Schachbrett hin und legte es den Kollegen ans Herz, die Gauwirte, die ihre Säle der Arbeiterschaft noch nicht zur Verfügung gestellt haben, bis auf weiteres zu meiden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß Briefen und Karten, die an das Verbandsbüro adressiert werden, die Drucknummer beizufügen seien. Hierauf wurde die stark befürchtete Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Ammerland der Mediation: Die Beschwerde des Kollegen Malina wegen Nichtberücksichtigung seiner Berichte ist völlig unbegründet, und seine Behauptung, wir hätten ihm keine Antwort erteilt, als er sich deshalb bei uns beschwerte, entspricht nicht der Wahrheit. Soweit wir uns erinnern, ist nur ein Bericht des Kollegen Malina nicht aufgenommen worden. Es ist dies der Bericht über die Versammlung vom 12. Mai d. J. Aus welchen Gründen die Annahme unterblieb, ist uns nicht mehr bekannt, doch müssen wir wohl sehr schuldig gewesen sein, da sonst die Annahme erfolgt wäre. Über die Tarifbewegung im Breslauer Baugewerbe ist übrigens auch ohne diesen Bericht fortlaufend das Wichtigste gebracht worden, so daß die Kollegen im übrigen Deutschland sehr wohl über die dortige Situation unterrichtet sind. Im übrigen wollen wir noch darauf hinweisen, daß der unveränderte Abruf der von dem Kollegen Malina geschilderten Versammlungsberichte nicht immer möglich ist; auch die Annahme des vorstehenden Berichtes war erst nach starken Abstreichen und stilistischen Veränderungen möglich. Bei dem Bestreben, möglichst möglichst zu berichten, hat Kollege Malina die übliche Geschäftigkeit an sich, mithin, die Breite zu gehen. In behaglicher Weitsichtigkeit möchte er jedes Wort eines Redners und jedes bedeutungslosen Ereignis in der Versammlung wiedergeben, ohne zu bedenken, daß das Mürze eines Berichtes seine Kurze ist. So wird auch in dem letzten Bericht in fast endloser Breite die Ablehnung des Tarifentwurfs der Unternehmern geschilbert, während sich die Situation in wenigen Sätzen viel besser äußern läßt, wie wir dies z. B. in der letzten Nummer unter „Gau Breslau“ gesehen haben. Ferner hat es der Kollege Malina bisher nicht für nötig gehalten, unsere Mahnung zu beherzigen, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben. Dadurch wird uns aber die Bearbeitung seines Berichts sehr erschwert, so daß wir es manchmal vorziehen, das Wichtigste daraus wiedergeben und dies an einer andern Stelle zu bringen.

Burgstädt: Eing am 10. Juni abgehaltene Versammlung beschäftigte sich in der Hauptfrage mit der in Markendorf bei Burgstädt arbeitenden Chemnitzer Altkordolinen. Es wurde einstimmig beschlossen, keine Akkordarbeit anzunehmen und bei jedem Meister, der diese einzuführen will, die Arbeit nicht zu akzeptieren. Der Tarif, der angeblich kontraktlich vergeben sei, soll festgestellt werden. Es handelt sich hier um eine Kolonne von Chemnitz, wie eine solche schon vor einigen Jahren nach Burgstädt kam, bei der sogar der Bertauersaal in der Altonaer Zeitung ablag. Es ist in jedem Kampfe um gegenwärtige Unterstellung erfüllt; dies wird aber von einigen Kollegen nicht beachtet. Wir dem Wunsche, daß jeder Kollege energetisch gegen die Akkordarbeit kämpfen möge, erzielte die Versammlung ihr Ende.

Elbing: Daß sich der genannte „Christliche Bauarbeiterverband“ in den Ostseeprovinzen als Streikbrecherverband in Steinlager entwickelt, darf brachte auch unsere diesjährige Lohnbewegung wieder einen Lebeweis. Durch unsere gute Organisation gelang es uns, daß, einem vierjährigen Streit die zehnjährige Arbeitszeit nicht nur für Maurer, sondern auch für Bauarbeiter und Zimmerer durchzuführen, auch wurde ein Mininallohn festgesetzt und das ganze Arbeitsverhältnis einer Regelung unterzogen. Wie leicht ersichtlich, scheint dies einem Unternehmern nicht gefallen zu haben, aber eintheilen wußten sie sich mit den Tatsachen abzufinden. Für die Zukunft wollten sie sich aber sichern und eine Schutzgruppe bilden. Zu diesem Zweck setzte sich der Unternehmer Fechner mit seinem Sohn, der während der Streitzeit gearbeitet hatte, in Verbindung. Dieser gute Mann hatte den Hund

auch schon hören und wußte, in welchem Dorfe er zu finden war. Er schrieb an Koch in Danzig, der sich örtlicher Arbeitersekretär nennt, und zu gleicher Zeit Vertragsrevisor von Kaufert und Konzerten in Königsberg ist. Nachdem nun die Streikbrecher zusammengetrommelt waren, erschien Koch im Erholungsheim und schwärmte ihnen etwas über den Zweck der Arbeiterorganisation vor; hinterher schimpfte er aber um so kräftiger auf die Centralverbände und deren Vertreter. Eine Diskussion gab es nicht, denn sonst hätten auch diese verirrten Schafe wieder davonlaufen können. Es wurde im Grünen gerichtet. Auf diese Weise entstehen Schutzzüge für Unternehmer, die sich dann den Namen „christliche Gewerkschaft“ beilegen und das zu zerstreuen suchen, was durch jahrelange Arbeit geschaffen worden ist. Aber auch die Fabrikarbeiter — eine andere überchristliche Organisation — haben sich in Elbing niedergelassen und einen sogenannten „Sekretär“ eingesetzt, um den bedrängten Unternehmern zu helfen. Da aber beide Brüder in Elbigen nicht viel zu tun haben, liegen sie sich in den Haaren und halten sich gegenseitig ihre Schandtaten vor, so daß diese Geister jetzt in begaffiger Beleuchtung erstrahlen. Hoffentlich reist auch hier der gesunde Menschenverstand soweit, daß diesen Brüder das Handwerk gelegt wird.

Glogau: Montag, den 11. Juni, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die von 50 Mitgliedern besucht war. Da unsere bisherigen Kassierer plötzlich abgetreten sind, so mußten Neuwahlen vorgenommen werden. Gewählt wurden die Kollegen Pfister als erster und Baier als zweiter Kassierer; beide nahmen die Wahl an. Ferner beschloß sich die Versammlung mit der Erhöhung des Beitrages. Da wir einen neuen Lohntarif abgeschlossen haben, der unseres bisherigen Stundenlohn von 35 auf 38 J. erhöht, so wurde der Antrag, das 45 J. Warte einzuführen, mit Mehrheit angenommen. Zur aktuellsten Beitragswoche müssen die neuen Warten aufgerichtet werden. Von einem Sommerberguingen wurde Abstand genommen; die Kollegen wurden aufgefordert, sich recht zahlreich an dem Vergnügen, das vom Kartell veranstaltet wird, zu beteiligen.

Hamburg: Eine Mitgliederversammlung der Zahnstelle Wandelsb. tagte am 12. Juni, Abends 8½ Uhr, in der Centralherberge. Den Bericht der Bauarbeiterkonsultationskommission über Bauontrolle erstattete Kollege Schmidel in ausführlicher Weise. In der Diskussion wurde erläutert, daß die Laubheit der Kollegen die Hauptschuld an den Misshänden auf den Bauten trage. Den Kartellbericht erstattete Kollege Höf in ausführlicher Weise. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. Die Abrechnung verfasst der Kassierer, Kollege Kleiser. Laut Bericht der Revisoren wurden Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung befinden. Zum Schluß wurde noch auf die Aussicht hingewiesen, und die Kollegen wurden erzählt, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Ingolstadt: Am 10. Juni fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Abgeordneten statt, die erste nach Aufzetteln des Tarifs. Erst der wichtige Tagessatzung war der Besuch sehr schlecht. Kollege Appel begründete die durch Abschluß des Tarifs bedingte Beitrags erhöhung in sachlicher Weise und sprach am Schluß des Berichts aus, daß sich sein Kollege durch den erhöhten Beitrag von der Organisation abwenden möge. Alle Diskussionsredner stradrten sich im gleichen Sinne aus. Es wurde auch beschlossen, daß vom 1. Juli ab ein Wochenbeitrag von 40 J. zu zahlen ist; von den am hiesigen Kanalbau beschäftigten Maurern ist ein Beitrag von 60 J. pro Woche zu zahlen. Der Lofatschlag von monatlich 10 J. wird weiter erhoben. Ferner wurde beschlossen, einen Vereinsabonnement anzugreifen, um dadurch die Kontrollen besser handhaben zu können. Den hier sich im Streit befindenden Maurergesellen wurde die volle Sympathie ausgedrückt und ihnen als erste Rate 10 überwiesen. Kollege Appel gab noch einen kurzen Situationsbericht über die hiesige Arbeiterschwäche, kritisierte den mangelnden Bauarbeiterhaushalt und schloß mit dem Appell, die Organisation hochzuhalten, die gut verlaufene Versammlung.

Königsberg i. Pr. Wir erhalten folgendes Schreiben:

Königsberg i. Pr. den 16. 6. 08.

An die Redaktion. Der Grundstein!

In Nr. 23 von 9. Juni d. J. bringen Sie einen Artikel in Ihrer Zeitung von Königsberg i. Pr. der folgende Unwahrheiten enthält und fordere ich Sie daher nach Paragraph 11 des Pregegesetzes auf, nachfolgende Richtigstellung in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung aufzunehmen.

1. Es ist unwahr, daß ich seiner Zeit in Braunschweig als Streikbrecher tätig gewesen bin.

2. Es ist unwahr, daß der Beitrag von den Unternehmen gleich vom Lohn abgezogen wird.

3. Es ist unwahr, daß wir bei den Unternehmen um Unterstützung gebeten haben.

4. Es ist unwahr, daß unsere Verwaltungsstelle nur 380 Mitglieder umfaßt.

5. Es ist unwahr, daß Beiträge in unserer Verwaltungsstelle nur für 150 Mitglieder eintreten.

August Schonekäs.

Der gute Mann wollte noch etwas mehr „berichtigt“ wissen; da er sich aber hinter das Pregegesetz verbarg, sahen wir nicht ein, daß wir mehr tun, als unseres Amtes ist. Nun, man weiß allgemein, was man von solchen Berichtigungen zu halten hat. Es geht mit ihnen, wie mit den Banknoten der ersten Republik, die trotz ihres Zwangscharakters sehr niedrig bewertet wurden.

Königswalde: Mittwoch, den 18. Juni, tagte hier in Tacens Restaurant zu Annaberg eine Mauererversammlung. Kollege Kochührte in einflößiger Rede den Kollegen vor Augen, welche Entwicklung der deutsche Maurerstand seit 15 Jahren gemacht hat. Bei 35000 in 22 Fachvereinen organisierten Maurern wurde die Gründung des deutschen Maurerstandes beschlossen, und heute zählt der Verband 17000 Mitglieder. Kollege Koch erwies noch besonders auf hebe Kampf in Aue, Zwiesel, Bautzen usw. Mit einem feurigen Appell an die Kollegen, um auch in Annaberg endlich einmal bessere Löhne und Arbeitszeit zu erkämpfen, schloß Koch seinen Vortrag, der eine recht erfreuliche Entwicklung hinterließ. Einstimig wurde Kollege Tomisch als Kassierer gewählt.

Straubach: Sonntag, den 10. Juni, fand unsere Mitgliederversammlung statt, die schlecht besucht war. Der Vorsitzende kritiserte daher vor der Belastung des Tagessatzung den höchsten Besuch, es gibt leider noch viele Kollegen, die lieber jeden elenden Altimbiß nachlaufen, als in die Versammlung zu kommen. Der Kollege Herr Hoffmann wurde an Stelle des ausgeschlossenen Kollegen Joh. Jäger zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Die Kontrolle der Mitgliedschaft ergab, daß alle anwesenden Mitglieder keine Beitragsrückstände hatten. Zu der Bundeversammlung, betreffend das Steinarbeiterverband, gab Kollege Schönstein bekannt, daß er im Betrieb des Herrn Melsberger eine neuerdings dreißigstündige Unterredung im Beisein sämtlicher auf dem Blatte arbeitenden Kollegen mit dem Herrn Gewerbeinspektor gehabt habe. Es sei dabei besonders die Umgehung der neunstündigen Arbeitszeit sowie die einseitigen Kontrollen der hierzu beanspruchten behördlichen Organe hergehoben und darauf hingewiesen worden, daß Unternehmer vorhanden seien, die schon siebenmal bestraft wurden, während andere, die die größte Schmutzkonkurrenz betrieben infolge der einseitigen Kontrolle nicht bestraft werden, obgleich bei ihnen die bundesrätlichen Vorschriften nicht eingehalten werden. Kollege Sch. hat auch dem Herrn Subsekretär folgende Herren naubest gemacht und ihn erzählt, endlich dafür sorgen zu wollen, daß diese Vorschriften eingehalten werden. Eine Diskussion über diesen Bericht wurde nicht belebt. Hierauf wurde über die Schmutzkonkurrenz und die schlechten Arbeitsbedingungen diskutiert; besonders wurde hervorgehoben, daß viele kleine Krauter von Tagesgängen als Abendspazierläufe lassen, so daß sie durch die Ausdehnung des Arbeiters durch längere Arbeitszeit, trotz der Schuhpreise, doch auf ihre Rechnung kommen. Es wurde beschlossen, mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß diesem Unzug ein Ende bereitet wird.

Wetzlar: Am 6. Juni tagte im „Bolschhaus“ eine sehr stark besuchte Mauererversammlung zwecks Stellungnahme zu dem Angebot der Unternehmer. Den Bericht der Lohnkommission erstattete Kollege Käffling. Zur letzten Sitzung mit den Unternehmern wurde deren Angebot bekannt. Der Vorschlag lautete folgendermaßen: Vom 1. Juli bis 30. September 80 J., vom 1. Oktober bis 31. März 1909 85 J. pro Stunde. In der Diskussion wurde dieses Angebot von sämtlichen Rednern mit Entzerrung zurückgewiesen. Weiter wurde ausgeführt, daß bei der jetzigen intensiven Arbeitsteilung sowie bei den teuren Lebensbedürfnissen eine sofortige Lohnheröhung eintreten müsse. Die jetzigen Löhne seien nach dem Inkrafttreten des Hungertarifs sowie der jetzt im Reichstage beschlossenen Steuerprojekte nicht mehr angemessen, die geringeren Bedürfnisse eines Arbeiters zu bedienen. Die Maurer wären auch bei der geforderten Lohnheröhung noch nicht in der Lage, mit ihrem Einkommen zu prahlen, verlangten aber ganz entzerrten, ein menschenwürdigen Dasein führen zu können. Einige Redner verlangten sogar den Abbruch der Verhandlungen, da ein solches Unerledigen geradezu verhöhnend sei. Ein Antrag, vom 1. Juli 80 J. pro Stunde zu fordern, wurde unter der Bedingung zurückgewiesen, daß die Kommission nur auf dieser Grundlage weiter verhandeln würde. Unter „Innere Berufsangelegenheiten“, teilte Kollege Berthold mit, daß die Rabitzpoker sich in einem Lohnkampfe befinden. Sie fordern 8½ Stunden Arbeit für 100 J. pro Stundenlohn. Die Kollegen werden hierauf ganz besonders aufmerksam gemacht und aufgefordert, nicht unter dem üblichen Lohn der Rabitzpoker solche Arbeiten auszuführen, andernfalls sie als Streikbrecher betrachtet und nach § 37d des Verbundstatutes behandelt würden. Weiter wurde mitgeteilt, daß in der Zeit vom 11. bis 16. Juni eine Statistik aufgenommen werden soll. Die Statistik wahrheitsgetreu durchgeführt wird. Bei dieser Gelegenheit wurden die Kollegen aufgefordert, jedes bürgerliche Blatt aus der Wohnung zu entfernen und dafür die „Bolzzeitung“ zu lesen. Ferner wurden die Kollegen nochmals auf das Buch: „Arbeit und Kultur“ aufmerksam gemacht und erzählt, recht rohe Verstellungen zu machen. Kollege Berthold berichtete, daß bei einer Kontrolle der Bahnhofsbauteile 49 Italiener und 18 Deutsche als Streikbrecher verzeichnet worden seien. Diese seien an vier Bauten beschäftigt. Hieraus sei zu ersehen, daß die verhängte Sperrte von Vorleit sei.

Mainz: Einen schönen Erfolg erzielten unsere Kollegen in Sprendlingen i. Rheinhessen. Am 2. Juni wurden dem Unternehmer Jacob Wed II. Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen übermittelt. Der höchste Stundenlohn war seither 88 J.; gefordert wurden 40 J. pro Stunde. Am 8. Juni wurde zwischen dem Unternehmer und dem Vorstand des Zweigvereins Mainz vertraglich festgelegt, daß der Lohn sofort auf 87 J. pro Stunde erhöht wird. Ab 1. April 1907 bis 1. April 1908 beträgt der Lohn 40 J. pro Stunde. Die Kollegen schlossen sich erst im Frühjahr der Organisation an, und schon zeigt sich dieser Erfolg. Mögen die noch fernstehenden Kollegen der Alzeyer und Kreuznacher Gegend sich dieses merken. Auch ihre Lage kann nur verbessert werden, wenn sie sich dem Centralverband der Maurer Deutschlands anschließen.

Nürnberg: Die Schäden der Altkordarbeit treten bei den Rabitzpoker in recht trauriger Weise an Tage. Obwohl die Befreiung der Altkordarbeit wiederholt von den Unternehmern gefordert wurde, war an ihre Befreiung nicht zu denken, weil sie nicht direkt durch das Statut verboten ist. Anstatt nun aber daraufhin zu arbeiten, daß diese schändliche Arbeitsmethode allmählich abgeschafft wird, haben einige Kollegen es verstanden, aus ihr erst recht Profit herauszuholen. Sie übernehmen nämlich die Profilarbeiten im Altkord, leisten den erzielten Überbruch nicht mit den anderen Kollegen, sondern stelen ihn in ihre eigene Tasche. Um diesem modernen Raubritterwesen zu spieren, sieht sich die Section der Rabitzpoker veranlaßt, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß sie die Kollegen, die ein derartiges Verhalten an den Tag legen, wegen Verlegung der Kollegialität ausschließen wird.

Reichenbach: In der Arbeiterschwäche ist es von großem Vorteil, wenn der Arbeitsnachweis von den Arbeiterorganisationen

in die Hand genommen wird. Freilich ist es nicht möglich, die Kollegen auf einen Tag daran zu gewöhnen, aber soll deswegen die ganze Sache Schaden leiden? Es müßt von den Zweigvereinen der Arbeitsnachweis eingeführt werden, weil dadurch viel Arbeitslosigkeit und das damit verbundene Elend verhindert wird. Dafür bedauerlicher ist es, daß im Gau Minden die Zweigvereine so wenig Interesse an dem Arbeitsnachweis haben, so daß bis jetzt auf die Anfragen des hiesigen Nachwelsführers nur von den Zweigvereinen Freiling und Schierste Antwort eingelaufen ist. Die Kollegen, die den Arbeitsnachweis führen, werden im Interesse der Gesamtheit aufgefordert, dieses Institut auszubauen zu helfen und ihre Antworten einzufinden.

Otto Baier, Kanalstraße 2.

Reppen. Dienstag, den 5. Juni, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Hundert erschien der Kollege Günther als Delegierter Bericht von dem Verbandsstage in Cöthen. Es wurde dann beschlossen, mehr zu agitieren und auch für den Wahlverein Propaganda zu machen, da er bis jetzt erst 18 Mitglieder zählt. Im übrigen befürte sich die Versammlung mit der Maßregelung zweier Kollegen.

Gliesenleger.

Völkum. In der Nr. 28 der "Einigkeit", dem Organ der "Anarchosocialisten", belebt die Freie Vereinigung der Giesenleger von Völkum die Einigkeit während des Lohnkampfes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu fördern. Der Einender des dort abgebrühten Berichtes stellt die Katastrophen geradezu auf den Kopf, verdächtigt dort Personen und legt ihnen Worte in den Mund, die gar nicht gefallen sind. Um besonderen ist es die Sektion des Zentralverbandes, der jenseits schon lange den Vernichtungskampf erfüllt haben, die aber trotzdem blüht und gedeiht. In dem Artikel wirft man uns vor, eigenmächtig den Vertrag abgeschlossen zu haben; der Artikel schreibt berichtigst aber, daß er und seine Kumpane ein Zusammengenügen ablehnen. In der Zusammenfassung am 30. April erklärte der Vorsitzende Müller: „Wenn Ihr nicht die Abstimmung mit Leuten befreit, die uns genehm sind, lehnen wir ein weiteres Zusammengenügen mit Euch ab.“ Darauf haben unsere Kollegen am 2. Mai die Arbeit ruhen lassen und der Vertrag wurde abgeschlossen. Wie unfähig jene Leute sind, einen Lohnkampf zu führen, das hat jene von der "Einigkeit" attiriert öffentliche Versammlung bewiesen. Die Generalstreiksidee hat die Köpfe dieser Leute derartig verirrt, daß sie nicht wissen, was unter partikulären Streiks und unter allgemeinen Streiks zu verstehen ist. Nach der Meinung jener Leute muß „alles streiken“, auch wenn das Geforderte bewilligt ist. Die Firma Schötter hatte nun die Forderung anerkannt. Trotzdem verlangte man, unsere Kollegen sollten tarifmäßig werden. Sie sollten zuerst die Arbeit einstellen, weil die Freie Vereinigung sonst am Orte auch nicht freizeit würde. (Wohl, weil sie zu feige war.) Den Sipfel erreicht aber die Leistung des Artikelbeschreibers, indem er behauptet, ich hätte in der Versammlung gefragt: „Es wäre doch von uns Bloßdrum gewesen, auf dem ganzen Tarif zu bestehen und ihn dadurch zum Scheitern zu bringen.“ Im Verderben können jene Leute großartiges leisten; sie haben hier unten Musterstücke den Skandal abgelaufen. Man forderte von uns, wir sollten — wenn der Vertrag Gültigkeit haben sollte — mit ihnen ein Streitgefecht eingehen. Unsere Mitglieder sollten einen Tagelohn pro Woche an die Streitfasse der Totalisten abgeben. Dieses Unsinne wurde energisch zurückgewiesen, und deshalb nun diese Wutausbrüche! Es wird die Sektion der Vorwurf gemacht, daß sie nichts für die Durchführung des Vertrages getan habe. Demgegenüber stellen wir fest, daß Mitglieder der Freien Vereinigung bei dem Unterordnenden die Arbeit aufgenommen haben. Sie waren es, die den Vertrag durchbrachten, wodurch sich die Verhängung der Sperrre notwendig machte. Streitbrecher wollen sie unsere Mitglieder nennen, um ihre eigenen Verfehlungen damit zu verbergen. Ihr Schriftführer und Obersekretär Klöpp lehrte sich nicht an den Besluß, die Arbeit einzustellen. Er mußte erst von Müller von der Arbeit forgejagt werden, er war also Streitbrecher. Noch mehr: Der Genannte arbeitet trotz abgeschlossenen Tarifs, der nur Stundenlohn vorliegt — wie uns mitgeteilt wird —, im Amt. Des Ruhels Kern ist: die Matadoren der Freien Vereinigung, der Giesenleger fühlen den Boden unter ihren Füßen schwinden; der Centralverband der Maurer hat ihnen mit Erfolg das Feld freitig gemacht. Diese Sonderblümchen bringen jetzt ihren ganzen Kraft nach dem großen Schuttalabdeplatz, genannt "Einigkeit", und glauben dann wunder, was sie damit getan haben. Auch unseren Kollegen Rühl beleidigen sie in ununterhörbarer Weise. Man spielt sich als den Gepräkten auf, und selbst streut man während der Belebung Verleumdungen und Verdächtigungen aus. Sie bewähren sich damit als nette Handlanger des Unterordnenden. Auch unter den Maurern versuchen sie ihre zerstreuungskünste. Anton Gadow, der in unserem Verband mit auf seine Rechnung genommen ist, will jetzt sein Ziel bei den Anarchosocialisten ausschlagen. Wir wünschen ihm dabei viel Glück. Die Kollegen aber wollen sich das merken, damit sie wissen, was sie in Zukunft von ihm zu halten haben.

Gustav Weisse.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Baugewerbe zu Magdeburg.

Am 18. Mai d. J. wurde eine Statistik aufgenommen, die sich über den ganzen Lohn- und Zweigvereinsbezirk erstreckt. Das Resultat ist folgendes: Magdeburg: Auf 78 Bauten, 25 Umbauten und 27 Scharwerksarbeiten sowie einem Kanalbau arbeiteten, soweit zu ermitteln war, bei 74 Unternehmern 70 Poliere, 988 Gesellen und 142 Lehrlinge. In Stundenlohn erhalten: 3 Maurer 25 \varnothing , 3 30, 1 34, 6 35, 15 38, 2 39, 6 40, 12 42, 3 45, 1 46, 5 48 und 2 49 \varnothing . Diese 59 Maurer sind Jung- und Altgesellen, die nach dem Lohntarif einen niedrigeren Lohn erhalten. (Junggesellen im ersten Jahr freie Vereinigung, im zweiten Jahr freie Vereinigung.) 20 Maurer erhalten 50 \varnothing , 6 51, 291 52, 228 53, 38 54, 85 55, 4 56, 10 60, 8 63, 2 65 und 7 70 \varnothing . Die letzteren sind beim Bauen beschäftigt. Der Durchschnittslohn beträgt pro Arbeitsstunde für alle Beschäftigten 52 \varnothing . Bei 88 Maurern konnte der Lohn nicht festgestellt werden, weil sie erst eingefallen waren und noch keinen Lohn erhalten hatten. 88 Maurer zogen in Alsfeld und erhalten einen Abschlag, pro

Stunde 60 bis 70 \varnothing . Auf einigen Arbeitsstellen haben es die Maurer nicht für nötig gehalten, die Statistik auszufüllen; sie haben die kleine Menge geteuft und dadurch dazu beigebracht, daß die Statistik nicht alle Maurer umfaßt. Die bei der Umfrage vorgefundene Bauten befinden sich in folgender Entwicklung: 16 waren hergestellt bis zum Keller, 6 bis zum Parterre, 3 bis zur ersten, 2 bis zur zweiten, 4 bis zur dritten Etage; an 7 wurde ausgemauert, 2 waren im Rohbau fertig, an 23 wurde geputzt und 18 waren es auf den Nachspur fertig. Außer diesen Hochbauten war ein Kanalbau zu verzeichnen.

In Barleben arbeiten bei 2 Unternehmern auf einem Bau und einem Umbau 18 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 2 Maurer 42 \varnothing , 4 48, 6 49 und 6 50 \varnothing .

In Biederitz arbeiten bei 3 Unternehmern auf 8 Neubauten und einem Umbau 2 Poliere und 16 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 7 Maurer 50 \varnothing , 9 52 \varnothing .

In Behrendorf-Söhlen arbeiten bei einem Unternehmer auf einem Neubau 1 Polier und 8 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 4 Maurer 28 \varnothing , 4 34 \varnothing .

In Dahmenmarsleben arbeiten bei 4 Unternehmern auf einem Neubau und drei Scharwerksarbeiten 1 Polier, 22 Gesellen und 1 Lehrling. Stundenlohn erhalten: 1 Maurer 22 \varnothing , 6 30, 2 32, 1 34, 11 35 und 1 40 \varnothing . Trotz der niedrigen Löhne haben es 8 Maurer nicht für nötig gehalten, sich zu organisieren.

In Diesdorf arbeiten bei 7 Unternehmern auf 7 Neubauten 14 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 1 Maurer 40 \varnothing , 2 53, 6 55, 2 60 und 8 65 \varnothing ; letztere zogen.

In Domersleben arbeiten bei 3 Unternehmern auf einem Neubau und zwei Scharwerksarbeiten 1 Polier und 11 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 9 Maurer 25 \varnothing , 2 30 \varnothing . Auch hier sind 7 Maurer nicht organisiert.

In Dreieichenhain und Druxberg arbeiten bei 2 Unternehmern auf 2 Neubauten und einem Umbau 26 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 26 Maurer 32 \varnothing .

In Groß- und Klein-Dittersleben, Bremke und Embdorf arbeiten bei 9 Unternehmern auf 8 Neubauten und einem Umbau 3 Poliere, 31 Gesellen und 3 Lehrlinge. Stundenlohn erhalten: 8 Gesellen 58 \varnothing , 1 54, 7 55, 14 56 \varnothing ; 6 putzen in Alsfeld.

In Langenweddingen arbeiten bei einem Unternehmer 7 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 2 Maurer 28 \varnothing , 1 29, 2 31, 1 32 und 1 35 \varnothing .

In Ochtersleben arbeiten bei einem Unternehmer 20 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 32 \varnothing .

In Oebisfelde arbeiten bei 8 Unternehmern auf 2 Neubauten und einem Scharwark 21 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 9 Maurer 50 \varnothing , 9 57 \varnothing ; von 8 Maurern konnte der Lohn nicht ermittelt werden.

In Oebisfelde arbeiten bei einem Unternehmer 5 Gesellen. Stundenlohn: 2 Maurer 80 \varnothing , 8 83 \varnothing .

In Pferdsleben, Selke und Westerhüsen arbeiten bei 9 Unternehmern auf 12 Bauten und einem Umbau 4 Poliere, 72 Gesellen und 21 Lehrlinge. Stundenlohn erhalten: 8 Maurer 33 \varnothing , 2 40, 1 41, 1 42, 2 45, 1 51, 37 52, 3 58, 19 55 \varnothing ; 3 putzen in Alsfeld. Der Durchschnittslohn beträgt 51,17 \varnothing pro Stunde.

In Salzwedel arbeiten bei 119 Bauten, 29 Umbauten und 35 Scharwerksarbeiten beschäftigt.

Folgende Zahlstellen haben es nicht für nötig gehalten, die Fragebögen zurückzuführen: Bratza, Ebenrode, Gr. Modersleben, Höhne- und Niederodeleben, Rogätz, Wanzeleben, Wolmirstedt. Diese sind also in dieser Statistik nicht mit einbezogen.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit)

In der Woche vom 10. bis 16. Juni sind folgende Verträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Berlin M. 3000, Kiel 800, Harburg 300, Lehnin 200, Danzig 200, Verden 200, Trebbin 200, Ull-Damm 100, Templin 100, Bergedorf 100, Frankfurt a. d. Oder 100, Hamm i. Westf. 100, Neuenhagen (Osthahn) 100, Summa M. 5852.

Zuschüsse erhalten: Dresden M. 800, Wittenberge 300, Reinickendorf 200. Summa M. 800.

Atona, den 16. Juni 1906.

Karl Reiss, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Zur Beachtung.

Die Formulare zur Abrechnung des 2. Quartals sind an die britischen Verwaltungen verbandt. Sollen dieselben in einer Verwaltungsstelle nicht eingetroffen sein, so erüben wir uns sofortige Mitteilung.

Der Vorstand.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Submissions etc.

(Die Betriebsvereinsvorstände werden dringend erachtet, über alle in ihrem Bezirk bekannt gewordenen Unfälle, mit kurzer Ausführung der Sache und dem Namen des Unternehmers, mit dem die Unfall verhandelt wurde, einen Bericht an die betreffende Sektion zu verfassen. Sowohl über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erlass von Arbeitsschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Berlin. Ein bedauerlicher Bauunfall ereignete sich Mittwoch Nachmittag, den 18. Juni, in der dritten Stunde auf dem von der Firma Gause ausgeführten Neubau am Pariser Platz. Ein frisch gemauertes Gewölbe stürzte in sich zusammen und wurde dabei der Maurer Heinemann am Kopfe schwer verletzt, so daß er einem Krankenhaus überliefert werden mußte. Der Unfall soll darauf zurückzuführen sein, daß die Schalung zu früh entfernt worden ist. Auf dem Neubau sind nicht weniger als fünf Poliere in Funktion, die aber mehr auf die Quantität als auf die Qualität der Arbeit zu achten scheinen.

Grünberg i. Sch. Am Dienstag, den 12. Juni, Nachmittags 5½ Uhr, verunglückte der Maurer Carl Schmidt aus Deutsch-Krefeld auf dem Umbau des Dominium-Schlosses dagebst in Folge eines Fehltritts von der Leiteröffnung,

er fiel auf einen 25 cm breiten Soden und zog sich schwere Verletzungen zu. Nach einer Stunde erst konnte der Bedauernswerte ärztliche Hilfe erhalten. Der Arzt konstatierte einen Bruch der Wirbelsäule und des Rückgrats. Am Donnerstag früh 2½ Uhr, ist der Verunglückte seinen Leiden erlegen.

Hagen i. W. Wie berechtigt der Ruf nach mehr Bauarbeiterabschluß, insbesondere nach Bautenkontrolleuren aus Bauarbeiterkreisen ist, beweisen zwei in den letzten Tagen vorgekommene Bauunfälle. In der Heintzstraße ließ der Unternehmer Poole aus Hohenlimburg einen Bau ausführen, wobei ein Arbeiter tödlich, der andere schwer verletzt wurde. Die Arbeiten wurden in einer geradezu bildenlos leistungsfähigen Weise ausgeführt, wenn man bedenkt, daß bei aufgefülltem Boden ein circa 4 m tiefer Graben ausgehoben wurde, ohne die Seitenwände abzusprengen. Dieser Unfall wäre vermieden worden, wenn ein Gelehr bestanden, wonach Ausschachtungsarbeiten nur dann vorgenommen werden dürfen, wenn bestimmte Maßregeln zum Schutz der Arbeiter getroffen sind. Obgleich die Stadt zwei Bautonkontrolleure angestellt hat, sieht es hier mit dem Bauarbeiterabschluß windig aus. Eine ganze Reihe Bauten fehlen Schweißstellen und Hundschütteln weit ähnlicher als Unterkunftsräume für Menschen. Hier fehlen die Fußböden (wie in Erlinghausen); dort lagern Gefährte und Materialien in der Bude. In einigen Buden fehlen die Fenster, das wasserdrücke Dach usw. Bezuglich der Bedeutungen und der außenher Schüttstellen steht es noch schlimmer aus. Ja, man kann dreist behaupten, ehemalige Bautände als in Hagen und Umgegend in bezug auf den Bauarbeiterabschluß nicht organisiert.

In Dahmenmarsleben arbeiten bei 4 Unternehmern auf einem Neubau und einem Kanalbau 1 Polier, 22 Gesellen und 1 Lehrling. Stundenlohn erhalten: 1 Maurer 42 \varnothing , 4 48, 6 49 und 6 50 \varnothing .

In Behrendorf-Söhlen arbeiten bei 3 Unternehmern auf 8 Neubauten und einem Umbau 2 Poliere und 16 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 7 Maurer 50 \varnothing , 9 52 \varnothing .

In Biederitz arbeiten bei 3 Unternehmern auf 8 Neubauten und einem Umbau 2 Poliere und 16 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 7 Maurer 42 \varnothing , 6 55 und 8 65 \varnothing ; letztere zogen.

In Domersleben arbeiten bei 3 Unternehmern auf einem Neubau und zwei Scharwerksarbeiten 1 Polier und 11 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 4 Maurer 28 \varnothing , 4 34 \varnothing .

In Dreieichenhain und Druxberg arbeiten bei 2 Unternehmern auf 2 Neubauten und einem Umbau 26 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 26 Maurer 32 \varnothing .

In Groß- und Klein-Dittersleben, Bremke und Embdorf arbeiten bei 9 Unternehmern auf 8 Neubauten und einem Umbau 3 Poliere, 31 Gesellen und 3 Lehrlinge. Stundenlohn erhalten: 8 Gesellen 58 \varnothing , 1 54, 7 55, 14 56 \varnothing ; 6 putzen in Alsfeld.

In Langenweddingen arbeiten bei einem Unternehmer 7 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 2 Maurer 28 \varnothing , 1 29, 2 31, 1 32 und 1 35 \varnothing .

In Oebisfelde arbeiten bei 8 Unternehmern auf 2 Neubauten und einem Scharwark 21 Gesellen. Stundenlohn erhalten: 9 Maurer 50 \varnothing , 9 57 \varnothing ; von 8 Maurern konnte der Lohn nicht ermittelt werden.

In Oebisfelde arbeiten bei einem Unternehmer 5 Gesellen. Stundenlohn: 2 Maurer 80 \varnothing , 8 83 \varnothing .

In Pferdsleben, Selke und Westerhüsen arbeiten bei 9 Unternehmern auf 12 Bauten und einem Umbau 4 Poliere, 72 Gesellen und 21 Lehrlinge. Stundenlohn erhalten: 8 Maurer 33 \varnothing , 2 40, 1 41, 1 42, 2 45, 1 51, 37 52, 3 58, 19 55 \varnothing ; 3 putzen in Alsfeld. Der Durchschnittslohn beträgt 51,17 \varnothing pro Stunde.

In Salzwedel arbeiten bei 119 Bauten, 29 Umbauten und 35 Scharwerksarbeiten beschäftigt.

Folgende Zahlstellen haben es nicht für nötig gehalten, die Fragebögen zurückzuführen: Bratza, Ebenrode, Gr. Modersleben, Höhne- und Niederodeleben, Rogätz, Wanzeleben, Wolmirstedt. Diese sind also in dieser Statistik nicht mit einbezogen.

Röhrischütte i. Oberschlesien. Samstag, den 16. Juni, kurz vor Feierabend, verunglückte der Maurer Joseph Röhr IV von Mühlbach bei der Firma Stola & Wohlwend am Umbau von Hammer & Helbing in der Kaiserstraße beschäftigt war, dadurch, daß er beim Umdrehen eines Firmenbildes 5 m hoch herabstürzte. Schwererletzt schaffte man den Kollegen aus dem Bilderrahmen eines Firmenbildes heraus. Er erlitt eine schwere Kopfverletzung und brach beide Arme. Nach einigen Stunden war er eine Seide. Der Polizeihörde war einige Tage vor dem Unfall unter Kenntnis der Bauten mitgeteilt worden, daß die Schüttstellen fehlten und Battenlagen und Leiterhänge überall schlecht abgedeckt seien. Ebenfalls fehlten bei verschiedenen Bauten die Baububen und Worte. Bisher ist leider noch nichts geschehen, um eine Aenderung herbeizuführen. Wäre an diesem Bau ein vorschriftsmäßiges Schüttstellen gegeben, so wäre ein Menschenleben und einer Familie des Ernährer erhalten geblieben.

Röhrischütte. Samstag, den 16. Juni, kurz vor Feierabend, verunglückte der Maurer Josef Röhr IV von Mühlbach bei der Firma Stola & Wohlwend am Umbau von Hammer & Helbing in der Kaiserstraße beschäftigt war, dadurch, daß er beim Umdrehen eines Firmenbildes 5 m hoch herabstürzte. Schwererletzt schaffte man den Kollegen aus dem Bilderrahmen eines Firmenbildes heraus. Er erlitt eine schwere Kopfverletzung und brach beide Arme. Nach einigen Stunden war er eine Seide. Der Polizeihörde war einige Tage vor dem Unfall unter Kenntnis der Bauten mitgeteilt worden, daß die Schüttstellen fehlten und Battenlagen und Leiterhänge überall schlecht abgedeckt seien.

Schnell. Montag, den 11. Juni, ereignete sich am Neubau des Baumeisters Steinbach an der Kreuzstraße ein bedauerlicher Unfall. Der Kollege Adolf Hauswald wurde von einem herabfallenden Ziegelstein am Kopfe stark verletzt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Ursache konnte nicht aufgeklärt werden.

* Bau, Klinker* vor Gericht. Der Bauunternehmer Gerhard Nebels in Wilhelmshaven und der Polier Fritz Jakob Peters in Neuende standen am 30. Mai vor der Strafammer in Lübeck, um sich wegen kraftiger Körperverletzung zu verantworten. Nebels hatte in Wilhelmshaven in der Kaiserstraße die Ausführung eines Erweiterungsbauwerks übernommen, bei dem Peters als Polier tätig war. Bei diesem Bau waren (was erwiesen ist) minderwertige Laufstege verwendet worden, und waren sämtliche Decksplatten nicht genügend, teilweise sogar abgebrochen. Am 16. September b. L. brach ein Laufsteg, den ein Stein tragender Arbeiter betrat, durch, der Arbeiter stürzte ab und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er höchst wahrscheinlich in dauerndem Tiefbett sterben soll. Infolge des mangelhaften Abdichtens der Steine und verletsten einen auf dem Kellergewölbe beschäftigten Arbeiter. Trotzdem nach gefundenem Menschenleben stand die Schulden der Angestellten klar zu Tage, lag, erlitt die Strafe gegen Nebels und Peters auf Freiheitserlaubnis. Man weiß wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, das einfach saumähnliche Bild der mit Leidern und Gefundheit ihrer Mitmenschen so fröhlich spielenden Angestellten oder den unverständlichen Urteilspruch des Gerichts. Die beiden Angestellten, Nebels — rühmlich bekannt vom Jahre 1902, zu welcher Zeit ein von ihm in Hettenshausen an der Müllerstraße aufgefahrteter Bau einfürzte, er erhielt dafür von der Strafammer an Oldenburg zwei Monate Gefängnis — und Peters, der ingwischen auch Unternehmer geworden ist, belastet als Streitbrecher erster Sorte, werden bei einer solchen Rechtsprechung noch öfter und gerne eine Vergnügungssitzung zur Strafammer nach Autig unternehmen und

um Anleit hierzu zu haben, in fröhtester, unverschämtester Weise mit dem für sie wertvollen Leben und der Gesundheit ihrer Arbeiter spielen. Hier mühten die Geheimsparraphen in ihrer ganzen Stärke angewandt werden, wenn nicht solchen Leuten die Erlaubnis zum Bauen überhaupt entzogen wird.

Bauarbeiterverhältnisse in Baden.

Der Bericht der badischen Fabrikinspektion für 1905, herjüngst erschienen ist, bleibt zwar noch immer zurück hinter den besten Berichten Wörthsoffers, indes enthält er doch manche beachtenswerte sozialistische Partie, die immerhin beweist, dass Dr. Wittmann heute nicht mehr ganz derselbe ist, als der er seinerzeit in Trier, wo er als preußischer Fabrikinspektor wirkte, nach Karlsruhe gekommen war.

Über die baugewerblichen Verhältnisse enthält der Bericht nur wenige Mitteilungen. Nach der Statistik unterstanden den gesetzlichen Arbeiterschutzberechtigten und somit den Fabrikinspektionen baugewerbliche Betriebe und Arbeiter:

	1905	1904
Betriebe	418	459
Arbeiter	6496	5178
Ermächtigte	6202	4958
Jugendliche	294	220

Es sind demnach die Betriebe zurückgegangen um 46, die Zahl der Arbeiter dagegen ist um 1818 gestiegen. Von den Jugendlichen der Statistik für 1905 ist einer unter 14 Jahren gewesen; weibliche Arbeiter sind nicht angeführt. Will man aus der vergleichenden Statistik einen Schluß ziehen, so kann es nur sein, daß sich im badischen Baumgewerbe die Konzentrationstendenz der wirtschaftlichen Entwicklung stark geltend macht, indem kleinere Betriebe verdrängt und größere noch weiter vergrößert werden. Diese Tendenz ist übrigens in der ganzen badischen Industrie wirksam; denn es ging die Gesamtzahl der reibitionsfähigsten Betriebe von 9254 in 1904 auf 9040 zurück, während gleichzeitig die Zahl der Arbeiter von 208 818 auf 208 993 stieg.

Über die allgemeine Wirtschaftslage im Berichtsjahr wird gefagt: „Das Berichtsjahr stand unter dem Zeichen des auf fast allen Gebieten einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwunges der Industrie. Überall wurde über chronisch geäußerten Arbeitsmangel geklagt; insbesondere fehlte es vielerorts an Arbeiterninnen. Wie der und die Wende des Jahrhunderts errichteten Fabrikneubauten und Erweiterungen, die in den nunmehr überwundenen schlechten Zeiten leer oder halb leer lagen, konnten jetzt voll in Benutzung genommen werden. Eine Reihe umfangreicher Bauprojekte ließ erfreuliches Wiedereröffnen der Industrie erkennen. Diese Besserung ließ die Arbeitgeber leichter gerechnet werden, den Wünschen und Forderungen der Arbeiter wohlmollernd entgegenzutreten; dabei wirkte das Verfahren mit, die mit unermüdlicher Leidenschaft eingetretene günstige Konjunktur nicht durch Arbeitsstreitigkeiten zu verflimmern. So mag sich auch die Tatsache erklären, daß mehrere im vorigen Jahre angekündigte Massnahmen nicht zum Ausbruch kamen.“ Das heißt wohl mit anderen Worten, die betreffenden Unternehmer sind den Arbeitern entgegengestanden, so daß dadurch ein Streik vermieden wurde.

Im Berichtsjahr waren 4878 Fälle zu verzeichnen, wobei 93 auf die Baugewerbe entfielen gegen 4888 bzw. 90 in 1904. Davon entfielen 3 auf die Nachzeit, während in einem Falle die Zeit nicht näher angegeben wurde. Auf die verschiedenen Tageszeiten verteiliend sich die übrigen 89 Baumauffälle folgendermaßen: 11 von 6 bis 8 Uhr, 15 von 8 bis 10 Uhr, 29 von 10 bis 12 Uhr Vormittags, 6 von 12 bis 2 Uhr Mittags, 15 von 2 bis 4 Uhr, 20 von 4 bis 6 Uhr Nachmittags.

Über das noch immer blühende schönbäre Trücksystem wird berichtet: „Um den im vorigen Jahresbericht geschilderten Missständen begegnet die Polizei im Freiburger Baugebiete nach Möglichkeit entgegenzumuntern, wurde vom Bezirksamt auf den Bauplänen eine scharfe Kontrolle insbesondere nach der Richtung gestellt, ob das Verbot des Genusses von Bier und sonstigen gelösten Getränken auf den Bauplätzen außerhalb der Beperpanien, das in der vom Ministerium des Innern unter 29. Februar 1904 erlassenen Bauhandwerkerordnung ausgesprochen ist, plausibel umgesetzt wird. Die Arbeiter — es ist befonders erwähnenswert, daß die Arbeiter in diesem Fall aus eigener Initiative für die Einräumung des Biergenusses eingetreten sind — gaben sich hiermit nicht zufrieden und stellten bei dem im verflossenen Sommer zum Zwecke der Errichtung einer Tarifvereinbarung veranstalteten Streik u. a. die Forderung, daß der Bierstandeverlauf durch die Polizei und das Staatsministerium auf allen Bauplätzen abgeschafft und der tägliche Bierordnung nicht mehr gewährt werden solle. Die Unternehmer gaben dem einheitlichen Vorgehen der Arbeiter gegenüber ihren früheren Widerstand auf und stimmten der Aufnahme eines den Bürmischen Arbeiter entsprechenden Paragraphen in den Tarifvertrag zu. Zweifellos geht es jetzt auch ohne den Bierverzehr der Polizei und die Arbeiter stehen sich dabei in jeder Beziehung soffen.“

Auf mehreren statistischen Tabellen werden die im Berichtsjahr vorgenommenen 76 Streiks und Aussperrungen dargestellt, darunter die Streiks der Maurer in Mannheim (vier Fälle), in den Vororten, Sodenheim, Alsenheim, Sankt

(vier Fälle), in den Vororten Sodenheim, Alsbach, Simmendorf und Feudenheim, von Mannheim, Heidelberg, Friedelsfeld, Karlsruhe, Rastatt, Zweibrücken, Freiburg und Waldkirch. Die meisten dieser Kämpfe brachten unserer Kollegen keine oder teilweise Erfolge. — In 17 von den 74 Gefechtsfällen wurden Tarifverträge abgeschlossen. Aus den von der Tarifinstanzungen dazu gemachten Bemerkungen sei folgendes angeführt: „In dem Lohnkämpfen hat sich in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Veränderung dahin vollzogen, daß sich bei Arbeitseinstellungen ein größerer Zusammenschluß und eine innigere Geschlossenheit unter der Arbeiterschaft bemerkbar machen, die die Forderungen präziser gestellt werden und endlich, daß es für die Unternehmer immer schwieriger wird, Erfüllung für die Streikenden zu gewinnen. Die Erreichung darauf aufzurückschließen, daß die Zahl der Organisierten insbesondere unter den höher qualifizierten Arbeitern stark zunimmt und daß bei diesen Arbeitern die Disziplinlosigkeit des Streikbruchs so gut wie ausgeschlossen ist. Wenn man auch, und das muß ausgeprochen werden, die Magie

Organisation in den Betrieben vielfach eine derartige, daß Arbeitnehmer, auch wenn sie einer Organisation nicht angehören, sich bewegen müssen, in Streikfällen als Arbeitswillinge aufzutreten, weil sie mit Bestimmtheit voraussehen können, daß ihre Beleidung nicht mehr ist, sobald die Differenzen beigelegt sind. Die zunehmende Widerstandsfähigkeit der Arbeiter wird durch die Erfolge bestätigt, das von 28 bedeutenderen Gruppenstreiks nur 4 erfolglos blieben, während 11 zu einem teilweisen, 1 zu einem vollen Erfolg für die Arbeiter führten. Arbeitskämpfe, die durch Erfolg von Streikfällen durch Arbeitswillinge entschieden wurden, finden sich unter den Gruppenstreiks nur einmal, im übrigen fast nur in kleinen Betrieben. „Für ein Soll ist zu verordnen, in welchem ein größeres Streik bei einem Streik mit geleerten, nichtorganisierten Arbeitswillingen voll aufrechterhalten werden könnte.“ Diese verschärften Ausführungen bemühen, daß unsere Bewegung verstärkt und für die gesamte Arbeiterschaft, für das ganze

Wirtschaftsleben immer größere Bedeutung gewinnt.
Umzutreten ist die Fähigkeitspolitik mit der hier und da
vorgenommenen Beschränkung der erlangten neuen Arbeits-
bedingungen auf die Mitglieder der betreffenden Organisation.
Wir geben zu, daß dies in der Tat sein idealer und be-
trieblicher Zustand ist und hoffen daher auch, daß er in
näherer Zeit überwunden werden wird.

bleibende Zeit überwunden werden wird.

Der Bericht konfrontiert auch die fortstrebende Erstärkung der Gewerbeabstimmung und die Tätigkeit der Arbeiter im Berthe mit der Fabrikinspektion. Anderseits werden einige schriftliche Belege für die Dienste und die Büßwilligkeit von Unternehmern gegenüber den Arbeiterschaftsvorständen und den Anordnungen der Fabrikinspektion erbracht. Und dann förennt sich die Anarchisten im Freie fortwährend über die Gesetzlosigkeit der Arbeiter!

Aus Unternehmerkreisen.

* Die Unternehmer der "Ostmark" rüsten sich zu neuen Bewältigungen. In Bözen treten in der letzten Zeit die Bemühungen der Unternehmer um besseren organisatorischen Zusammenschluß recht deutlich hervor. Am 3. Juni tagte dort eine Konferenz von Unternehmern, die sich über die Gründung eines Ostmarken-Bezirksverbandes für das Baugewerbe unterhielten. Wie wir in Eröffnung gesagt haben, soll es tatsächlich zu einer solchen Gründung gekommen sein, nachdem frühere, vor der Handelskammer unternommene Versuche in derselben Richtung erfolglos gewesen waren. In Mängelheit und Brutalität war das Unternehmertum des Orients schon bisher allein anderen voraus. Die erbittertesten, wenn auch nicht die größten Kämpfe sind dort geführt worden. Wie wird das nun jetzt werden, wenn dieser Bezirksverband seine Wirksamkeit entfaltet? In welcher Richtung sich diese Wirksamkeit bewegen wird, kann man sich denken, da ja sicher die Unternehmer des größten Ortes, der Stadt Bözen, auch den größten Einfluß haben werden, und diese haben durch die Ausprägung des Befähigungsnachweises an Schaffmachern par excellence erbracht. In einem Flugblatt wenden sie sich an alle „einständigen und weibländigen Arbeitgeber, des Baugewerbes“, und sie verstehen darin das Metier des Schleifsteinbrechens ganz ausgeszeichnet. Unzweifel ihre Agitation bischen von Erfolg geprägt ist, läßt sich jetzt noch nicht sagen, aber auch unsere Kollegen sind nicht müßig, sie werden diesen Werkeifer der Unternehmer auch in den Dienst der Arbeitersache spannen. Manchen baugewerblichen Arbeiter dürfte das Flugblatt der Unternehmer die wahre Natur der heutigen Zustände erkennen lassen, besser und drastischer, als daß unsere Publikationen tun können. Hoffentlich werden sie auch in den Kreisen der anders organisierten Arbeiter die Erkenntnis von der Notwendigkeit einheitlicher Handelns aller Arbeiter, das am besten durch einheitliche Organisation erzielt wird.

Aus anderen Berufen.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Senefelder BUND (Verband der Lithographen und Steinbrüder) ist durch ein in der Arbeiterschaft unerhörtes Vorcommunismus gezwungen worden, zur Unterstützung der ausgesperrten Lithographen und Steinbrüder die Hilfe der gefannten organisierten Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen. Ausgesperrt sind rund 8000 Lithographen und Steinbrüder und rund 800 befinden sich im Streik. Die in Arbeit befindlichen Verbandsmitglieder verpflichteten sich, je nach der Höhe ihres Wochenbienstes, M. 1 bis 8 freiwilligen Beitrag pro Woche für die Dauer der Aussperrung zu leisten. Unter diesen Umständen hätte der Pfanzelt gut fundierte Verband viele Wochen hindurch den ihm aufgezwungenen Kampf führen können, ohne fremden Hilfe zu bedürfen.

Die erhaltenen die Unternehmer Hülfe aus Arbeiterkreisen, indem (wie wir bereits in der vorigen Nummer unter der Rubrik „Politische Umschau“ berichteten) das Landgericht zu Frankfurt a. M. auf Antrag von 81 Mitgliedern des Senatselber Bunde das Gesamtvermögen des Verbandes mit Beschluss befreite und dem

Der Schlag, der hier gegen die Organisation geführt wurde, erfolgte zu gelegener Zeit, denn am 2. Juni begannen die Unternehmer mit der Aussperrung und sie gaben sich früher der Hoffnung hin, daß nunmehr die Überlandstrafe des Verbandes gebrochen sei. Diese Hoffnung soll zu Sünden werden. Die Leitung der Aussperrung ist einer von den Berliner Lithographen und Steindruckern eingesetzten Kommission übertragen und es ist auch Vorsorge getroffen, daß den Ausgesperrten die Unterfügung vorläufig fortlaufend gezahlt werden kann. In diesem Falle aber ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, finanziell helfen einzutreten; die Generalkommission hat auf Antrag des Verbandsvorstandes und nach Zustimmung der Vorstände der Zentralverbände beschlossen, gemäß den Beschlüssen des Cölner Gewerkschaftstongresses eine Sammlung für die Ausgesperrten auszuschreiben.

Wir richten an die Gewerkschaftsräte das Eruchen, sofort die Sammlung einzuleiten und erwarten von der organisierten Arbeiterschaft, daß sie den Ausgesetzten die Hilfe nicht versagen wird.

Die Unterstützungsbeiträge sind gemäß den in Köln geschlossenen Vereinbarungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir, für die Senkung folgende Abreise zu bemühen:

H. Kuhle, Engelstr. 16, Berlin-SO. 16.
Über die eingehenden Beiträge wird im "Correspondenzblatt"
mitgeteilt. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht
ausgestellt. Mit Gruss.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

G. Begten.

• 100 •

* Die Ausperrung der Töpfer ist vorüber. Der Streik in Breslau ist nach elfwöchiger Dauer durch den Gewerbeverein als Einigungsdatum am Donnerstag beigelegt worden. Die Arbeiter erzielten eine Lohnzulage von 7 p.M. Durch die Beilegung des Streiks ist auch die Ausperrung in allen deutschen Steinbrüchen als beendet anzusehen.

* **Bieglerkonferenz.** Eine Konferenz aller in Biegleien beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer tagte während der Fünftagefeiertage in Magdeburg. Es waren 38 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Ferner waren neben einem Vertreter der Generalcommission auch je ein Vertreter des Bauarbeiter-, des Fabrikarbeiter- und des Löffelverbands anwesend. Der Gauvertreter Großmann-Magdeburg referierte über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeitnehmer auf den Biegleien. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Verbesserung der Lage der Biegleiarbeiter durch gewerkschaftliche Organisation und durch gesetzliche Maßnahmen. Hierüber referierte der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbands Breit-Hannover. Er betonte die Notwendigkeit der bisher bei den Biegeln arg vernachlässigten gewerkschaftlichen Organisation, mit deren Hilfe ein größerer gesetzegebender Schutz erzielt werden könnte. Nach lebhafter Diskussion fand eine Resolution Einzunahme, in der die dringenden Forderungen aufgeführt sind, die im Interesse der Biegler an die Gesetzgebung gestellt werden. Nämlich der Feiertagsurlaub und die Freigabe des Sonnabend Nachmittags, Verbot der Überarbeit mit Ausnahme der Arbeit an den Brennöfen, Verbot der Beauftragung weiblicher Arbeiter sechs Wochen vor und nach der Entbindung, allgemein gültige Vorortfertigkeiten über die Befähigung der den Biegeln angebundenen Wohnungen und über die Errichtung von Eß- und Unterherträumen und schließlich die den Unternehmern aufzuerlegende Verpflichtung, für gutes Trinkwasser zu sorgen. Am zweiten Verhandlungstag wurde über die Organisation der Biegler berichtet. Der Vertreter der Generalcommission, Knoll, erläuterte die bisherigen vergleichbaren Versuche, die Biegler zu organisieren. Gegenwärtig sind von mehr als 200 000 Biegeln nur etwa 600 organisiert, die sich auf vier Verbände verteilen. Es sei aber notwendig, die Biegler in einer Organisation zusammenzufassen, und als solche komme der Fabrikarbeiterverband in Betracht, dem jetzt schon die Mehrzahl der organisierten Biegler angehört. In diesem Sinne wurde auch von der Konferenz beschlossen. An den Vorstand des Fabrikarbeiterverbands wurde schließlich das Ergebnis gepflegt, auf dem nächsten Verhandlungstage die Anstellung eines mit den Verhältnissen der Biegler vertrauten Kollegen zu empfehlen.

Generalversammlungen.

Der sechste Verbandsitag der Holzarbeiter lagte vom 21. bis 26. Mai in Cöln. Anwesend waren 122 Delegierte. Nach dem Vorstandssbericht fanden 1904 822 und 1905 940 Sohnbewegungen statt. Von diesen verließen 955 ohne Arbeitsseinstellung, 619 waren Angriffsstreiks, 249 Bewerbsstreiks und 46 Aussperrungen. An den 955 ohne Arbeitsseinstellung verlaufenen Bewegungen waren 4296 Betriebe mit 60 232 Personen beteiligt. Für die aufgestellten Forderungen kamen 41 968 Beschäftigte in Betracht, darunter 823 weibliche. Die Arbeitsseinstellungen erstreckten sich auf 2929 Betriebe mit 29 877 Beschäftigten. Die Zahl der Aussperrungen hat sich von 9 im Jahre 1903 auf 16 im Jahre 1904 und 21 im Jahre 1905 erhöht. Von den in die Berichtsperiode fallenden 46 Aussperrungen erstreckten sich 17 auf mehr als einen Betrieb. Im ganzen kamen 1125 Betriebe mit 17 897 Beschäftigten in Frage. In der Geschäftspräiode wurden für Streiks M. 2 821 621 ausgegeben gegen M. 2 403 881 in den ganzen zehn Jahren vorher. Die Institution der Gauvorstände hat sich seitens bewährt. Die Anerkennung des Verbandes durch die Unternehmensorganisationen hat gute Fortschritte gemacht. Die Einnahme der Hauptstafette betrug M. 2 682 656,54, die Ausgabe M. 1 619 210,72. Ausgegeben wurden: für die Holzarbeiter M. 172 260,50, Belehrungszeitung M. 161 831,26, Arbeitslohnunterstützung M. 360 062,69, Streitunterstützung M. 1 493 177,55, Gemüsegeldunterstützung M. 51 955,42, Unterstüzung in Sterbefällen M. 52 813, Unzugsunterstützung M. 44 776,44, Notfallunterstützung M. 10 300, Rechtskunde M. 81 459,49, Agitation M. 183 192,01. Die Mitgliedschaft bei Erhebung 1905 130 141, darunter 1797 weibliche. Infolge der Arbeitsruhe am 1. Mai sind in den beiden Jahren sehr viele Entlassungen und Aussperrungen vorgenommen. Evidenterlich trifft dies auf die leite Meister 1906 zu. Trotzdem der Mitgliedern bekannten Entscheidungen aller früheren Verbandsstage wurde in den meisten dieser Fälle Unterstüzung aus der Verbandskasse in Form von Gemüsegeldunterstützung beantragt, ohne daß der Vorstand diese Gefüde berücksichtigen konnte. Zur der Diskussion wurde von mehreren Rednern die Handlungswelt der „Grischützen“ und der Hirsch-Dunderdörfer sehr kritisiert. Als einer Reihe von Orten lagen Anträge vor, die Kosten der dortigen Sohnbewegungen auf die Hauptstafette zu übernehmen. Der zweite Vorsitzende Leipart warnte in seinem Schlußwort davor, weil dies die Disziplinlosigkeit und Planlosigkeit fördere. Ferner sei es nicht zu empfehlen, bei Ablauf eines Tarifs allein neue Forderungen zu stellen. Der Resolution des Verbandsorgans wurde in einer Resolution gegen 10 Stimmen das Verteilen des Verbandstags ausgedrückt.

Guns-Resolution, nach der das Verhalten der Redaktion in der "Vorwärts" ungeeignet mißbilligt werden sollte, wurde mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Die Redaktion wurde das Recht erzielt, bei starkem Andrang von Berichten und Korrespondenzen eine Beilage erscheinen zu lassen. Die Einführung der Krankenunterstützung wurde mit 87 gegen 84 Stimmen beschlossen. Ein nachträglich gestellter Antrag, die Mitglieder durch Abstimmung über die Unterstellungsart entscheiden zu lassen, wurde abgelehnt. Mehrere Anträge, die Verhandlungen mit den Verbänden der Schiffsarbeiter und der Böttcher zum Zweck des Ueberrichts vorbereiten würden, dem Vorstand als Material überwiesen. Ein Antrag, mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes wegen Unzertitheit der bei diesen organisierten Metallarbeiter in Verbindung zu treten, wurde abgelehnt. Eine glückliche Lösung fand die *Gesellschaftsfrage*. Es wurde mit 70 gegen 44 Stimmen beschlossen, das Grundgehalt der Vorstandsmitglieder festzusetzen auf M. 2400, steigend um M. 120 jährlich bis M. 3000, das Grundgehalt der Gauvorsteher und der Vorstandsmitsleiter wurden von M. 6 auf M. 8 erhöht. Die Entschuldigungssätze für die in der Agitation tätigen Mitglieder sollen ebenfalls erhöht werden. Einem Antrag, wonach die Zeitschriften verpflichtet werden sollen, jährlich eine Agitation für die Arbeiterpreise zu veranstalten und das Ergebnis in der "Gesamtbürozeitung" bekannt zu geben, widerstand der erste Vorstandesrat stlos, da es sich um Agitation für politische Sitzungen handeln würde, wogegen man die Mitglieder von Verbands wegen nicht verpflichten könnte; die Absicht des Antrags wurde aus der Initiative der Mitglieder in den Zähnern verworfen. Darauf zog der Vorsitzende den Antrag zurück. In seinem Bericht über die Maisterfeier beklagte der Referent Glode die Gewerkschaften, sie seit 1890 blutwengig, im die Durchführung der Maisterfeier gekommen zu haben. Die Karnevalsfeste seien kein Hindernis für die Maisterfeier, weil über die Maisterfei nichts in ihnen enthalten sei und ferne die Feier an einem Tage keinen Karneval bedeute. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag steht auf dem Standpunkt, daß der 1. Mai am würdigsten durch Arbeitsruhe gefeiert wird. Er verpflichtet deshalb die Mitglieder des Verbandes, gemäß den Beschlüssen des internationalen Kongresses, in diesem Sinne zu wirken. In denjenigen Betrieben, wo zwei Drittel organisiert sind und vier Fünftel der Beschäftigten beschäftigt, die Arbeit ruhen zu lassen, wird den durch Aussperrung oder Maßregelung Gefrorenen nach einjähriger Mitgliedschaft die Gemaßregelten-Unterstützung (welche in diesem Falle ausnahmslos die Sige der Streikunterstützung sind) von der zweiten Woche an bezahlt. Voraussetzung für den Bezug dieser Unterstützung ist, daß die betreffenden Mitglieder sich an den von den örtlichen Organisationen veranlaßten Demonstrationen beteiligen.

Der Schmiedeverband hat seine Generalversammlung vom 18. bis 19. Mai in Berlin abgehalten. Der Antrag, zum Deutschen Metallarbeiterverband überzutreten, wurde abgelehnt. Beigeschlossen wurde der Ausbau der bestehenden Arbeitslosenunterstützung zur Gewerkslosenunterstützung und die Einführung der Umzugsunterstützung und des Sterbegeldes. Der Beitrag, der bisher 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder betrug, wird auf 55 bezw. 35 Pf. erhöht. Die Zahl der bestellten Gauvorsteher, die gegenwärtig drei beträgt, soll erhöht werden, so daß jeder Gau einen bestellten Beamten erhält, der vom Vorstand und Ausschuß gewählt wird. Das Zuständigkeitsgehalt des Verbandsbeamten wurde auf M. 1800 festgestellt, es steigt jährlich um M. 50 bis zur Höchstgrenze von M. 2800. Über die Höhe der Unterstützung wurde beschlossen, daß die Gewerkslosenunterstützung vom achten Tage der Erwerbslosigkeit an auf die Dauer von 60 Tagen gewährt wird, und zwar nach einjähriger Mitgliedschaft pro Arbeitszeit M. 1, nach dreijähriger Mitgliedschaft M. 1,50, nach sechsjähriger Mitgliedschaft M. 2. Das Sterbegeld wird nach einjähriger Mitgliedschaft M. 80 gezahlt, dasselbe steigt von Jahr zu Jahr um je M. 15 bis zur Höhe von M. 105. Den wegen der Maister-Gemaßregeln vom 5. Mai als Unterstützung gezahlte, die dauernd ausgescherten erhalten die Gemaßregelten, die übrigen Erwerbslosenunterstützung. Der Stg des Verbands bleibt in Hamburg, der Ausschuß wurde von Ael nach Berlin verlegt.

Eingegangene Schriften.

Die "Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), Heft 38 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir her vor: Einige Fragen der äußeren Politik. Von M. Beer. — Die Eisenbahnenfrage in den Vereinigten Staaten. Von Kapit. I. — Das konstitutionelle Selbstbeherrschung und die wahrscheinliche Lösung dieses Abbergs. Von A. Dobrindt. — Die Wahlen in Dänemark. Von Gustav Bang. — Die Zigarettensteuer. Von Friedrich Geher. — Alte und neue Tendenzen in der deutschen Pressepolitik. Ein Rückblick auf die deutsche Presseverfassung in München. Von Heinrich Schulz. — Literarische Rundschau: Paracelsus Spinoza, Cibit. Von J. Stern. Karl Rötger. Das Leben, die Kunst und das Kind. Von Leo Helden-Deutschmann. Dr. Ernst Morgenstern. Tarif und Lohn im deutschen Buchdruckgewerbe. Von ad. br.

"Die neue Gesellschaft". Das eben erschienene Heft 28 dieser für immer größerer Beliebtheit erreichenden Wochenzeitung bringt zwei besonders leidenschaftliche Artikel. Der eine kostet 10 Pf. "Anfang oder Ende der Duma?", der zweite ist eine Arbeit von Otto Hué, die den internationalen Bergarbeiterkongress behandelt. Der Preis pro Nummer ist wie bekannt 10 Pf. Probenummern breitende auf Wunsch der Verlag: Berlin W 15, Melrosestr. 6.

In freien Stunden. Der erste Halbjahresband besteht aus 25 Heften erschienen. Mit dem nächsten findet der Roman "Der verlorene Sohn" von Hall Caine seinen Abschluß. Auch bei diesem Roman beweist sich der sichere Griff, mit dem die Redaktion ihre Stücke fast immer gewählt hat. Kein Zweifel, einen edlen Unterhaltsamkeitstypus sollte es verführen, diese Wochenzeitung zu abonnieren, zumal ja der billige Preis (10 Pf. pro Wochenheft) die Ausübung wohl jedem Arbeiter ermöglicht. Jeder Buchhändler und Kolporteur nimmt Bestellungen an, auch vom Vorwärtsverlag, Berlin, kann sie direkt bezogen werden.

Briefkasten.

Deutsch. Können Sie denn Ihre Briefe nicht sozeitig absenden, daß Ihre Wünsche erfüllt werden können? Die Versammlungsangebote kann wieder zu spät.

Wohlfahrt, M. 20. Es ist ja gewiß recht beschämend für die dortigen Mitglieder, doch sitzt zu der Versammlung am 10. Juni zuerst dem Vorstand nur zwei Stühlen eingefunden hatten. Aber bestellt im "Grundstein" eine lange Kostüm über die Pläste der Mitglieder: in bezug auf den Verhandlungen befindet sich oft Erfolg, ist doch nicht angängig. Solche Erinnerungen sind schon so oft erfolgt, daß jedes Mitglied wissen muss, welche Pläste ihm obliegen. Es genügt deshalb wohl, an dieser Stelle zu konstatieren, daß die dortigen Mitglieder in letzter Zeit im Bezug der Verhandlungen etwas lässig gewesen sind, um eine Beleidigung herabzuholen.

Ösnabrück. Die Anfrage kam leider um einen halben Tag zu spät; gings dann wirklich nicht früher?

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik berücksichtigen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ablauf der Beisetzung gemacht wird. Die Zeit reicht ab.)

Berlin. Am 8. Juni starb unser treuer Mitglied **Otto Kurzweg** im Alter von 38 Jahren an Magenkrebs. — Am 9. Juni starb unser Kollege **Wilhelm Kranz**, 41 Jahre alt, an Herzschlag. — (Sektion der Pützer). Am 11. Juni starb unser langjähriges Ehrenmitglied **Franz Arndt** im Alter von 65 Jahren an Arterienverkrampfung.

Cöln. Sonntag, den 10. Juni, ertrank beim Baden im Rhein unser Mitglied **Peter Weber** im Alter von 18 Jahren. Er war Mitglied der Sektion der Pützer.

Deutsch. Am 7. Juni verschied nach langem Leiden unter schwerer Verbandskollegie, der Maurer **Robert Böttcher**, im 44. Lebensjahr an Herz- und Leberleiden.

Dortmund. Am 8. Juni starb unser Verbandskollege **Karl Krauss** im Alter von 81 Jahren an Lungenentzündung. — Am 18. Juni starb unser Verbandskollege **Adolf Schütz** im Alter von 24 Jahren.

Gengenbach. Am 12. Juni starb unser Verbandskollege **Lorenz Hafer** aus Doglanden an Blutungen.

Halle a. d. S. Am 18. Juni starb im Alter von 58 Jahren unser treuer Mitglied **Wilhelm Denkewitz** an Altersmäuse.

Langen i. Hessen. Am 18. Juni starb nach längerer Krankheit unser Verbandskollege **Konrad Steitz** im Alter von 24 Jahren an den Folgen eines Unfalls.

München. Am 16. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Joseph Böhme IV** infolge eines Sturzes im Alter von 39 Jahren.

Nürnberg-Fürth. Am 5. Juni stirzte in Fürth ein A. M. unter treuer Kollege **Josef Meier** aus Höchstädt a. Donau von einem 70 m hohen Felsen und war sofort tot.

Rendsburg. Am 11. Juni starb unser Kollege **Franz Rommelke** im Alter von 48 Jahren an chronischer Mittelohreiterung mit Blutvergiftung.

Zwickau. Am 7. Juni ist unser treuer Verbandskollege **Heinrich Gustav Gessner** im Alter von 39 Jahren durch Herzschlag aus dem Leben geschieden. Ehre ihrem Andenken!

Gelsenkirchen.

Das Bureau des Zweigvereins befindet sich vom 1. Juli an **Schäferstr. 3**, im Lokale von J. Rosing.

[M. 1,50] **Der Vorstand.**

Lüchow.

Die Adresse des Käffierers ist jetzt: **Carl Schulz, Lüchow, Neustr. 340.** Der Vorstand.

Marienburg i. Westpr.

Die Adresse des ersten Käffierers ist jetzt: **Marienburg, Untere Biegelgasse 9.** [M. 1,20] Der Vorstand.

Glogau.

Der Käffierer des Zweigvereins, **P. Pfitzner**, wohnt **Hospitalstr. 12, 1. Et.** [M. 1,20]

Annaberg.

Vom 1. Juli an ist die Adresse des Käffierers: **Eduard Irmisch, Annaberg, Kleinsteinerstraße 27, part.**

Oranienburg.

Unter Käffierer **Ernst Neumann** wohnt **Schützenstraße 48, Sandhausen, bei Wiesloch**. Der Vorstand.

Auflösung.

Der Kollege August Stein gen. Schubert, Verh. Nr. 38675, geb. 21. 9. 82 zu Aken, wird erachtet, seine Adresse an **O. Fischer, Leipzig-B., Kapellenstr. 7, part.**, zu senden.

Altenburg.

Am 1. Juli findet unter diesjähriges

Sommerfest

im „Waldbühne“

statt. Sämtliche Mitglieder sowie die der umliegenden Zweigvereine sind hierzu freudlich eingeladen.

[M. 2,20] **Der Festausschiff.**

Lindow.

Sonntag, den 1. Juli, Nachm. 3 Uhr;

Sommervergnügen

[M. 2,10] im „Schützenhaus“.

Gransee.

Sonnabend, den 30. Juni, Abends 8 Uhr;

Siebtes Stiftungsfest

im Lokal des Herrn Metzenthin.

Alle Freunde der Sieben und Umgegend sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 2,20] **Der Vorstand.**

Hagen i. W.

Bur Feier des
15-jährigen Bestehens des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands

veranstaltet der Zweigverein am

Sonntag, den 1. Juli, Nachm. 4 Uhr in den Räumen des „Volkshauses“, Wehringhauser 39, ein

Gr. Sommer-Vergnügen

bestehend in
Festzug, Festrede, Konzert, Chor, Verlobung, Kinderbelustigungen, humorist. Vorträgen und Ball, unter geselliger Mitwirkung der Kapelle Branscheid, des Arbeitergesangsvereins „Orpheus“ und Mitgliedern des dramatischen Vereins.

Programm für Herren 45 Pf. Damen frei.
Die Kollegen von den Zähnern sowie den umliegenden Zweigvereinen nebst ihren Familien sind hierzu freundlich eingeladen.

Parteigenossen, Freunde und Gönner unserer Bestrebungen, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen.

Der Überdruck wird zum Besten der Bibliothek verwendet.

[M. 2]

Das Festkomitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandsversammlungen der Maurer.
Die Verbandsversammlungen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 24. Juni.

Bayreuth. Nachm. 3 Uhr in der „Centralhalle“.

Rheydt. Nachm. 4 Uhr bei Rosend, Friedenstraße.

Schkeuditz. Nachm. 3½ Uhr in Schkeuditz Restaurant.

Velten i. d. M. Nachm. 3 Uhr in Latal von A. Pörs.

Zehdenick. Abend. 10 Uhr bei Buchholz. T. D.: Stiftungsfest und Gewerbeschaffliches.

Mittwoch, den 27. Juni.

Kahla. Nachm. 6 Uhr Hauptversammlung im „Hausmeister“. Mitglieder bürgern mitbringen.

Donnerstag, den 28. Juni.

Berlin. Beide Domänenburger Vorstadt. Abends 4 Uhr in der „Borussia“, großer Saal 2. D.: Vortrag und Bericht aus der Betriebszeitung.

Sorau. Abends 7 Uhr in der „Flora“. Mitgliederbürgern mitbringen.

Sonntag, den 1. Juli.

Herberg. Nachm. 1 Uhr bei Karsch.

Nebra. Nachm. 3 Uhr im „Bathhäuser“. Bücher mitbringen.

Gesellliche Maurerversammlungen.

Sonntag, den 24. Juni.

Hohenmölsen-Taucha. Nachm. 3 Uhr im Schwanen Hotel in Wazis.